

Nachbarschaftsbeziehungen auf dem COVID-Prüfstand

Analyse zu den Herausforderungen für Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa und Deutschland im Kontext der Pandemie

Julia Grübler und Alexandra Bykova

**FB**

Nachbarschaftsbeziehungen auf dem COVID-Prüfstand

Analyse zu den Herausforderungen für Österreichs
Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa
und Deutschland im Kontext der Pandemie

JULIA GRÜBLER
ALEXANDRA BYKOVA

Julia Grübler ist Ökonomin am Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw).
Alexandra Bykova ist Statistikerin und Ökonomin am wiiw.

Zusammenfassung

Die Verbreitung der neuartigen Krankheit COVID-19 stellt alle Volkswirtschaften rund um den Globus vor gesundheitliche und wirtschaftliche Herausforderungen. Von der Pandemie und den Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus sind internationale Wirtschaftsbeziehungen besonders stark betroffen, wodurch kleinen, offenen Volkswirtschaften zusätzliche Risiken erwachsen. Die wirtschaftliche Situation wird in Ländern mit relativ hoher Abhängigkeit von internationalem Handel und Tourismus als Wachstumsmotoren verschärft. Die wirtschaftlichen Effekte der Pandemie in MOSOEL betreffen Österreichs Investoren und Banken, die stark in der Region vertreten sind, sowie über internationale Produktions- und Handelsverflechtungen. National variierende Einschränkungen grenzüberschreitender Mobilität treffen den Tourismus sowie Berufspendler, insbesondere zwischen Österreich und Ungarn. Die Notwendigkeit für die koordinierte Erhaltung der Reisefreiheit zeigt sich auch deutlich in Österreichs Abhängigkeit von Arbeitskräften aus MOSOEL in systemrelevanten Sektoren – vom Transportwesen, über die Landwirtschaft bis hin zur Alten- und Krankenpflege. Nach den ersten einschneidenden Monaten der Pandemie zeigten sich erste Anzeichen Richtung Normalisierung für die Beziehungen mit Deutschland, der Schweiz und den Visegrád-Ländern. Dennoch ist selbst unter günstigen Bedingungen eine Rückkehr zum Status quo unwahrscheinlich: Die Krise hat Trends beschleunigt und wird neue Herausforderungen mit sich bringen, welche die österreichischen Nachbarschaftsbeziehungen nachhaltig prägen werden.

Schlüsselwörter: Österreich, Osteuropa, Westbalkan, Visegrád, Deutschland, COVID-19, Pandemie, Außenhandel, Direktinvestitionen, notleidende Kredite, Migration, systemrelevante Berufe

JEL Klassifikation: F15, F62, O52, O57, P27, P33, P52

INHALT

1.	Einleitung: Die COVID19-Pandemie als Stresstest für offene Volkswirtschaften.....	13
2.	COVID-19 und seine wirtschaftlichen Nebenwirkungen	14
2.1.	Regionale COVID-19-Dynamiken und erwartete Wirtschaftsentwicklung.....	14
2.2.	Die Palette aktueller Wirtschaftsprognosen.....	20
3.	Grenzüberschreitende wirtschaftliche Ansteckungsgefahr	22
3.1.	Die MOSOEL leisten einen zentralen Beitrag zu systemrelevanten Berufen in Österreich.....	22
3.2.	Außenhandel und Tourismus scheinen vorerst das Schlimmste überstanden zu haben	29
3.3.	Kriseneffekte für Österreichs Investoren und Banken kommen zeitverzögert zum Tragen.....	34
4.	Schlussfolgerungen und Perspektiven für Österreichs Nachbarschaftsbeziehungen..	43
5.	Daten und Literatur	45
	Statistischer Anhang	49

TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 1 / Österreich gehört für 12 MOSOEL zu den Top 5 Investoren	36
Abbildung 1 / COVID-19-Entwicklungen	16
Abbildung 2 / Normalisierung der persönlichen Mobilität gefolgt vom sommerlichen Drang ins Freie	18
Abbildung 3 / BIP-Wachstumsprognosen in Österreich und MOSOEL, 2020 und 2021	21
Abbildung 4 / Ausländische ÄrztInnen (2018) und PflegerInnen (2019) in Österreich	23
Abbildung 5 / Unselbständig Beschäftigte in Österreich in ausgewählten systemrelevanten Sektoren	25
Abbildung 6 / Die Visegrád-Staaten repräsentieren ein Viertel der ausl. Beschäftigten in Österreich	26
Abbildung 7 / MOSOEL dominieren Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte und Gastarbeiterüberweisungen	27
Abbildung 8 / Bruttomonatslöhne und Lohnsteigerungen in Relation zu Österreich	28
Abbildung 9 / Österreichs Warenaußenhandel steht und fällt mit Deutschland	29
Abbildung 10 / Der Handelsschock setzte zeitversetzt ein	30
Abbildung 11 / Österreich gehört zu den Top 10 Handelspartnern in acht MOSOEL	31
Abbildung 12 / Österreich ist auf Transportdienstleistungsimporte aus Osteuropa angewiesen	32
Abbildung 13 / Österreichs Reiseverkehrsdienstleistungen erzielten vor der Krise hohe Überschüsse	33
Abbildung 14 / Erste Erholungszeichen nach fast 100%igem Nächtigungseinbruch	34
Abbildung 15 / Anteil österreichischer Investitionsbestände und -Einkommen in %, 2019	35
Abbildung 16 / Forderungen österreichischer Banken und deren Anfälligkeit, 2019	39
Abbildung 17 / Entwicklung der Kreditbestände von Jan 2019 bis Jun 2020, Jan 2019=100	40
Abbildung 18 / Anteil notleidender Kredite in MOSOEL zwischen 2008 und 1Q 2020	42
Box 1 / Statistischer Anhang und Open Data	22
Box 2 / Wer kann auf Belarus wirken?	37

STATISTISCHER ANHANG

Tabelle A.1.1 / Österreichs Warenexporte	50
Tabelle A.1.2 / Österreichs Warenimporte	51
Tabelle A.1.3 / Österreichs Dienstleistungsexporte	52
Tabelle A.1.4 / Österreichs Dienstleistungsimporte	53
Tabelle A.1.5 / Österreichs Exporte von Transportdienstleistungen	54
Tabelle A.1.6 / Österreichs Importe von Transportdienstleistungen	55
Tabelle A.1.7 / Österreichs Exporte von Reiseverkehrsdienstleistungen	56
Tabelle A.1.8 / Österreichs Importe von Reiseverkehrsdienstleistungen	57
Tabelle A.1.9 / Urlaubs- und Geschäftsreisende in Österreich	58
Tabelle A.2.1 / Österreichs Direktinvestitionsbestände im Ausland	59
Tabelle A.2.2 / Einkommen aus Österreichs Direktinvestitionen im Ausland	60
Tabelle A.2.3 / Auslandsforderungen österreichischer Banken und Anteil notleidender Kredite	61
Tabelle A.3.1 / Bevölkerung Österreichs nach Staatsangehörigkeit	62
Tabelle A.3.2 / Unselbständig Beschäftigte in Österreich nach Staatsangehörigkeit	63
Tabelle A.3.3 / Registrierte Arbeitslose in Österreich nach Staatsangehörigkeit	64
Tabelle A.3.4 / Registrierte Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit	65
Tabelle A.3.5 / Österreichs Einnahmen aus Arbeitnehmerentgelten	66
Tabelle A.3.6 / Österreichs Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte	66
Tabelle A.3.7 / Österreichs Einnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen	67
Tabelle A.3.8 / Österreichs Ausgaben für Gastarbeiterüberweisungen	67

ABKÜRZUNGEN

AMECO	Annual macro-economic database of the European Commission's Directorate General for Economic and Financial Affairs (DG ECFIN)
BALI	Online-Datenbankabfragesystem von Arbeitsmarktinformationen des österreichischen Sozialministeriums
BALT-3	Baltikum
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BPM5	Balance of Payments Manual Fifth Edition
BPM6	Balance of Payments Manual Sixth Edition
cif	cost insurance freight
CESEE	Central, East and Southeast Europe
COMEXT	Intra- und Extra-EU-Handelsdatenbank
EU	Europäische Union
EU-MOE	Europäische Union – Mittel- und Osteuropa
EUR	Euro
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EZB	Europäische Zentralbank
FDI	Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment)
fob	free on board
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IWF	Internationaler Währungsfonds
KKP	Kaufkraftparität
KMU	Klein- und Mittelbetriebe
MOSOEL	Mittel-, ost- und südosteuropäische Länder
NON-EU11	Nicht zur EU gehörende MOSOEL
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
RBI	Raiffeisenbank International
SDGs	Sustainable Development Goals; Nachhaltige Entwicklungsziele
SOE-9	Südosteuropa
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USD	US-Dollar
V-4	Visegrád-Staaten
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
WB	Westbalkan
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
Tsd.	Tausend
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden

wiiw-LÄNDERGRUPPEN

EU27 European Union

AT	Österreich	IE	Irland
BE	Belgien	IT	Italien
BG	Bulgarien	LT	Litauen
CY	Zypern	LU	Luxemburg
CZ	Tschechische Republik	LV	Lettland
DE	Deutschland	MT	Malta
DK	Dänemark	NL	Niederlande
EE	Estland	PL	Polen
EL	Griechenland	PT	Portugal
ES	Spanien	RO	Rumänien
FI	Finnland	SE	Schweden
FR	Frankreich	SI	Slowenien
HR	Kroatien	SK	Slowakei
HU	Ungarn		

MOSOEL23 Mittel-, ost- und südosteuropäische Länder

AL	Albanien	ME	Montenegro
BA	Bosnien und Herzegowina	MK	Nordmazedonien
BG	Bulgarien	PL	Polen
BY	Weißrussland	RO	Rumänien
CZ	Tschechische Republik	RS	Serbien
EE	Estland	RU	Russland
HR	Kroatien	SI	Slowenien
HU	Ungarn	SK	Slowakei
KZ	Kasachstan	TR	Türkei
LT	Litauen	UA	Ukraine
LV	Lettland	XK	Kosovo
MD	Moldau		

EU-MOE11 Mittel- und osteuropäische EU-Mitglieder

BG	Bulgarien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	PL	Polen
EE	Estland	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
HU	Ungarn	SK	Slowakei
LT	Litauen		

V4	Visegrád-Staaten	BALT3	Baltikum
CZ	Tschechische Republik	EE	Estland
HU	Ungarn	LT	Litauen
PL	Polen	LV	Lettland
SK	Slowakei		

SOE9	Südosteuropa		
AL	Albanien	MK	Nordmazedonien
BA	Bosnien und Herzegowina	RO	Rumänien
BG	Bulgarien	RS	Serbien
HR	Kroatien	XK	Kosovo
ME	Montenegro		

Nicht-EU12 Nicht zur EU gehörende MOSOEL

AL	Albanien	MK	Nordmazedonien
BA	Bosnien und Herzegowina	RS	Serbien
BY	Weißrussland	RU	Russland
KZ	Kasachstan	TR	Türkei
MD	Moldau	UA	Ukraine
ME	Montenegro	XK	Kosovo

WB6	Westbalkan		
AL	Albanien	MK	Nordmazedonien
BA	Bosnien und Herzegowina	RS	Serbien
ME	Montenegro	XK	Kosovo

GUS4+UA Gemeinschaft Unabhängiger Staaten-4 und Ukraine

BY	Weißrussland	RU	Russland
KZ	Kasachstan	UA	Ukraine
MD	Moldau		

1. Einleitung: Die COVID19-Pandemie als Stresstest für offene Volkswirtschaften

Das Jahr 2020 steht ganz im Zeichen des neuartigen Coronavirus und der multidimensionalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, die von COVID-19 ausgelöst wurden und noch lange nicht gänzlich fassbar und begreifbar sein werden. Es ist allerdings bereits klar, dass die Pandemie das wirtschaftliche Leben vieler Volkswirtschaften zumindest kurzfristig gänzlich auf den Kopf gestellt und Veränderungen angestoßen hat, die auch langfristige Folgen haben werden.

Gerade internationale Wirtschaftsbeziehungen wurden hart von den Effekten der Pandemie getroffen: Die Einschränkung der persönlichen Mobilität trifft die Verkehrs- und Tourismusbranchen und allgemein Unternehmen mit ArbeitnehmerInnen, die grenzüberschreitend pendeln. Unkoordinierte handelspolitische Maßnahmen beeinträchtigten kurzfristig den Warenhandel, vor allem von Produkten, die für die Bekämpfung der Pandemie von Bedeutung sind. Aber auch strategische Überlegungen werden öffentlich diskutiert – die Abhängigkeit von einzelnen Zulieferern bzw. Herstellungsländern und die Anfälligkeit von globalen Wertschöpfungsketten werden erneut unter die Lupe genommen. Die Notwendigkeit, innerhalb kürzester Zeit von physischer Präsenz auf digitale Lösungen umzusteigen, hat den Megatrends der Digitalisierung und Automatisierung – und nicht zuletzt den US amerikanischen IT-Riesen – einen zusätzlichen Schub verliehen.

Kein Land wird von den negativen wirtschaftlichen Effekten des neuartigen Coronavirus gänzlich verschont bleiben; die Unsicherheiten und Risiken im Zusammenhang mit Unterbrechungen internationaler Wirtschaftsbeziehungen stellen jedoch insbesondere für kleine, offene Volkswirtschaften – wie Österreich – eine besondere Herausforderung dar. Für Österreich kommt Deutschland und den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) eine zentrale Rolle zu. Österreichische Unternehmen gehören zu den wichtigsten Investoren in der Region. Zudem kommt ein Großteil der ausländischen Arbeitskräfte – auch in systemrelevanten Berufen – aus den MOSOEL.

Der vorliegende Bericht betrachtet die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit Osteuropa und weiteren wichtigen Wirtschaftspartnern durch die COVID-Linse. Während man im Jahr 2019 auf das 30-jährige Jubiläum der Ostöffnung und die dynamische Entwicklung österreichischer Wirtschaftsbeziehungen mit der Region nach der Auflösung des Eisernen Vorhangs zurückblickte, wirft das von COVID-19 gebeutelte Jahr 2020 nun Fragen auf, welche Beziehungen in der bisherigen Form wünschenswert sind, und welche vielleicht bereits zu eng bzw. krisenanfällig geworden sind. Dafür werden in Kürze die COVID-19-Entwicklungen in Österreich und 23 MOSOEL aufgezeigt und den heuer mit besonders großer Unsicherheit behafteten Wirtschaftsprognosen verschiedener Institutionen gegenübergestellt, da die epidemiologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in einzelnen Ländern teilweise erhebliche Nebenwirkungen auf die österreichische Wirtschaft haben können. Daher wird in einem weiteren Kapitel aufgezeigt, wo sich bereits Effekte in Zahlen niedergeschlagen haben und welche längerfristigen Konsequenzen sich für die wirtschaftliche Integration zwischen Österreich und den MOSOEL ergeben könnten. Der Bericht schließt mit einem Kapitel zur Erholung von der Gesundheits- und Wirtschaftskrise ab. Den Forderungen nach einem nachhaltigen, umweltbewussten und solidarischen Weg aus der Krise folgend, werden regionale Vergleiche zur nachhaltigen Entwicklung angestellt und im Kontext des Europäischen Aufbauplans der Europäischen Kommission (2020a) diskutiert.

2. COVID-19 und seine wirtschaftlichen Nebenwirkungen

Wir wissen, dass wir sehr viel nicht wissen. Jede Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung ist mit Unsicherheiten behaftet. Die globale Ausbreitung des neuen Coronavirus, die unterschiedlichen Reaktionen der Politik und der Bevölkerungen darauf und nicht zuletzt die Ungewissheit darüber, wie lange es dauern wird, einen sicheren Impfstoff zu entwickeln, zu testen und für die breite Masse zur Verfügung zu stellen, erhöhen die Prognoseunsicherheiten ungemein. Seit Mitte Juli verdichten sich die Anzeichen, dass ein Impfstoff bereits mit Ende 2020 zur Verfügung stehen könnte. Am Dienstag, 11. August, stieß Russland mit der Registrierung eines ersten Impfstoffs vor, allerdings ohne die dritte Testphase zur Wirksamkeitsprüfung an tausenden Probanden durchgeführt zu haben. In dieser dritten Phase befanden sich Ende Juli laut Weltgesundheitsorganisation (WHO, World Health Organisation) sechs verschiedene Impfstoffe, darunter chinesische¹, US-amerikanische und europäische, jedoch keine russischen.

Fakt ist, dass noch ungewiss ist, wie lange wir noch in diesem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Unsicherheit leben werden müssen. Selbst wenn bereits Ende des Jahres 2020 ein Impfstoff für die breite Bevölkerung Europas zur Verfügung stünde, wäre immer noch die tatsächliche Durchimpfungsrate ungewiss. Gerade bei hochansteckenden Infektionskrankheiten sind hohe Durchimpfungsraten für den Gemeinschaftsschutz notwendig. Beispielsweise hat sich Österreich zum Ziel gesetzt, für Masern eine von der WHO empfohlene Durchimpfungsrate von 95% mit zwei Dosen eines Lebend-Impfstoffs zu erreichen. Dieses Ziel wurde bisher verfehlt (Popper et al., 2019) und auch im Jahr 2020 mit Stand 30. Juli 2020 bereits 25 Fälle gemeldet (BMASGK, 2020). Umfragen zeigen zudem ein Rekordhoch der Anti-Impf-Bewegungen. Die Kombination aus wirtschaftlichem Druck, Einschränkung des sozialen Lebens, Misstrauen gegenüber Regierungen, wachsende Verärgerung über Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, die teilweise auch grenzwertig an den Grundfreiheiten kratzen, Verschwörungstheorien, die sich über soziale Medien verbreiten, und nicht zuletzt die Sorge um eine zu schnelle und damit unsichere Impfstoffentwicklung geben Impfgegnern Rückenwind (Megget, 2020).

2.1. REGIONALE COVID-19-DYNAMIKEN UND ERWARTETE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Wie schnell sich Volkswirtschaften von der aktuellen Gesundheitskrise erholen können, hängt von den COVID-19-Entwicklungen ab, und den Maßnahmen, die Länder bereit sind zu ergreifen, um die Pandemie im Zaum zu halten. Viele Unternehmen und private Haushalte sind vom ersten Lockdown mit einem blauen Auge davongekommen. Die geschrumpften Geldreserven werden jedoch für viele nicht reichen, um auch einen zweiten (oder dritten, vierten) Lockdown zu überstehen. Die benötigten Maßnahmen, um Opferzahlen möglichst gering zu halten, hängen wiederum von der Qualität des

¹ China: (1) Sinovac, (2) Wuhan Institute of Biological Products mit Sinopharm, (3) Beijing Institute of Biological Products mit Sinopharm; Europa: University of Oxford mit AstraZeneca; USA: Moderna mit National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID); und ein trilaterales Konsortium aller drei Regionen bestehend aus BioNTech (Europa), Fosun Pharma (China) und Pfizer (USA).

Gesundheitssystem, vom Verhalten der BürgerInnen hinsichtlich der Einhaltung von COVID-Maßnahmen (z.B. Abstandsregeln, Tragen von Mund-Nasen-Schutz), aber auch der Wirtschaftsstruktur und des fiskalpolitischen Spielraums des jeweiligen Landes ab.

In der ersten COVID-Welle im März kamen die MOSOEL im Durchschnitt besser davon als westliche Nachbarn. Die Entwicklung der täglichen offiziell bestätigten neuen COVID-19-Fälle und -Todesfälle pro Million Einwohner sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Zahl der neuen Krankheitsfälle erreichte Ende März/Anfang April für Österreich den Höhepunkt. Die MOSOEL reagierten wesentlich schneller mit strengen Auflagen zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Virus. In den Visegrád-Staaten und den übrigen der elf EU-Mitgliedstaaten in Mittelosteuropa (EU-MOE11) wurde Anfang April der erste Höhepunkt auf weniger als einem Viertel des Niveaus von Österreich erreicht, in den Westbalkanländern stieg die Zahl bis Mitte April weiter an. In der Türkei wurde Mitte April ein Maximum von über 5000 Neuinfektionen pro Tag erreicht, in Russland wurden Anfang Mai täglich über 10.000 Neuerkrankungen gemeldet.

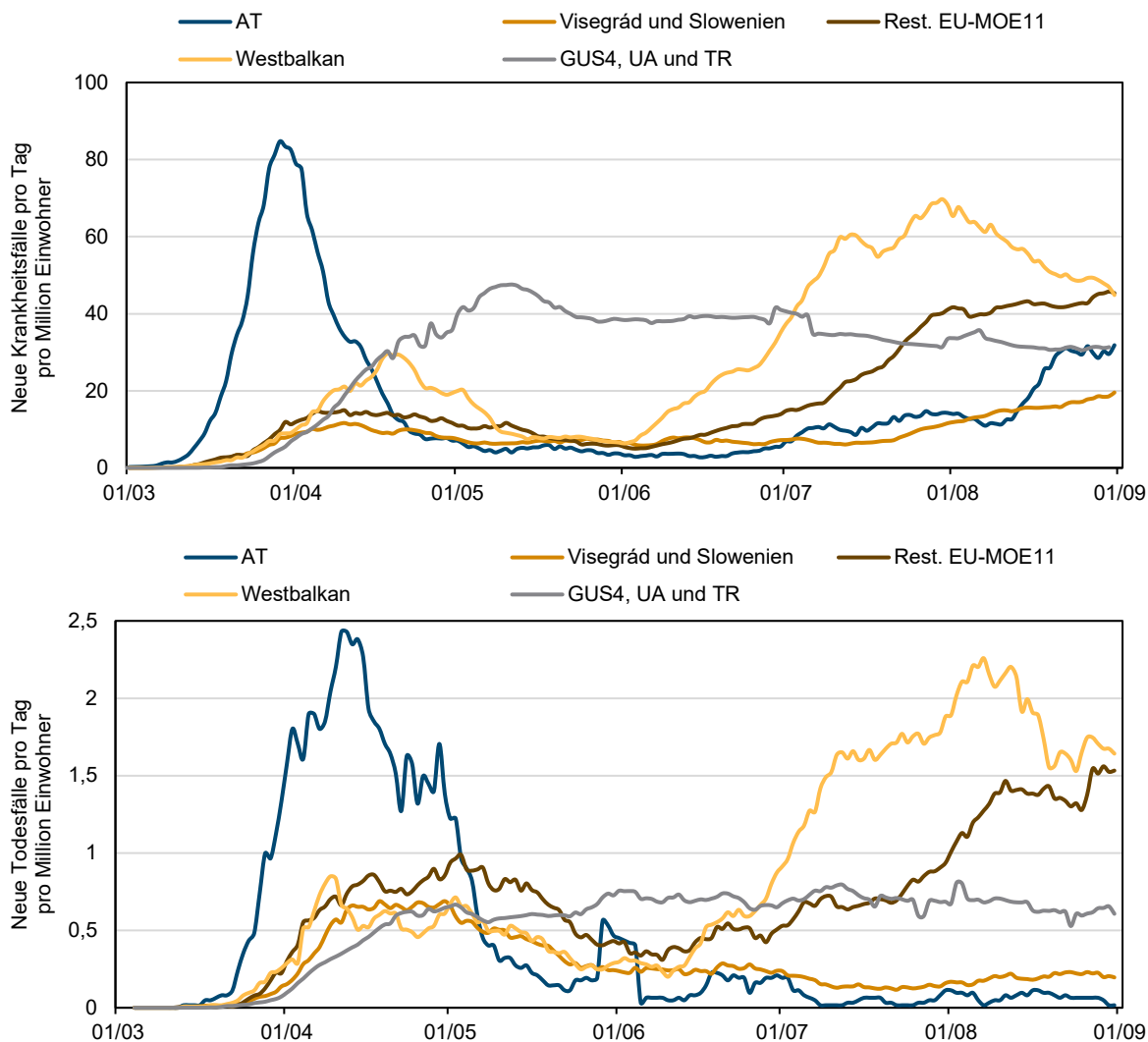
Seit Juni baut sich in manchen MOSOEL eine zweite und größere Krankheitswelle auf. Im Juni begann sich die Lage in den Westbalkanstaaten wesentlich zu verschlechtern. Ein Hauptgrund dafür ist mitunter der wirtschaftliche Druck, der zur vorzeitigen Aufhebung der Beschränkungen geführt hat. Darüber hinaus drängten einige Länder auf die Aufhebung von Maßnahmen, um politische Veranstaltungen abhalten zu können. Hierunter zählen unter anderem die Wahlen in Serbien und Polen im Juni, in Kroatien und Nordmazedonien im Juli, das Referendum über Verfassungsänderungen am 1. Juli in Russland oder die Präsidentschaftswahl in Belarus im August.

Die COVID-19-Entwicklungen der Sommermonate könnten der Wirtschaft im Herbst einen weiteren Dämpfer versetzen. Einige MOSOEL verzeichneten Ende August oder Anfang September die seit Ausbruch der Pandemie stärksten Zuwächse an Krankheitsfällen. Hierzu gehören auch die Visegrád-Länder, die bis dato in Europa eine besonders gute Entwicklung zeigten, aber auch die für Österreichs Investoren und Banken wichtigen Märkte wie Kroatien, Rumänien und Russland.

Es wird noch immer nicht genügend getestet. Allgemein gilt, dass die tatsächliche Zahl der Krankheits- und Todesfälle über der gemeldeten liegt. Die Lücke ist aber besonders groß für Länder, die nicht genügend testen – dort werden COVID-Fälle öfter fälschlicherweise als Grippe oder Lungenentzündung klassifiziert; asymptomatische Fälle werden gar nicht erfasst. Ein Indikator für ungenügendes Testen ist unter anderem die Rate der positiven Fälle. Je höher der Anteil der positiven Testergebnisse ist, desto eher ist die tatsächliche Zahl der bestehenden Fälle höher als es in den offiziellen Statistiken sichtbar ist. Anfang September wurden die höchsten Positivraten von über 9% für Kroatien und die Ukraine berechnet, gefolgt von Rumänien (>5%), Tschechien (>4%), Ungarn und Polen (>3%). Für Österreich wurden im Mai und Juni Positivraten von unter 1% berechnet; diese sind allerdings im August wieder auf durchschnittlich 2,4% angestiegen (Roser et al., 2020). Für die Westbalkanländer ist die nötige Information zur Anzahl durchgeführter Tests nur für Serbien verfügbar. Hier hat sich die Situation dafür merklich verbessert: Während die Positivrate im März noch täglich bei über 20% lag, sank sie bis August auf nur 1,2% - die Hälfte des österreichischen Niveaus.

Im Westbalkan, in Rumänien und der Ukraine steigen auch die Todesfälle wieder. Die Ausweitung der Tests hat in vielen Ländern dazu geführt, dass viel mehr Infektionen, die asymptomatisch oder mit geringen Beschwerden verliefen, aufgedeckt wurden. Zudem ergab sich eine Verschiebung der Altersstruktur. In Österreich repräsentieren beispielsweise die über 65-jährigen nur 15% der gesamten COVID-Erkrankten, aber über 90% der Verstorbenen (BMSGPK, 2020). Der Vergleich der Grafiken in Abbildung 1 zeigt damit für Österreich und die Visegrád-Länder eine Reduktion der Todesfälle, obgleich die Anzahl der Krankheitsfälle zunimmt. Diese positive Entwicklung hinsichtlich der Todesfälle ist jedoch für die Westbalkanländer – insbesondere Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo – nicht zu beobachten. Für Rumänien lagen die Todeszahlen im August durchschnittlich täglich über 40 Personen. Die Zahl der COVID-Verstorbenen stieg für die Ukraine in der zweiten Augushälfte auf ebenfalls über 40 Fälle pro Tag an.

Abbildung 1 / COVID-19-Entwicklungen



Anmerkung: 7-Tages-Durchschnitt.

Quelle: Weltgesundheitsorganisation (WHO), WHO Coronavirus Disease (COVID-19) Dashboard, Stand 1.Sept.2020;

Berechnung und Darstellung des wiiw.

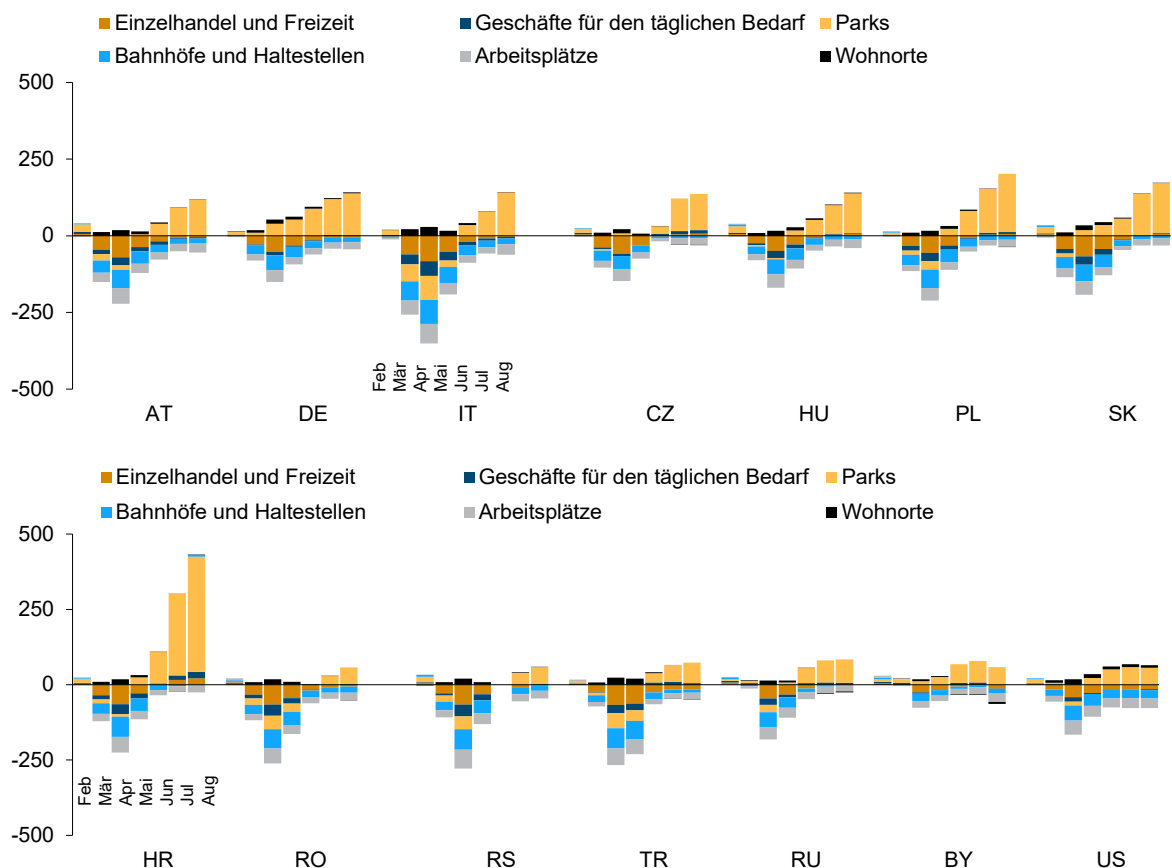
Trotz abermals steigender COVID-Zahlen scheint sich die persönliche Mobilität seit dem Tiefpunkt im April zu normalisieren. Google Mobilitätsberichte vergleichen die Besucherströme im Vergleich zu fünf Referenzwochen im Jänner und Februar, bevor das neue Coronavirus die Volkswirtschaften Europa erstarren ließ. Sie zeigen auf, wo sich Menschen im Vergleich zu den Referenzwochen aufhielten. Da diese Daten von der Nutzung von Google-Diensten abhängen, sollten sie nur als Annäherung für Veränderungen in der persönlichen Mobilität herangezogen werden. Abbildung 2 zeigt diese Mobilitätsveränderungen für Österreich, Deutschland, Italien, sowie ausgewählte MOSOEL auf, die sich in den folgenden Kapiteln dieses Berichts als besonders wichtig für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Österreichs herauskristallisierten.

- › Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Slowenien sind als direkte Nachbarn Österreichs allgemein bedeutende Wirtschaftspartner. Polen komplettiert die Visegrád-Gruppe.
- › Kroatien und die Türkei sind beliebte Reisedestinationen der ÖsterreicherInnen in MOSOEL, die von den Einbußen in der Tourismusbranche besonders stark betroffen sind.
- › Kroatien, Rumänien und Russland sind zudem wesentliche Märkte für österreichische Investoren und Banken.
- › Für einige MOSOEL, v.a. im Westbalkan sind Google Mobilitätsstatistiken nicht verfügbar.
- › Belarus/Weißrussland wurde als der europäische Ausreißer hinsichtlich staatlicher Reaktionen und persönlicher Mobilitätsveränderungen der Bevölkerung als auch aufgrund der dramatischen Entwicklungen seit der Präsidentschaftswahl im August gewählt. Es zeigt wesentlich geringere Rückgänge der persönlichen Mobilität im Frühjahr, dafür aber als einziges MOSOEL einen Verschlechterungstrend im August, der auf die anhaltenden Proteste seit der Wahl, die mit Verhaftungen und Polizeigewalt einhergehen, zurückzuführen ist.
- › Zum Vergleich sind die USA abgebildet, in denen seit Wochen täglich über 30.000 neue COVID-19-Krankheitsfälle gemeldet wurden. Für Österreich stellen die USA einen wichtigen Handelspartner für Waren und Dienstleistungen dar. Im Jahr 2019 gehörten sie zudem zu den Top 10 ausländischer Gäste für den österreichischen Tourismus.
- › **Die Arbeitswelt verlagert sich verstärkt nach Hause.** Die physische Präsenz am Arbeitsplatz reduzierte sich in Österreich im April im Vergleich zur Zeit vor Corona um 51%. Wesentlich stärker fiel die Reduktion in den hier abgebildeten Ländern nur in Italien (-64%) und Serbien (-63%) aus. Seither scheinen wieder verstärkt Menschen an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Die Durchschnittswerte für Juni lagen zwischen -9% für Tschechien und -25% für Italien. Ähnliche Werte sind für die Sommermonate Juli und August zu beobachten, die jedoch von der Urlaubszeit während der Sommerferien mitbestimmt werden. Spiegelbildlich zur Anwesenheit am Arbeitsplatz entwickelte sich jene an Wohnorten. Ein maximaler Durchschnittswert für Österreich wurde im April mit +18% erreicht. Eine stärkere Veränderung als in Österreich war im April in Italien (+29%) und der Türkei (+23%) zu beobachten. Hier spielen der eigentliche Lockdown, Sonderbetreuungszeiten für Eltern während der Schulschließungen, Kurzarbeit oder der Verlust des Arbeitsplatzes, sowie die Möglichkeiten, von zu Hause (via Teleworking oder Homeoffice) zu arbeiten, eine besondere Rolle. Im Jahr 2019 betrug der Anteil der Personen, die von zu Hause arbeiteten, bei unselbstständig Beschäftigten durchschnittlich 2,7%, bei Selbständigen dagegen 19,4%. Über alle Erwerbstätigen betrachtet, reichte sich Österreich mit einem Anteil von 9,9% nach den Niederlanden, Finnland und Luxemburg auf den vierten Rang, während Bulgarien (0,5%), Rumänien (0,8%), aber auch Österreichs Nachbar Ungarn (1,2%) die Schlusslichter

darstellen (Eurostat, 2020a). Da Unternehmen Geld in die Hand nehmen müssen, um Investitionen in entsprechende Infrastruktur (z.B. Hard- und Software) zu tätigen, liegt der Schluss nahe, dass sich die Trends zu Digitalisierung und Homeoffice beschleunigen werden.

Abbildung 2 / Normalisierung der persönlichen Mobilität gefolgt vom sommerlichen Drang ins Freie

Veränderung von Besucherzahlen im Vergleich zu Referenzwochentagen vor dem COVID-Lockdown



Anmerkungen: Jeder Indikator für sich kann theoretisch einen Minimalwert von -100% erreichen; ein Maximalwert ist nicht festgelegt. Durchschnittswerte für die Monate Februar bis einschließlich 21. August. Der Referenztag ist der Medianwert für denselben Wochentag der fünf Wochen vom 3. Januar bis 6. Februar. Keine Daten für Serbien im Juni.

Quelle: Google COVID-19 Community Mobility Reports, Stand 26. August 2020; Berechnung und Darstellung des wiiw.

Der Einzelhandel und Dienstleister sind vom Normalzustand noch weit entfernt. Für die Mobilitätstrends in den Kategorien Einzelhandel und Freizeit werden Orte, wie Restaurants, Cafés, Einkaufszentren, Museen, Kinos und Bibliotheken erfasst. Die Beschränkungen des Lockdowns setzten diesen Wirtschaftssektoren am meisten zu. In Österreich hielten sich im Schnitt 70% weniger Personen an diesen Orten auf als normal. In Italien war der Einbruch mit -83% noch ausgeprägter. Die vergleichsweise geringsten Mobilitätsveränderungen in dieser Kategorie waren im April in Deutschland (-52%) und Ungarn (-50%) zu verzeichnen. Dieser Bereich hat sich bis dato, trotz Urlaubssaison, nicht erholt. Positive Veränderungen im Vergleich zu den Referenzwerten sind im Juli und August nur für die Visegrád-Staaten (>5%) und für das Urlaubsland Kroatien (+21%) zu sehen.

Die Umsätze der Produkte des täglichen Bedarfs liegen gut im Rennen. Geschäfte des täglichen Bedarfs, welche Supermärkte, Feinkostgeschäfte, Drogerien und Apotheken umfassen, wurden ebenfalls weniger aufgesucht. Der Rückgang war jedoch über alle Länder hinweg weniger stark ausgeprägt als im Einzelhandel allgemein. Der Maximalwert für Österreich erreichte im April -26%; vergleichbar mit den Visegrád-Staaten, wesentlich stärker ausgeprägt als in Deutschland (-11%), gleichzeitig aber nur fast halb so stark wie in Italien (-48%) oder Slowenien (-43%). Österreichische Umsatzstatistiken haben jedoch gezeigt, dass diese Branchen nicht darunter litten. Die Corona-Vorsichtsmaßnahmen haben bewirkt, dass Menschen seltener, aber dafür größere Einkäufe tätigen. Während die Umsätze im österreichischen Einzelhandel mit Lebensmittel, Getränken und Tabakwaren im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um 7,3% anwuchsen, musste der Nicht-Nahrungsmittelbereich Einbußen von -7,8% hinnehmen (Statistik Austria, 2020). Vor allem in der Feriensaison kommt hinzu, dass sich durch die ausbleibenden Touristen und die in Österreich verbliebenen und heuer nicht verreisenden Personen die Umsätze weiter von der Gastronomie in Richtung Lebensmittelhandel verschieben.

Ein Herzstück der europäischen Industrie – die Automobilbranche – kommt als Luxusgut ins Wanken. Im März und im April büßte Österreichs Kfz-Handel über 45% der Umsätze im Vergleich zum Vorjahr ein. Der Verband der Automobilindustrie in Deutschland rechnet für das Jahr 2020 mit einem Rückgang des PKW-Weltmarkts um 17%, in Europa sogar um 24%. Die PKW-Produktion ist im ersten Halbjahr 2020 um 40% auf das niedrigste Niveau seit 45 Jahren eingebrochen (VDA, 2020). Durch die starke Integration in die Wertschöpfungsketten der (insbesondere deutschen) Automobilindustrie kommt die herstellende Industrie in Österreich und den MOSOEL zusätzlich unter Druck. Hanzl-Weiss et al. (2018) zeigen etwa, dass in deutschen Exporten von Transportmitteln jeweils über 0,5% österreichische, tschechische und polnische Wertschöpfung stecken.

Österreich und die MOSOEL werden um eine Ausweitung des Online-Handels nicht herumkommen. Einem Einbruch der (Export)Nachfrage kann die verstärkte Nutzung des Internets nicht entgegenwirken; sehr wohl aber Umsatzeinbußen durch die Einschränkung der Mobilität potenzieller Käufer. Die erste Lockdown-Phase bewog viele Unternehmen dazu, kurzfristig ihre Waren und Dienstleistungen auch online anzubieten. Der Anteil der Personen, die im Jahr 2019 über das Internet Bestellungen tätigten, lag in Österreich bei 62%. Damit lag es im EU-Mittelfeld, hinter Tschechien (64%) und vor der Slowakei (60%). Allgemein zeichnet sich hier aber ein starkes Nordwest-Südost-Gefälle. In Spanien, Portugal und Italien liegt der Anteil noch unter 40%. In den Westbalkanländern sowie in Rumänien und Bulgarien lag der Anteil zuletzt sogar bei unter 30% (Eurostat, 2020b). Die Krisenanfälligkeit im Hinblick auf weitere mögliche Lockdowns könnte durch die Ausweitung des Onlinehandels reduziert werden.

Auf die Normalisierung der persönlichen Mobilität folgte der sommerliche Drang ins Freie – und eine zweite Welle... Die warmen Monate und die Ferienzeit zeigen sich in den Google Mobilitätsstatistiken. Unter Parks werden öffentliche Plätze und Gärten, Nationalparks und öffentliche Strände zusammengefasst. Obwohl der Wintertourismus im Jänner in Österreich noch voll im Gange war, wurde im August im Vergleich zu den Winterreferenzwochen – trotz stark eingeschränktem Sommertourismus – ein Besucherzuwachs von 117% verzeichnet. Sehr ähnlich entwickelten sich die Besucherströme in Tschechien. Wesentlich stärkere Zuwächse zeigten sich für die Slowakei (>160%) und Polen (>190%). Kroatien stellt mit einem Zuwachs von über 270% im Juli und über 380% im August den großen Ausreißer in der EU dar. Demgegenüber zeigten sich die Entwicklungen mit einem Anstieg um 50-80% in den GUS4, der Türkei, der Ukraine, den Westbalkanländern sowie Bulgarien und Rumänien relativ verhalten.

2.2. DIE PALETTE AKTUELLER WIRTSCHAFTSPROGNOSEN

In dieser Krise scheint es mehr unbekanntes als bekannte Faktoren für die Abschätzung künftiger Wirtschaftsentwicklungen zu geben. Die enorme Unsicherheit spiegelt sich auch in markanten Veränderungen der Wirtschaftsprognosen renommierter Institute wider. Im April erwartete der Internationale Währungsfonds (IMF, 2020a) einen Rückgang des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -3% für das Jahr 2020 – wesentlich einschneidender als während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – und verglich die Größenordnung der Kontraktion mit der Großen Depression in den 1930er-Jahren. Unter der Annahme, dass die Pandemie in der zweiten Jahreshälfte 2020 nachlässt und Schutzmaßnahmen allmählich rückgenommen werden können, wurde für das Jahr 2021 ein globales Wirtschaftswachstum von 5,8% antizipiert. Die negativen wirtschaftlichen Folgen wurden jedoch unterschätzt. Nur zwei Monate später präsentierte der IMF (2020b) eine um mehr als 50% negativere Prognose mit einem erwarteten Wirtschaftseinbruch von -4,9% für das Jahr 2020, gefolgt von einer langsameren Erholung im Folgejahr mit einem Wachstum von 5,4%. Entsprechend breit gestaltet sich auch die Palette verfügbarer Prognosen für die MOSOEL für das Jahr 2020, ebenfalls mit einer Tendenz zu pessimistischeren Einschätzungen mit Fortschreiten des Jahres (Abbildung 3).

Es gibt nur wenige MOSOEL, in welchen die Wachstumsprognosen über alle Forschungsinstitutionen hinweg weniger negativ ausfielen als in Österreich. Hierzu zählen innerhalb der GUS-4-Staaten Belarus, Moldau und Kasachstan. Die jüngsten Entwicklungen seit der Präsidentschaftswahl in Belarus fanden in den Prognosen noch keinen Niederschlag. Auch in vier Ländern am Westbalkan (Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo und Serbien) werden die prozentuellen Einbußen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit -2% bis -5% wesentlich geringer eingeschätzt als im Euroraum (-8.7% laut Sommerprognosebericht der Europäischen Kommission) oder in Österreich.

Das Bild sieht gravierend anders aus für Länder, deren Wirtschaft besonders stark von der Tourismusbranche abhängt. Hierzu zählen Albanien und Montenegro, sowie für Kroatien, für welches Österreich kürzlich eine Reisewarnung erlassen hat. Unter Anbetracht der Bedeutung der Tourismusbranche für die gesamte Volkswirtschaft ist es zwar nicht verwunderlich, dass von Kroatien vor bzw. in der Sommersaison keine Reisebeschränkungen verhängt wurden; dafür allerdings auch nicht der Umstand, dass es nun mit besonders stark ansteigenden Fallzahlen zu kämpfen hat.

Österreichische Reisewarnungen in Bezug auf COVID-19 umfassen über 30 Länder². Hierzu zählen vierzehn MOSOEL: alle sechs Westbalkanstaaten, die GUS-4, mit Ausnahme von Kasachstan, die jüngsten EU-Mitglieder Bulgarien, Rumänien und Kroatien, sowie die Ukraine und die Türkei. Reisewarnungen westeuropäischer Länder schränken die grenzüberschreitende Mobilität und damit die Tourismusbranche der betroffenen Länder deutlich³ ein. Kroatien und die Türkei zählten die letzten Jahre immer zu den Top 10 Reisezielen der ÖsterreicherInnen. Die Folgen reichen auch für nach Österreich Zurückkehrenden weit über die nötige PCR-Testung bzw. Heimquarantäne hinaus. Neben dem Risiko einer Krankheitsübertragung im Familien- und Freundeskreis sowie im Arbeitsumfeld, verfällt auch der gesetzliche Anspruch auf Entgeltfortzahlung, sollten Arbeitnehmer entgegen der österreichischen

² BMEIA Stand 28. August 2020 32 Staaten: Ägypten, Albanien, Bangladesch, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Chile, Ecuador, Indien, Indonesien, Iran, Kosovo, Kroatien, Mexiko, Montenegro, Nigeria, Nordmazedonien, Pakistan, Peru, Philippinen, Portugal, Moldau, Rumänien, Russland, Schweden, Senegal, Serbien, Südafrika, Türkei, Ukraine, USA. Zudem gilt eine partielle Reisewarnung für die chinesische Provinz Hubei sowie für das spanische Festland und die Balearen.

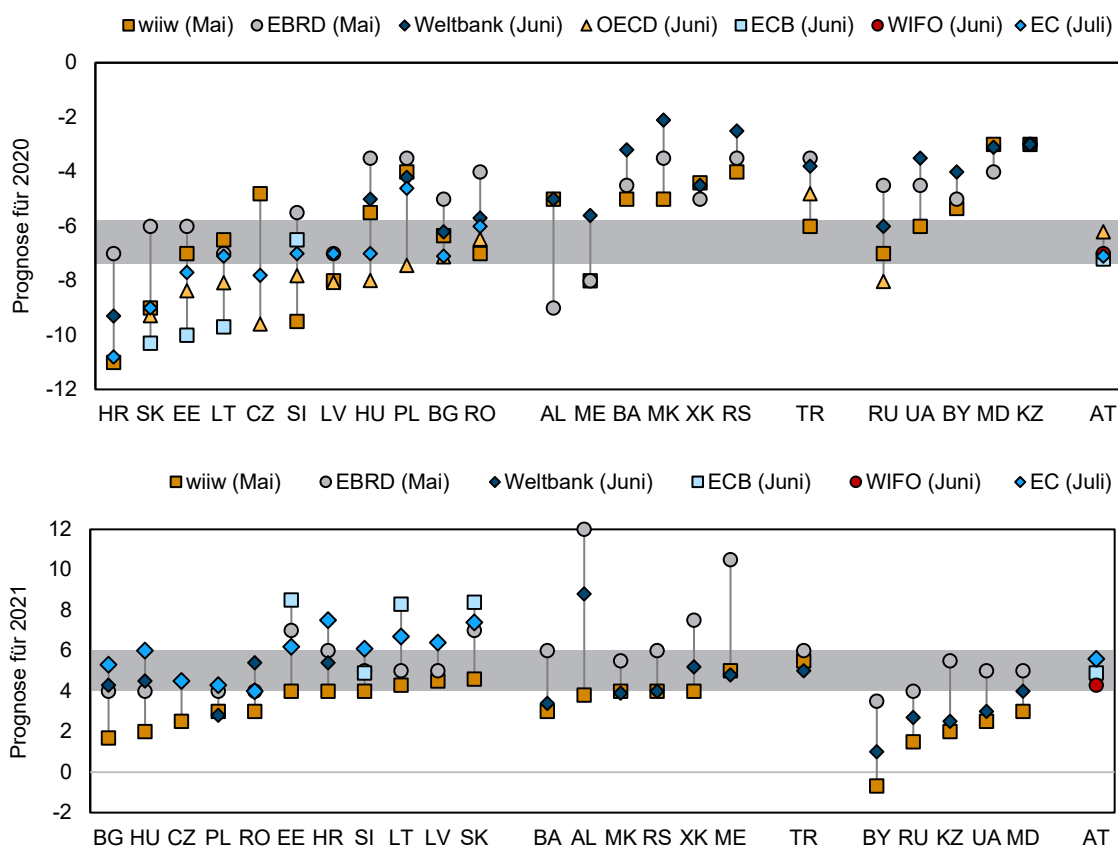
³ Am 16. März empfahl die Europäische Kommission, die Beschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Reisen außerhalb der EU. Eine schrittweise Aufhebung wurde pünktlich zur Ferienzeit eingeleitet. (Rat der Europäischen Union, 2020a)

Reisewarnungen in die betroffenen Gebiete reisen und aufgrund von Verkehrsbeschränkungen laut Epidemiegesetz nicht nach Österreich zurückkehren können oder an COVID-19 erkranken (BMAFJ, 2020).

Insgesamt zeigt sich für die EU-Mitgliedstaaten in MOSOE ein düsteres Bild, mit Wachstumseinbußen, die bis zu 50% stärker ausfallen als für Österreich. Zudem sind die durchschnittlichen Spannbreiten der Prognosen über verschiedene Institutionen hinweg erheblich. Durchschnittlich variieren die Wachstumsprognosen um 3,5 Prozentpunkte. Für sechs Länder der EU-MOE11 (darunter Österreichs direkte Nachbarn Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien) liegen einzelne Erwartungen sogar über 4 Prozentpunkte auseinander.

Für das Jahr 2021 zeigt sich ein klareres Ranking der Institutsabschätzungen. Die optimistischsten Erwartungen für die Westbalkanländer, die GUS4, die Türkei und die Ukraine sind der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zuzuordnen, während die Europäische Kommission (EC) und die Europäische Zentralbank (ECB) durchgehend Wachstumsraten von über 4% für die EU-MOE11 und Österreich erwarten. Durchwegs pessimistischer sind die Prognosen des wiiw, die keine V-förmige Erholung widerspiegeln, gefolgt von Prognosen der Weltbank.

Abbildung 3 / BIP-Wachstumsprognosen in Österreich und MOSOEL, 2020 und 2021



Anmerkungen: Länder sortiert nach der pessimistischsten Prognose pro Region. Die grau hinterlegte Fläche entspricht der Bandbreite der Wachstumsprognosen für Österreich.

Quellen: EBRD/Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2020), EC/Europäische Kommission (2020b), ECB/Europäische Zentralbank (2020), Glocker/WIFO (2020), Grievson/wiiw (2020), Weltbank (2020). Darstellung des wiiw.

3. Grenzüberschreitende wirtschaftliche Ansteckungsgefahr

So wie das Virus selbst machen auch wirtschaftliche Effekte, die von der Pandemie ausgelöst wurden, an nationalen Grenzen nicht halt. Unterbrechungen der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitskräften führten in Österreich kurzfristig zu Arbeitskräftemangel, der teilweise mit dem Einsatz des Bundesheers überbrückt wurde, bei gleichzeitig rapide steigenden Kurzarbeits- und Arbeitslosenzahlen. In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach „systemrelevanten Berufen“ gestellt. Neben der Entwicklung von Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistiken nach Nationalität wird daher ein besonderes Augenmerk auf die Herkunft Beschäftigter in systemrelevanten Berufsgruppen gelegt.

Dem freien Personenverkehr kommt nicht nur bei der Erbringung von Arbeitsleistungen große Bedeutung zu, sondern auch in der für Österreich so wichtigen Tourismusbranche. Der freie Güterverkehr war nur kurzfristig von Exportrestriktionen beeinträchtigt, könnte aber durch die Coronakrise mittelfristig einen systemischen Wandel erfahren. Durch noch stärkere Forcierung von Automatisierung, Robotisierung, und Digitalisierung könnte der Bedarf nach Mobilität in der Arbeitswelt allerdings auch sinken.

BOX 1 / STATISTISCHER ANHANG UND OPEN DATA

Der Bericht nimmt eine regionale Perspektive ein. Statistiken zu einzelnen MOSOEL im Vergleich zu anderen wichtigen Wirtschaftspartnern Österreichs finden sich im Anhang, sowie als Zeitreihe für die Periode 2000-2019 in Excel-Format kostenlos zum Download unter:

wiiw Open Data: <https://wiiw.ac.at/ds-6.html>

3.1. DIE MOSOEL LEISTEN EINEN ZENTRALEN BEITRAG ZU SYSTEMRELEVANTEN BERUFEN IN ÖSTERREICH

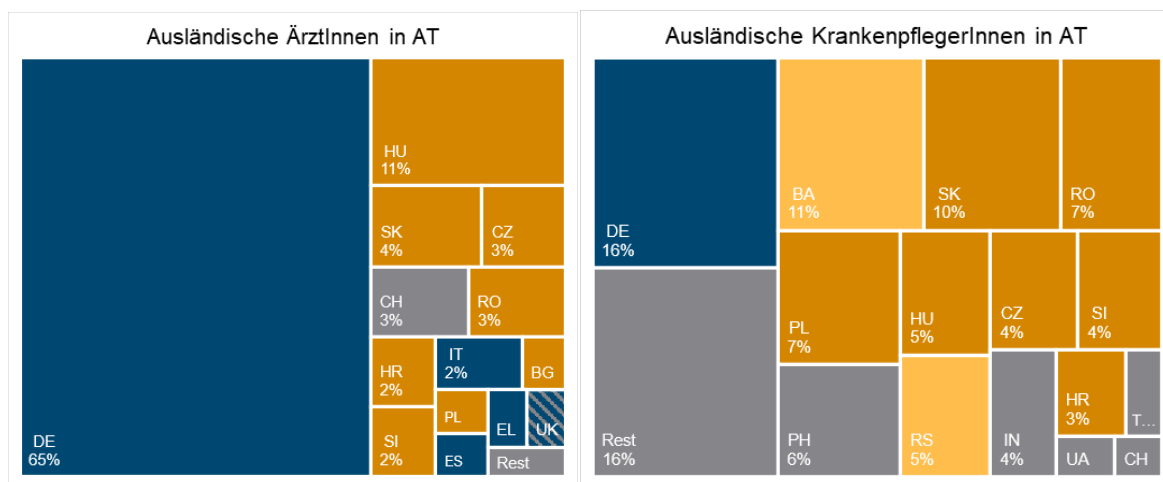
Migrationstendenzen, demographischer Wandel und potenzielle Wachstumseinbußen durch Arbeitskräftemangel waren bereits vor der Krise häufig Gegenstand akademischer Forschung und wirtschaftspolitischer Diskussionen. Beispielsweise zeigten Leitner und Stehrer (2019) auf, dass der Zeitpunkt, an dem das Arbeitskräfteangebot nicht mehr ausreicht, um die Nachfrage zu decken, insbesondere für die Visegrád-Staaten und das Baltikum, in den nächsten fünf Jahren erreicht werden könnte. Aber auch Deutschland und Österreich werden sich laut Studienergebnissen bis 2030 mit wachstumsbremsendem Arbeitskräftemangel konfrontiert sehen, obwohl diese Volkswirtschaften bislang vom Zuzug aus Osteuropa profitierten. Das trifft insbesondere auf den Gesundheitsbereich zu. Ein aktueller wiiw-Bericht zu den Entwicklungen hinsichtlich Bestand, Ausbildung und Mobilität von ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen in Europa geht speziell auf den Fall Österreichs ein (Mara, 2020).

Österreich gehört zu den Ländern mit der höchsten Anzahl an ÄrztInnen pro Kopf (über 500 pro 100.000 Einwohner im Vergleich zum EU28-Durchschnitt von unter 400). Die Zahl der Medizinstudium-AbsolventInnen ist seit 2010 jedoch stark gesunken: von 22 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2010 (damals

mehr als zweimal so viele wie im EU28-Durchschnitt) auf 14 (in etwa EU28 Durchschnitt) im Jahr 2018. Laut OECD haben zudem zwischen 2010 und 2017 3.400 österreichische Ärztinnen das Land vor allem in Richtung Deutschland, Schweiz und Vereinigtes Königreich verlassen, während weniger als 2.000 ausländische ÄrztInnen in Österreich tätig wurden. Somit konnten nur rund 60% der Abgänge kompensiert werden. Diese stammten zu 57% aus Deutschland und zu 34% aus EU-MOE11, insbesondere den östlichen direkten Nachbarn Tschechien, Slowakei und Ungarn. Insgesamt zeichnet sich Österreich jedoch durch einen sehr niedrigen Anteil ausländischer ÄrztInnen aus; laut Eurostat⁴ lag ihr Anteil im Jahr 2018 bei 6%, in Deutschland und im EU27-Durchschnitt dagegen bei über 12%.

Eine gänzlich andere Situation zeigt sich bei der Alten- und Krankenpflege. Sowohl der Bestand der Arbeitskräfte als auch die Zahl der Auszubildenden pro Kopf liegt für Österreich die letzten zehn Jahre unter dem EU28 Durchschnitt. Dabei steigt gleichzeitig der Bedarf an Alten- und Krankenpflege kontinuierlich an, wodurch Österreich stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist, die im Jahr 2019 fast ein Fünftel aller PflegerInnen (18%) in Österreich repräsentierten (Mara, 2020). Die Länder in EU-MOE11 und WB6 fallen hier wesentlich stärker ins Gewicht (Abbildung 4). Vor allem die Slowakei, Ungarn, Kroatien und Rumänien bilden mehr medizinische Fachkräfte als im EU-Durchschnitt aus; durch die Ost-West-Migration weisen diese Länder jedoch einen Gesundheitspersonalbestand unter dem EU-Durchschnitt aus.

Abbildung 4 / Ausländische ÄrztInnen (2018) und PflegerInnen (2019) in Österreich



Quelle: Mara (2020) basierend auf Informationen des OECD Health Workforce Migration Datensets. Darstellung des wiiw.

Die COVID-19-Krise hat Diskussionen rund um Arbeitsmigration aufs Neue, aber unter einem anderen Blickwinkel angefacht – nicht zuletzt, weil durch kurzfristige Reisebeschränkungen die Mobilität von Arbeitskräften beschnitten wurde. Dabei wurden sogenannte systemrelevante (oder systemkritische) Berufsgruppen von anderen unterschieden. Erstere umfassen nicht nur Gesundheitsberufe, sondern allgemein Arbeitsfelder, die für den Alltag und das Funktionieren der Gesellschaft unabdingbar sind und in Corona-Zeiten oft erhöhtem Gesundheitsrisiko, längeren Arbeitszeiten und zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind. Hierzu zählen insbesondere Berufe mit einem besonders hohen Frauenanteil, wie z.B. der Einzelhandel (86%), Reinigungsdienste (83%), und die Alten- und Krankenpflege (82%), die auch

⁴ Health workforce migration [hlth_rs_wkmg]; letztes Update: 10. Juli 2020.

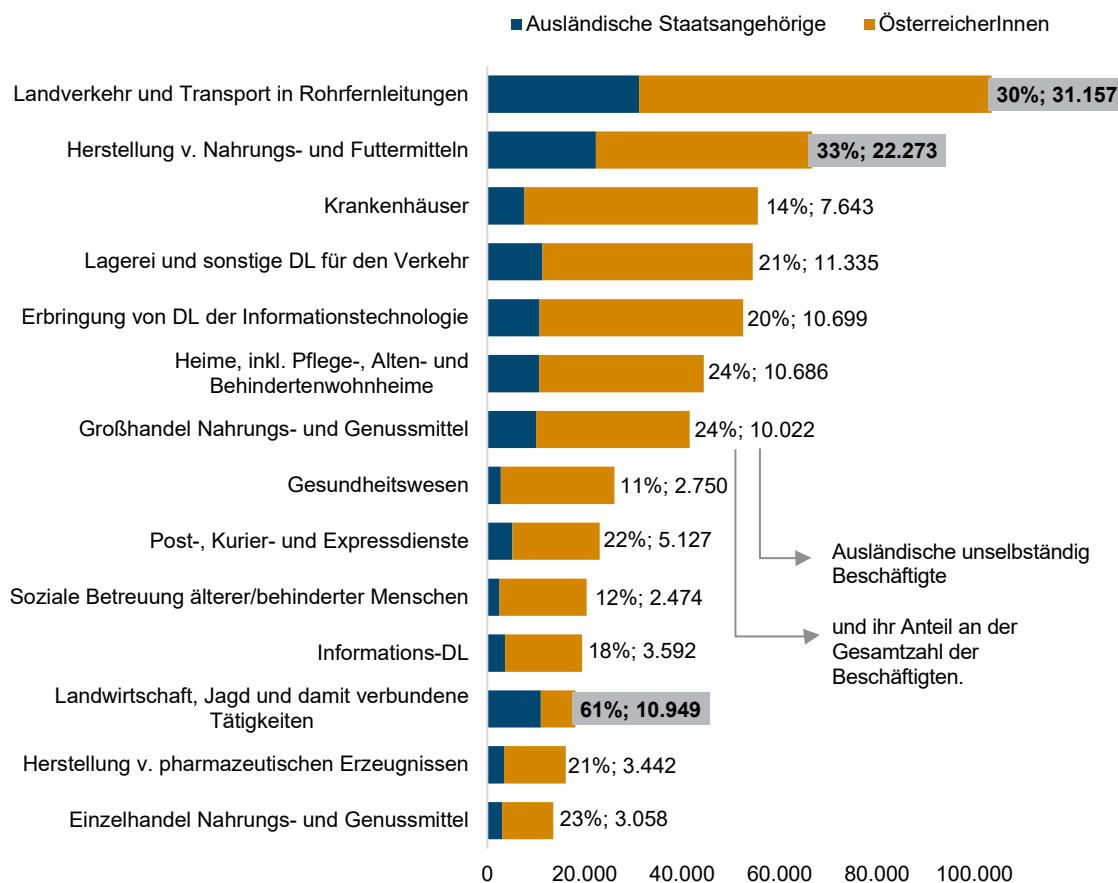
einen besonders hohen Anteil Beschäftigter mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsbürgerschaft aufweisen und durch atypische Beschäftigungsverhältnisse charakterisiert sind (Schönherr und Zandonella, 2020).

Der überwiegende Teil ausländischer unselbständiger Beschäftigter in systemrelevanten Berufen in Österreich kommt aus Osteuropa. Ausgewählte Sektoren, die (a) in der öffentlichen Diskussion zu systemrelevanten Berufen regelmäßig genannt wurden, (b) in den Monaten März bis Mai 2020 durchschnittlich mehr als 10.000 Menschen beschäftigen und (c) einen Anteil an ausländischen Arbeitskräften von über 10% ausweisen, sind in Abbildung 5 dargestellt, sortiert nach der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die 14 ausgewählten Sektoren beschäftigten in den ersten COVID-Monaten im Durchschnitt 555.000 Personen in Österreich. Ein Viertel von ihnen hatte keine österreichische Staatsbürgerschaft. Diese rund 135.000 ausländischen Staatsbürger stammen zu einem Viertel aus den vier Visegrád-Staaten; ein weiteres Fünftel entfällt auf andere EU-MOE¹¹, 10% kommen aus dem Westbalkan und rund 8% aus den übrigen MOSOEL²³. Demgegenüber steht ein Anteil von nur 15% aus der West-EU (ohne Vereinigtem Königreich).

Über 60% der unselbständig Beschäftigten in der österreichischen Landwirtschaft sind ausländische Staatsangehörige, die zu 94% aus MOSOEL kommen. Die Visegrád-Staaten allein repräsentieren 43% der ausländischen Beschäftigten in der österreichischen Landwirtschaft. Anteile ausländischer Staatsangehöriger von über 30% weisen zudem die Sektoren zur Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, sowie die Transportwirtschaft auf. Auch in diesen zwei Bereichen sind die MOSOEL mit jeweils 74% besonders stark vertreten. Ausländische Staatsangehörige repräsentieren auch knapp ein Viertel aller unselbständig Beschäftigten im Einzel- und Großhandel von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie in Betreuungsheimen. Hier sind die vielen oft aus Osteuropa stammenden „24-Stunden-Pflegekräfte“, die zumeist selbständig in einer „riesigen rechtlichen Grauzone“ agieren, nicht eingerechnet⁵.

Nicht jede Branche verliert in dieser Krise. Einen starken prozentuellen Rückgang der Beschäftigung in den Monaten März bis Mai 2020 im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten der Einzelhandel für Nahrungs- und Genussmittel (-8% bei ÖsterreicherInnen, -10% bei ausl. Staatsangehörigen), sowie die Transportwirtschaft (-9% bei ÖsterreicherInnen, -10% bei ausl. Staatsangehörigen). Starke Beschäftigungszuwächse hingegen konnten etwa in Dienstleistungssektoren mit Bezug zur Informationsvermittlung und Informationstechnologie verzeichnet werden, die für ausl. Staatsangehörige das zweite Jahr in Folge über 10% und damit drei- bis fünfmal schneller wuchsen. Steigende Beschäftigungszahlen im Gesundheitswesen dagegen entfielen fast ausschließlich auf InländerInnen (+9%). Auch die Beschäftigung im Bereich der Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse nahm für ÖsterreicherInnen und ausländische Staatsangehörige zu, allerdings weniger stark als im Vorjahr. Kennzeichnend ist, dass in diesen Bereichen der Anteil der West-EU an den ausländischen Beschäftigten wesentlich höher ist (>35%). Post- und Kurierdienstleistungen fallen als einziger Sektor auf, wo Beschäftigungszahlen für InländerInnen rückläufig sind, während sie für ausl. Staatsangehörige im zweistelligen Bereich – sowohl von 2018 auf 2019 als auch von 2019 auf 2020 wuchsen.

⁵ Siehe dazu Sell (2020)

Abbildung 5 / Unselbständig Beschäftigte in Österreich in ausgewählten systemrelevanten Sektoren

Anmerkungen: Absteigend sortiert nach der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten, Durchschnitt der Monate März-Mai 2020. DL = Dienstleistungen.

Quelle: Online-Datenbankabfragesystem BALI (Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen), Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend. Darstellung des wiiw.

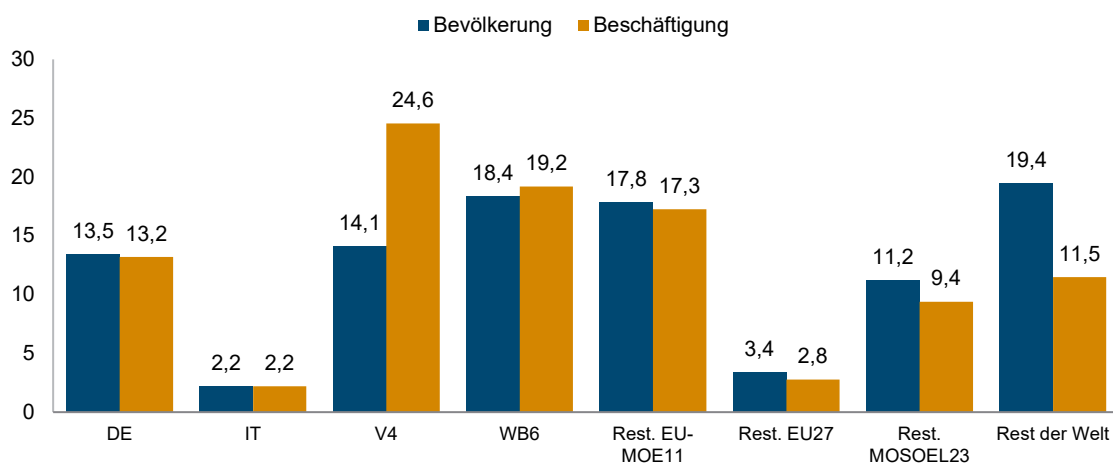
Vor allem die Visegrád-Staaten zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Anteil an den ausländischen Beschäftigten (25%) in Österreich ihren Anteil an der ausländischen Bevölkerung (14%) erheblich übersteigt (Abbildung 6). Durch die geographische Nähe pendeln viele Arbeitnehmer aus den Nachbarstaaten zu ihren Arbeitsstätten nach Österreich. Der mit Abstand größte Unterschied ergibt sich hier für ungarische Staatsbürger, mit einem Beschäftigungsanteil von 12,1%, der doppelt so hoch ist wie der Bevölkerungsanteil von 5,9%. Unternehmen, die in Österreich agieren und einen hohen Anteil grenzüberschreitender Pendler beschäftigten, kamen zu Beginn der ersten Lockdown-Phase in die Bredouille, als die Grenzen geschlossen wurden. Neben Leiharbeitern kam auch das Österreichische Bundesheer mit rund 760 Personen zum Einsatz (BMLV, 2020). Grenzsicherungen werden im Verlauf der kommenden Monate wohl immer wieder vorkommen, wenn auch nicht so chaotisch wie beim ersten Mal. Beispielsweise schloss Ungarn seit 1. September wieder die Grenzen für Reisende – davon waren auch Geschäftsreisende und Pendler⁶ betroffen; seit 5. September ist die begründete Einreise nach Ungarn zu

⁶ Siehe WKO (2020a): Ursprünglich ausgenommen waren Berufspendler nur dann, wenn sie in einem Radius von 30km entlang der ungarischen Grenze arbeiten und leben und der Pendleraufenthalt 24 Stunden nicht übersteigt.

geschäftlichen oder wirtschaftlichen Zwecken ohne geographische oder zeitliche Begrenzung jedoch wieder möglich. In der Zwischenzeit präsentierte die Europäische Kommission (2020c) am 4. September einen Vorschlag für ein EU-weit gemeinsames Vorgehen bei Reisebeschränkungen. Durch die national unterschiedlichen Regeln und kurzfristige Änderungen werden Unternehmen sowie Urlaubs- und Geschäftsreisende unnötig zusätzlich verunsichert.

Abbildung 6 / Die Visegrád-Staaten repräsentieren ein Viertel der ausl. Beschäftigten in Österreich

Anteile an der ausländischen Bevölkerung und den ausländischen unselbständig Beschäftigten in Österreich nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2019, in %



Quelle: Bevölkerung: Statistik Austria. Unselbständig Beschäftigte: Online-Datenbankabfragesystem BALI (Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen), Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend. Darstellung des wiiw.

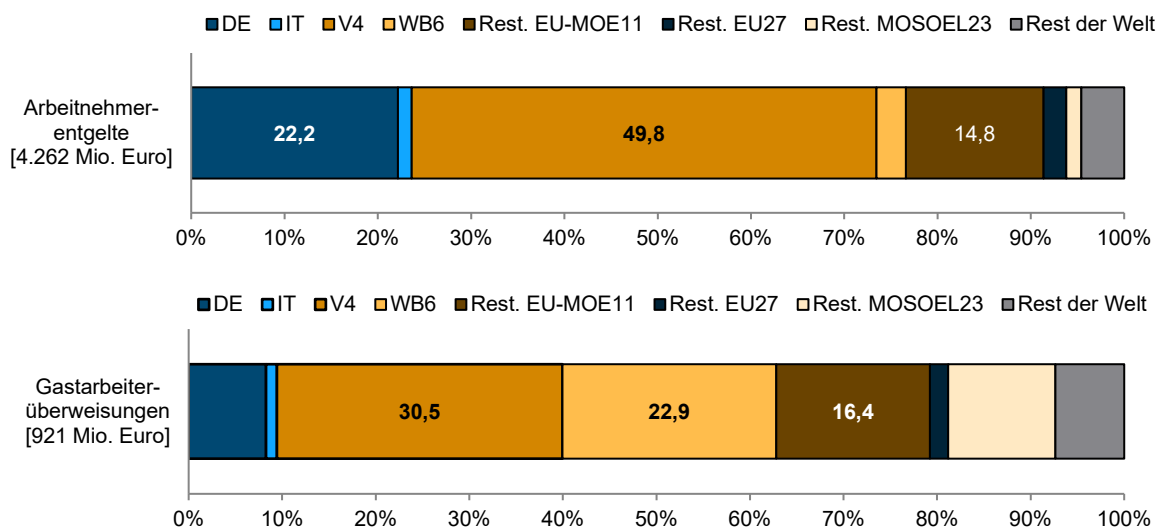
Fast ein Drittel der Arbeitnehmerentgelte für grenzüberschreitende Arbeitskräfte betreffen Ungarn.

Während Bevölkerungs- und Beschäftigungsstatistiken nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselt werden, erlaubt die Zahlungsbilanz eine Differenzierung nach Firmensitz und Wohnsitz der ArbeitnehmerInnen. Im Primäreinkommen sind unter anderem die Löhne und Gehälter aus unselbständiger Tätigkeit abgebildet, die ausländische ArbeitnehmerInnen (nach Wohnsitz) für österreichische Unternehmen (nach Firmensitz) erbringen und umgekehrt. Sie zeigt damit noch deutlicher auf, welche österreichischen Wirtschaftsbeziehungen durch Grenzschließungen betroffen sind. Auf der Einnahmenseite sind für das Jahr 2019 Arbeitnehmerentgelte im Umfang von 2,5 Milliarden Euro erfasst, die ÖsterreicherInnen von ausländischen Arbeitgebern erhielten. Auf alle MOSOEL23 entfiel dabei ein Anteil von lediglich 1,3%, angeführt von der Slowakei (0,6%) und Bulgarien (0,5%). Die Ausgabenseite überstieg die Einnahmen um 70% und belief sich im Jahr 2019 auf 4,3 Milliarden Euro. Neben den Nachbarn Deutschland und Italien komplettieren ausschließlich MOSOEL die Top 10, angeführt von Ungarn (29%), gefolgt von der Slowakei (11%), Slowenien (8%), Tschechien (7%), Rumänien (4%) und Polen (3%). Die Ränge 9 und 10 nehmen Kroatien und Bosnien und Herzegowina mit Anteilen über 1% ein. Insgesamt waren rund 50% der Arbeitnehmerentgelte für ausländische Arbeitskräfte den Visegrád-Ländern und weitere 20% den übrigen MOSOEL zuzuordnen.

Sollten sich die Muster der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 für die COVID-Krise wiederholen, dürften die MOSOEL nicht auf eine starke stabilisierende Wirkung durch

Gastarbeiterüberweisungen hoffen. Die MOSOEL, und insbesondere die Westbalkanstaaten, zeichnen sich durch überdurchschnittlich hohe Emigrationsraten aus. Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 waren sie zudem durch sehr hohe Wachstumsraten von Gastarbeiterüberweisungen geprägt. Gastarbeiterüberweisungen sind private grenzüberschreitende Transfers von Personen, die sich für mehr als ein Jahr in einem anderen Land aufhalten und dort wirtschaftlich tätig sind; zumeist an Familienangehörige. Ein bedeutendes Charakteristikum von Gastarbeiterüberweisungen ist, dass sie im Vergleich zu anderen privaten Kapitalflüssen antizyklisch auf Veränderungen des BIP der Empfängerländer reagieren (Raggl, 2017). Damit können sie helfen, die finanziellen Bürden für betroffene Haushalte in Krisenzeiten abzumildern und den privaten Konsum zu glätten, Kreditengpässe von Haushalten zu überwinden oder Kleinunternehmen finanziell zu stützen. Für manche Länder stellen diese Transfers damit einen wesentlichen Beitrag zu Investitionen in Sach- und Humankapital dar, die wiederum Auswirkungen auf die lokale Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen. In den Jahren 2009-2012 wuchsen die weltweiten Gastarbeiterüberweisungen um 5,4%, in Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen um 6,6%; Überweisungen in die MOSOEL brachen dagegen um 4,5% ein. Sowohl der Rückgang während der Krise, aber auch die Erholung danach waren in den MOSOEL stärker ausgeprägt (Raggl, 2017).

Abbildung 7 / MOSOEL dominieren Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte und Gastarbeiterüberweisungen



Anmerkung: Daten laut BPM6-Methodologie.
 Quelle: Oesterreichische Nationalbank (OeNB); Darstellung des wiiw.

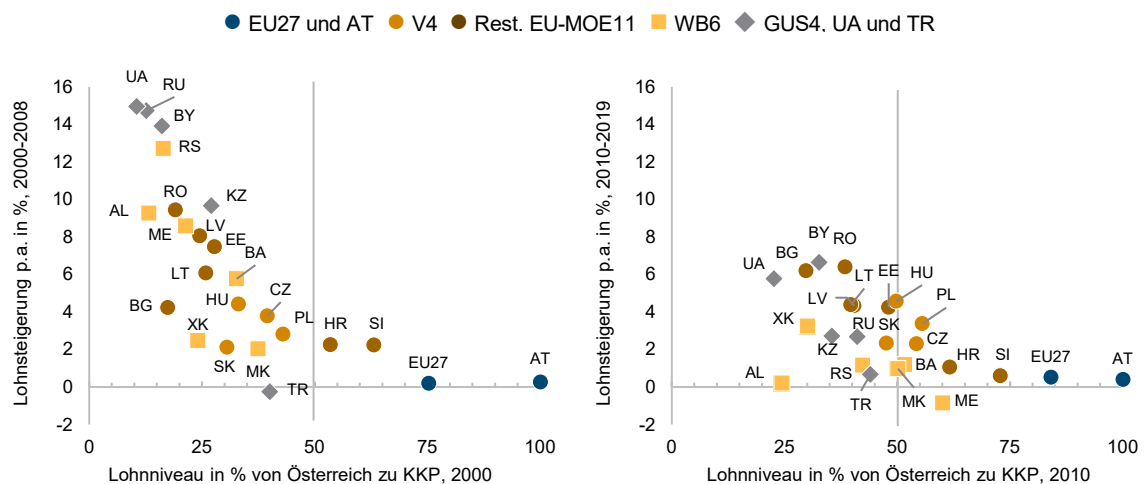
Gastarbeiterüberweisungen aus Österreich fließen fast zur Gänze in die MOSOEL. Österreichs Einnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen beliefen sich im Jahr 2019 auf 261 Millionen Euro, die zu über 50% für die EU27, aber nur zu 1,4% auf die EU-MOE11 (bzw. zu 1,9% auf alle MOSOEL23) entfielen. Die Schweiz (19%), Australien (6%), die USA (5%) oder das Vereinigte Königreich (4%) sind nach Deutschland (43%) die größten Quellen von Rücküberweisungen nach Österreich. Im selben Jahr wurden Gastarbeiterüberweisungen im Ausmaß von 921 Millionen Euro getätigt. Abgesehen von Deutschland (mit einem Anteil von 8%) entfallen die übrigen Gastarbeiterüberweisungen in die EU27 fast gänzlich auf die EU-MOE11 (47%). Hinzu kommen die Westbalkanstaaten mit einem Anteil von 23%. In Summe flossen

81% der Gastarbeiterüberweisungen aus Österreich in die MOSOEL23 (Abbildung 7); die Top 5 Destinationen wurden repräsentiert von Ungarn und Serbien (je 11%), Polen und der Türkei (je 10%) sowie Bosnien und Herzegowina (9%). Die Wirtschaftsprognosen für diese Länder fallen in den meisten Fällen besser aus als für Österreich, wodurch eine Reduktion der Transfers für das Jahr 2020 möglich ist. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass Rücküberweisungen nach Kroatien (im Jahr 2019 auf Rang 9 mit 5%) durch die prekären Wirtschaftsentwicklungen stark ansteigen werden.

Die Lohnschere zwischen den MOSOEL und Österreich könnte sich noch langsamer schließen. Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 war ein Lohnkonvergenzpfad ganz klar ersichtlich: die Länder, die im Jahr 2000 am weitesten vom österreichischen Lohnniveau entfernt waren, verzeichneten in den Jahren 2000-2008 im Durchschnitt auch die höchsten realen Lohnsteigerungen. Während im Jahr 2000 nur Slowenien und Kroatien Lohnniveaus (zu Kaufkraftparitäten) von über 50% des österreichischen aufzeigten, waren es im Jahr 2010 bereits sechs MOSOEL. Der Konvergenzprozess wurde jedoch nach der Wirtschaftskrise eingebremst (Abbildung 8). Zwar haben bis ins Jahr 2019 zehn Länder die 50%-Schwelle passiert, die Diskrepanzen sind aber weiterhin erheblich. So reicht das Spektrum der Lohnniveaus von 25% für die Ukraine bis 71% für Slowenien. Berechnet als einfacher Durchschnitt über einzelne Länder ergibt sich ein Lohnniveau von 30% des österreichischen für die Gruppe der GUS4 (plus Ukraine und Türkei), 50% für die Westbalkanländer und 59% für die EU-MOE11. Damit bleibt der österreichische Arbeitsmarkt weiterhin attraktiv; jedenfalls sobald sich die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt erholt hat. Laut AMS sind ArbeitnehmerInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft besonders von Arbeitslosigkeit betroffen – nicht zuletzt durch ihren Hohen Anteil in von der Coronakrise besonders betroffenen Sektoren, wie dem Tourismus, der Arbeitskräfteüberlassung oder der Bauwirtschaft. Ende Juli 2020 lag der Bestand an arbeitslos vorgemerkten Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft noch immer 57% (für ÖsterreicherInnen 34%) über dem Wert des Vorjahres (Auer, 2020).

Abbildung 8 / Bruttomonatslöhne und Lohnsteigerungen in Relation zu Österreich

Durchschnittliche jährliche Lohnsteigerungen vor (2000-2008) und nach (2010-2019) der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in Relation zum österreichischen Lohnniveau.



Anmerkungen: Daten für: MK ab 2001, EU27 ab 2002, ME ab 2003, XK und TR ab 2004 verfügbar. Für Kosovo bis 2011 nur Nettolöhne in der staatlichen Verwaltung.

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank und Eurostat; Berechnung und Darstellung des wiiw.

3.2. AUßENHANDEL UND TOURISMUS SCHEINEN VORERST DAS SCHLIMMSTE ÜBERSTANDEN ZU HABEN

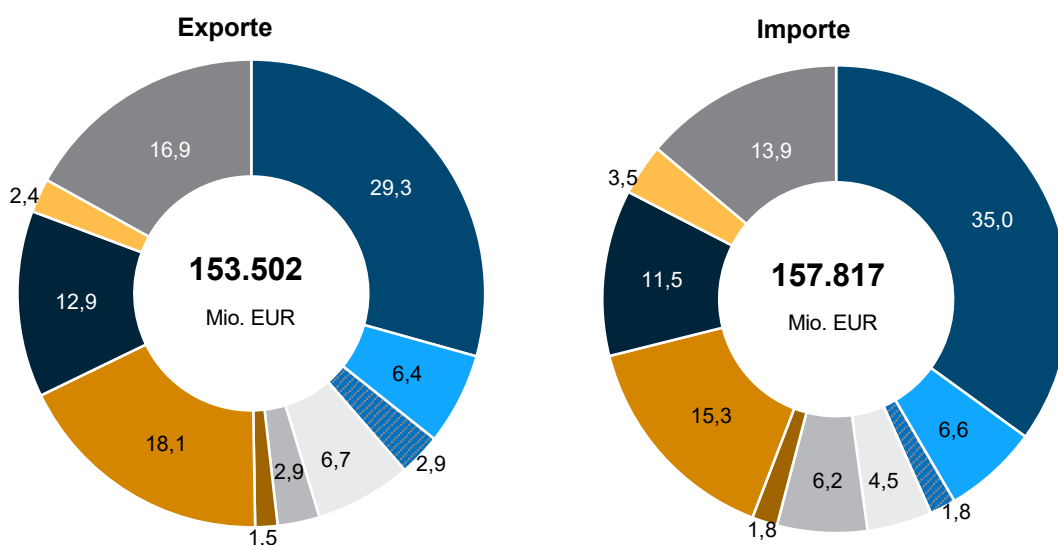
Globale Wertschöpfungsketten verschärfen die Krisenanfälligkeit des internationalen Handels. Die Welthandelsorganisation (WTO, 2020) warnte im April, dass der weltweite Güterhandel um 13-32% einbrechen könnte. Prognosen für Europa reichten von -10% bis hin zu -32%. Die Europäische Kommission (2020d) veröffentlichte im Juni etwas optimistischere Schätzungen: Sie geht davon aus, dass der Welthandel im Jahr 2020 um 10-16% schrumpfen würde. Für die EU27 wird erwartet, dass sich Extra-EU-Exporte um 9-15% und Extra-EU-Importe um 11-14% reduzieren werden.

Risiken von Produktionsunterbrechungen können durch Diversifizierung der Handelspartner reduziert werden. Je höher der Anteil der Importe ist und je stärker diese Importe – insbesondere von Zwischenprodukten, die für die weitere Produktion nötig sind – auf einzelne Handelspartner bzw. Unternehmen konzentriert sind, desto höher ist die Anfälligkeit im Fall einer Produktions- oder Lieferunterbrechung. Der österreichische Außenhandel ist äußerst konzentriert. Deutschland war und bleibt das Um und Auf im österreichischen Außenhandel, mit einem Anteil von 35% an den österreichischen Importen und 29% an den Exporten im Jahr 2019 (Abbildung 9). Die unmittelbaren Nachbarn decken über 50% der Exporte und 55% der Importe ab. Darin können allerdings wiederum Vorprodukte anderer Länder stecken. Die Europäische Kommission (2020d) zeigte unter anderem auf, dass der Anteil chinesischer Vorprodukte an den gesamten importierten Intermediärgütern der EU27 für Textilien (46%), Elektrogeräte (46%) und elektronische Erzeugnisse (39%) besonders hoch ist. Diese Abhängigkeit führte in Europa bereits zu Produktionsunterbrechungen als das Coronavirus noch gar nicht in Europa angekommen war.

Abbildung 9 / Österreichs Warenaußenhandel steht und fällt mit Deutschland

Warenexporte und -importe im Jahr 2019, mit Anteilen für ausgewählte Partnerländer und -regionen in %


 DE IT UK US CN RU EU-MOE11 Rest. EU27 Rest. MOSOEL23 Rest der Welt

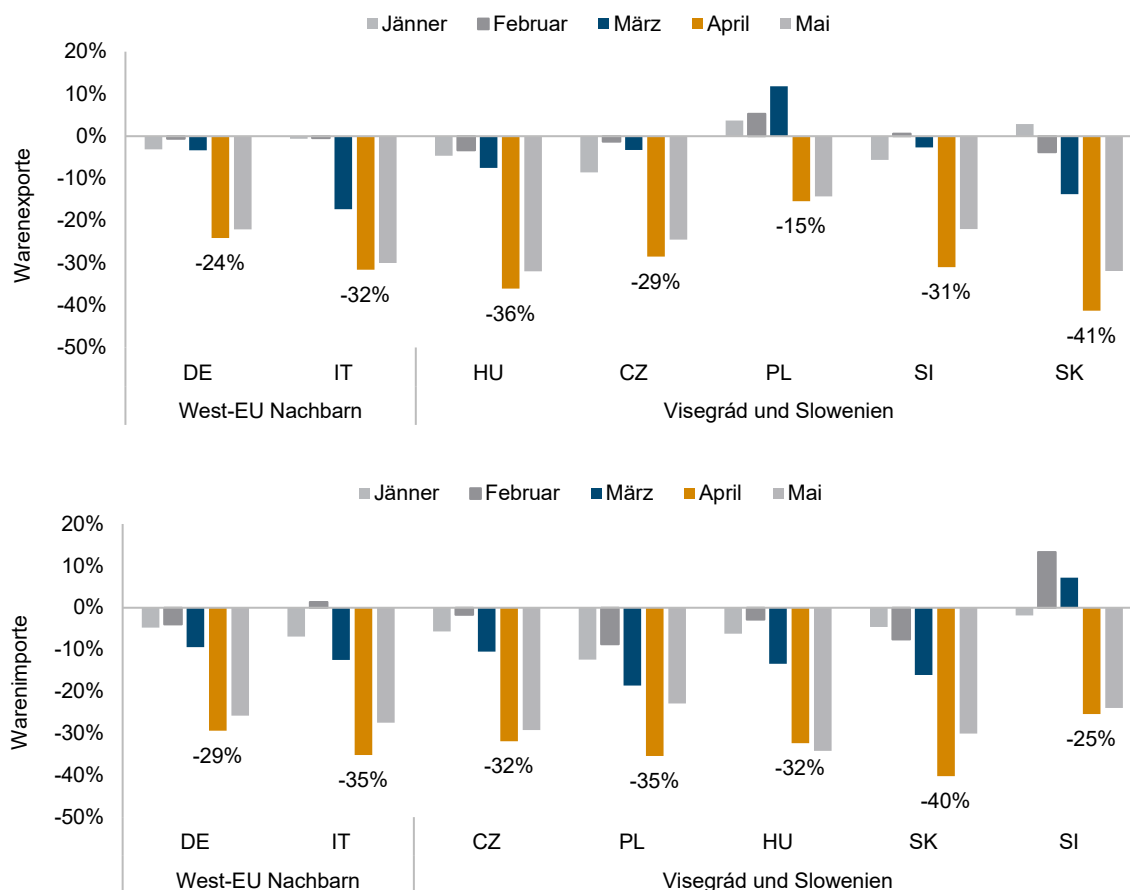


Quelle: Statistik Austria.

EU-weite Maßnahmen zur Sicherstellung des freien Warenverkehrs bewahrten Österreich vor schlimmeren Handelseinbußen. Auf der ganzen Welt reagierten Länder schnell mit einem breiten Spektrum an handelspolitischen Maßnahmen, um mögliche Versorgungsengpässe mit medizinischen Gütern und persönlicher Schutzausrüstung abzuwenden. Einerseits wurden Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse für den Import reduziert oder eliminiert, andererseits wurden Exportbeschränkungen für im Inland hergestellte Güter erlassen (Grübler und Reiter, 2020). Hoekman et al. (2020) zeigten anhand der Trade Alert Datenbank auf, dass bis Anfang April bereits 70 Länder Maßnahmen ergriffen hatten, um Exporte für medizinische Produkte zu beschränken, während gleichzeitig mehr als 70 Länder den Import ähnlicher Güter liberalisierten. Kurzfristig machten diese Maßnahmen auch vor dem Europäischen Binnenmarkt nicht halt. Die tiefe politische und wirtschaftliche Integration der EU27 führte jedoch rasch zu einer Auflösung der Barrieren und Maßnahmen zur Gewährleistung des Intra-EU-Güterverkehrs. In diesem Sinne kam Österreich die starke Konzentration auf den EU-Markt zugute.

Abbildung 10 / Der Handelsschock setzte zeitversetzt ein

Veränderung der Warenexporte und -importe zum Monat des Vorjahres, nominal in %



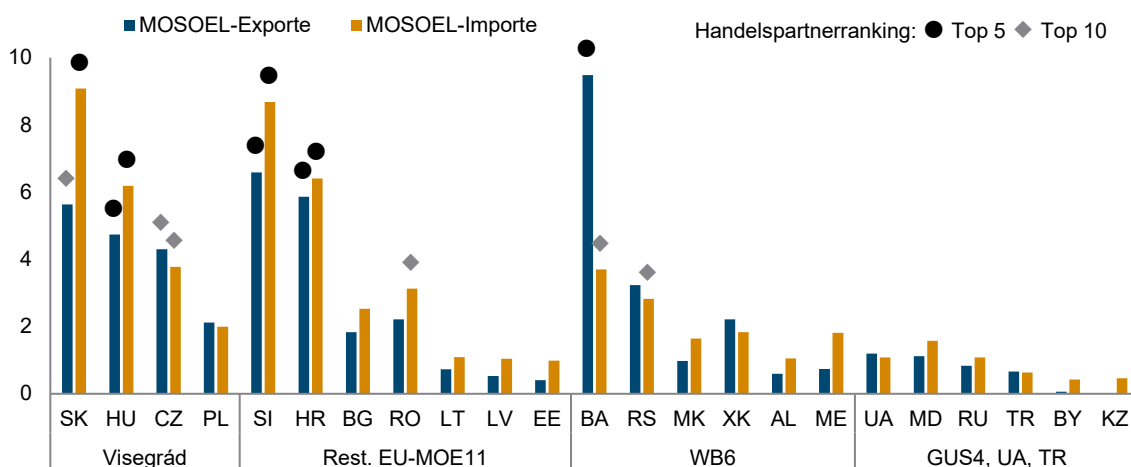
Anmerkung: Ländersortierung nach dem Anteil im Jahr 2019.

Quelle: Statistik Austria.

Österreichs Warenaußenhandel mit den wichtigsten Partnern scheint sich seit April zu erholen. Der deutlichste Einbruch des österreichischen Warenhandels zeigte sich im Mai mit einem Minus von 26% im Vergleich zum Mai des Vorjahres. Für die wichtigsten Handelspartner Österreichs wurde aber die Talsohle scheinbar schon im April erreicht. Allerdings könnten die negativen Auswirkungen der Coronakrise auf den europäischen Automobilmarkt weiter steigen und die damit verbundene Produktion und den Handel Österreichs und der MOSOEL abermals verschlechtern. Exporte nach Deutschland ließen im April im Vergleich zum Vorjahr um 24% nach, Importe um 29%, mit einer positiven Wende Richtung Mai. Besonders stark ausgeprägt war die Reduktion des Handels mit der Slowakei im Ausmaß von über 40% auf der Export- und Importseite. Außerhalb der EU27 sind seit April wieder positive Wachstumsraten für Importe aus China zu beobachten, sowie ganz starke Zuwächse von Importen aus der Schweiz. Das ist dem Umstand geschuldet, dass über ein Drittel der Importe aus der Schweiz und ein Fünftel der Exporte in die Schweiz den chemischen und pharmazeutischen Industrien zuzurechnen sind, deren Produktion und Handel in Zeiten der Gesundheitskrise einen zusätzlichen Boom erfahren.

Mit dem EU-Bestreben nach einer „offenen strategischer Autonomie“ könnte der Handel mit den MOSOEL mittelfristig an Bedeutung gewinnen. Darunter versteht die Europäische Kommission die Analyse von Abhängigkeitsverhältnissen und Maßnahmen, um Wertschöpfungsketten resistenter zu gestalten. Strategische Autonomie soll damit nicht als Ziel der Selbstversorgung verstanden werden. Um regionale Schocks – ausgelöst u.a. durch Krankheiten, Umweltkatastrophen, politische und militärische Konflikte – abfedern zu können, bedarf es einer Diversifizierung. Hierzu könnte auch gehören, Fertigungsstandorte teilweise von Asien nach Europa zurückzuholen. Als Gegenpol zum Offshoring scheint laut deutschen Außenhandelskammern das Potenzial für Nearshoring (oder auch Reshoring) im Westbalkan für die Elektro-, Automobil- und Pharmaindustrie besonders groß zu sein (Gaber, 2020). Deutschland ist für elf MOSOEL der wichtigste Exportmarkt und ebenfalls für elf Länder der bedeutendste Handelspartner für Importe. Österreichs Bedeutung zeigt sich bei seinen Nachbarländern, sowie für Bosnien und Herzegowina und Kroatien (Abbildung 11). Eine Ausweitung der Handelsbeziehungen in Richtung Südosten wäre auch für Österreich – eines der bedeutendsten Investorenländer in der Region – denkbar.

Abbildung 11 / Österreich gehört zu den Top 10 Handelspartnern in acht MOSOEL



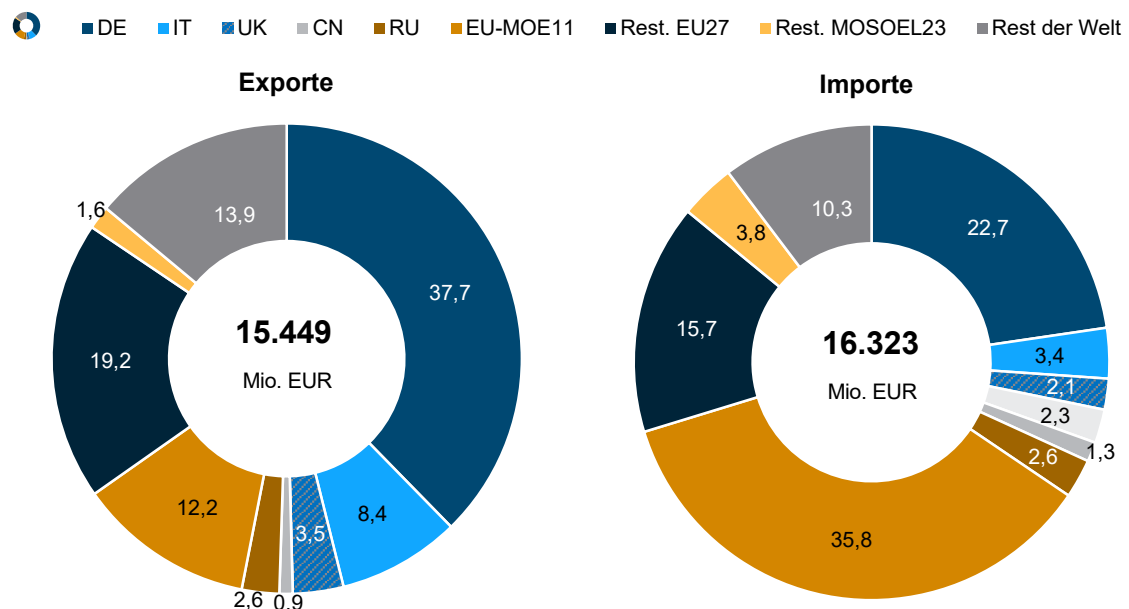
Anmerkungen: Länderreihung nach dem Anteil der MOSOEL-Exporte nach Österreich. Außenhandelsdaten der EU-MOE-Länder basieren auf der Intra/Extra-EU-Handelsmethodologie laut Eurostat. Diese Erfassungsmethode kann bei einzelnen Ländern zu größeren Unterschieden im Vergleich zu nationalen Angaben führen.

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank und Eurostat; Berechnung und Darstellung des wiiw.

Der Einbruch des Güterhandels trifft direkt die Transportdienstleister. Im Jahr 2019 entfielen 23% der gesamten österreichischen Dienstleistungsexporte und 29% der Dienstleistungsimporte auf den Transportsektor. Österreichs Exporte von Transportdienstleistungen betreffen größtenteils (65%) die West-EU; die MOSOEL23 lediglich mit 16%. Österreich kommt hier zugute, dass der Handel mit Deutschland nicht so stark eingebrochen ist wie mit anderen Handelspartnern. Die Folgen für unselbständig Beschäftigte im heimischen Transportsektor betreffen – wie im Abschnitt zu systemrelevanten Berufen dargestellt (siehe Abbildung 5) – zu einem Drittel Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die wiederum zu 75% aus MOSOEL stammen. Auf der Importseite nimmt Österreich primär Transportdienstleistungen aus den EU-MOE11 in Anspruch. Die Visegrád-Länder und Rumänien repräsentieren 29% der österreichischen Transportdienstleistungsimporte.

Abbildung 12 / Österreich ist auf Transportdienstleistungsimporte aus Osteuropa angewiesen

Österreichs Exporte und Importe von Transportdienstleistungen im Jahr 2019, mit Anteilen für ausgewählte Partnerländer und -regionen in %



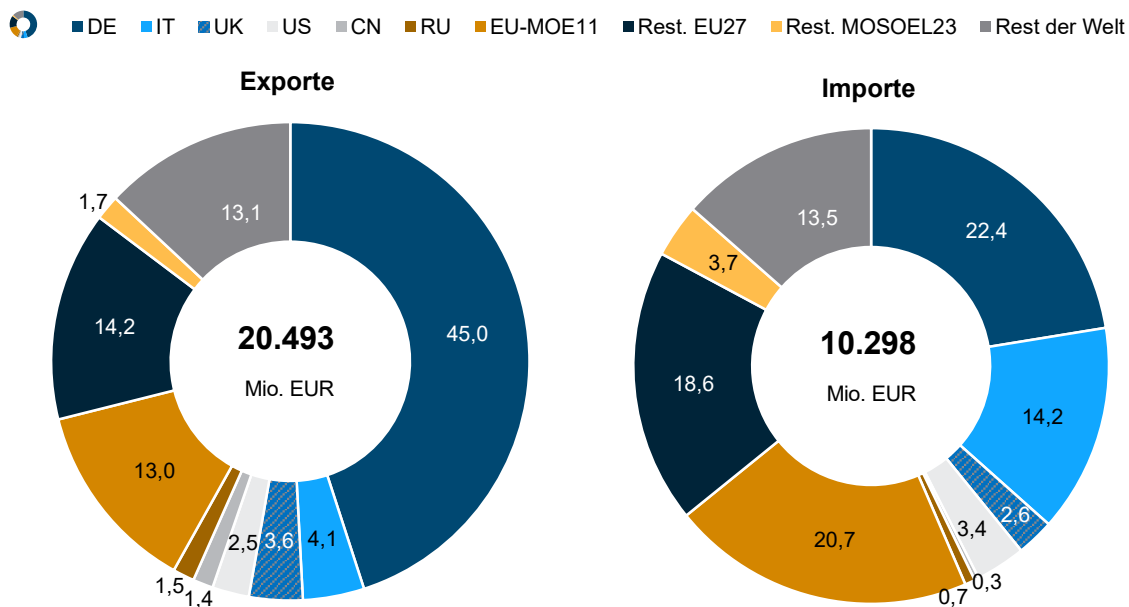
Quelle: Statistik Austria. Darstellung des wiiv.

Mit dem Reiseverkehr kommt auch die österreichische Leistungsbilanz ins Wanken. Der österreichische Überschuss im Dienstleistungshandel von über 10 Milliarden Euro im Jahr 2019 war primär dem Reiseverkehr geschuldet, dessen Exporte fast doppelt so hoch ausfielen wie die Importe (Abbildung 13). Deutsche Staatsbürger repräsentieren über die Hälfte der Nächtigungen von Urlaubs- und Geschäftsreisenden in Österreich – dementsprechend groß ist auch der Anteil Deutschlands an den österreichischen Reiseverkehrsexporten. Dieser Anteil sinkt jedoch kontinuierlich; im Jahr 2000 betrug der Anteil Deutschlands noch über 56% und fiel bis auf 45% im Jahr 2019 (Abbildung 13). Steigende Tendenzen sind jedoch für die Schweiz (7,0% im Jahr 2019), Ungarn (3,5%), Tschechien (2,5%), die Slowakei (1,6%) und Rumänien (1,5%) sichtbar.

Als die beliebteste MOSOEL-Reisedestination nahm Kroatien nach Deutschland und Italien den dritten Rang der österreichischen Reiseverkehrsimporte ein. Die Türkei und Kroatien gehörten die letzten Jahre gemessen an den Nächtigungen immer zu den Top 10 der beliebtesten Reiseziele der ÖsterreicherInnen, was sich auch in den Reiseverkehrsimporten widerspiegelt. Die Trends sind jedoch gegenläufig. Während sich Kroatien immer größerer Beliebtheit erfreut und der Anteil an den österreichischen Reiseverkehrsimporten von 8,2% im Jahr 2015 auf 9,5% im Jahr 2019 kletterte, reduzierte sich der Anteil der Türkei im selben Zeitraum auf die Hälfte, von 2,8% auf 1,4%.

Abbildung 13 / Österreichs Reiseverkehrsdienstleistungen erzielten vor der Krise hohe Überschüsse

Exporte und -importe von Reiseverkehrsdienstleistungen im Jahr 2019, mit Anteilen für ausgewählte Partnerländer und -regionen in %

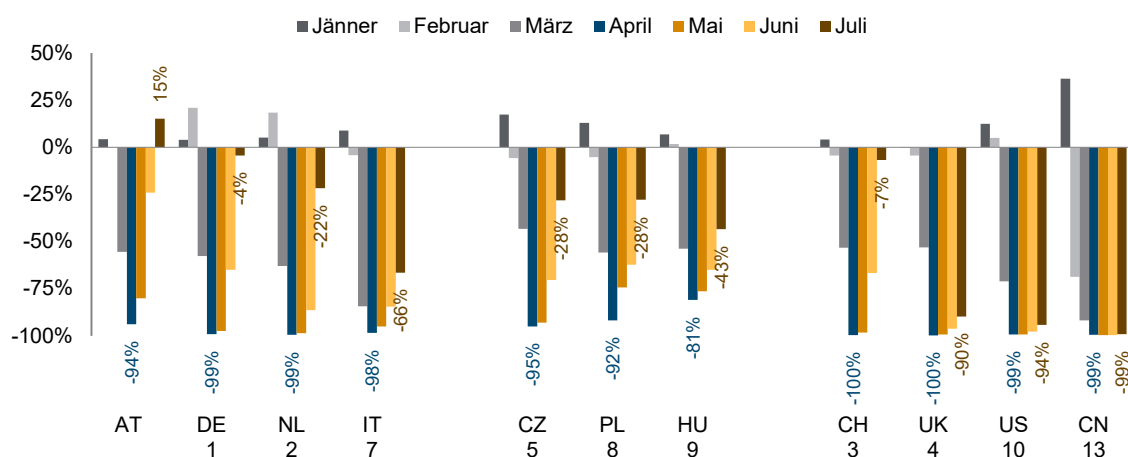


Quelle: Oesterreichische Nationalbank (OeNB). Darstellung des wiiw.

Seit Mai zeigt sich ein Hoffnungsschimmer für den österreichischen Tourismus, nur die chinesischen Gäste bleiben zur Gänze aus. Über die letzten Jahre wurden die stärksten prozentuellen Zuwächse der österreichischen Reiseverkehrsexporte für China verzeichnet. Von 2018 auf 2019 wuchs der Anteil Chinas um 32% auf 1,37% im Jahr 2019. Während im Jänner 2020 noch ein Nächtigungsplus chinesischer Gäste in Österreich von 36% verbucht wurde, sind diese seit April auf fast null zurückgefallen (Abbildung 14). Im April brachen die Nächtigungszahlen für die meisten Herkunftsländer – inklusive Österreich selbst – um über 90% ein. Im Mai zeigten sich erste Verbesserungen für die Visegrád-Länder. Bis Juli erholten sich die Nächtigungen aus den für Österreich drei wichtigsten Herkunftsländern von Touristen wieder etwas: Im Juli wurden im Vergleich zum Vorjahr „nur“ 4% weniger Nächtigungen deutscher Gäste, 22% weniger für niederländische Gäste und 7% weniger für Gäste aus der Schweiz verbucht.

Wachstumsraten österreichischer Gäste waren erstmals wieder positiv. Mit einem Zuwachs von 15% im Juli im Vergleich zum Vorjahr konnten sie die Verluste etwas abfedern. Dagegen bleiben Gäste aus den USA und China (auf den Rängen 10 und 13 im Vorjahr) fast gänzlich aus; ebenso persistent sind die Rückgänge für Briten, die im Jahr 2019 die viertgrößte Gästegruppe (mit 3,3% der Nächtigungen ausländischer Gäste) darstellten. Diese Entwicklungen werden von der Unsicherheit geprägt, die mit sich ständig ändernden und national unterschiedlichen Quarantäne- und Testauflagen insbesondere für Fernreisen einhergeht. Zudem scheinen primär Touristen aus der unmittelbaren Umgebung Österreichs, die auch leicht mit dem Auto erreichbar ist, Österreich spät aber doch als Sommerurlaubsdestination wiederentdeckt zu haben. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass „physical distancing“ die Nachfrage nach Transport mit dem Flugzeug und öffentlichen Verkehrsmitteln reduziert, während für den Kurzstreckentransport in Ballungsräumen die Nachfrage nach Taxis und Fahrrädern steigt und für Mittelstrecken verstärkt auf das Auto zurückgegriffen wird (De Vos, 2020; Sung und Monschauer, 2020). In Summe musste der österreichische Tourismus im Juli mit 3,3 Millionen (17%) weniger Nächtigungen als im Vorjahr auskommen. Kumuliert über die Monate März bis Juli hat die Coronakrise damit im Vergleich zu 2019 eine Lücke von -34 Millionen Nächtigungen (-55%) aufgerissen.

Abbildung 14 / Erste Erholungszeichen nach fast 100%igem Nächtigungseinbruch



Anmerkungen: Die horizontale Achse bezeichnet das Land und den Rang basierend auf Nächtigungszahlen im Jahr 2019. Übernachtungen beziehen sich auf Urlaubs- und Geschäftsreisende. Die Daten basieren auf den Meldungen von rund 1.600 Berichtsgemeinden, die mehr als 1.000 Nächtigungen pro Jahr erfassen.

Quelle: Statistik Austria.

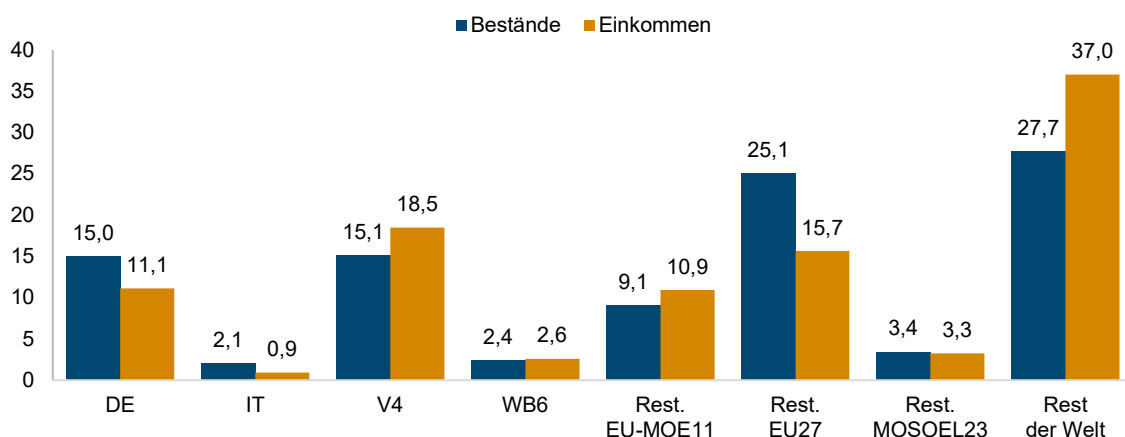
3.3. KRISEEFFEKTE FÜR ÖSTERREICHS INVESTOREN UND BANKEN KOMMEN ZEITVERZÖGERT ZUM TRAGEN

Der tatsächliche Kriseneffekt für Haushalte, Unternehmen und den Bankensektor wird erst ab dem Jahr 2021 in Statistiken sichtbar sein, da die nationalen Strategien zur Krisenbewältigung in den meisten Ländern Zahlungsaufschübe für Zins- und Kapitalrückzahlungen vorsehen, um Insolvenzen vorzubeugen. Dabei unterscheiden sich die MOSOEL hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung, der Anzahl der teilnehmenden Banken, der zu unterstützenden Sektoren und Kundensegmente, der maximalen Dauer der einzelnen Zahlungsaufschübe und nicht zuletzt des Zeitraums, in dem grundsätzlich Zahlungsaufschübe gewährt werden. In Österreich wurde die Moratoriumsdauer auf maximal drei Monate

beschränkt. Die Moratoriumsdauer in MOSOEL mit hohen Forderungsanteilen österreichischer Banken reicht von maximal sechs Monaten für Tschechien und Russland, über maximal 9 Monate in Rumänien, der Slowakei und Ungarn, und sogar bis zu mehr als 12 Monaten („bis zum Anfang der nächsten Saison“) für Betroffene im Tourismussektor in Kroatien (EBA, 2020). In einigen Ländern können Anträge noch bis Ende des Jahres eingereicht werden. In Österreich betreffen die gewährten Moratoria nur Kredite für Konsumenten sowie für Klein- und Mittelbetriebe (KMUs); in der Slowakei wurde das Moratorium auf Konsumkredite beschränkt, in Russland auf Kredite für Konsumenten und KMUs, und in Rumänien zusätzlich für Leasingkredite an nichtfinanzielle Unternehmen. In Tschechien und Kroatien kommt ein Kreditmoratorium für den gesamten nichtfinanziellen Sektor zur Anwendung, während in Ungarn teilweise sogar der Finanzsektor von den Maßnahmen profitiert (EBA, 2020; IMF, 2020c).

Im Jahr 2019 waren österreichische Investitionen in MOSOEL abermals überdurchschnittlich profitabel. Der gesamte Bestand österreichischer Direktinvestitionen im Ausland belief sich im Jahr 2019 auf 209 Milliarden Euro. Aus diesen Investitionen wurden Einkommen im Umfang von 13 Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Anteil österreichischer Direktinvestitionen in den Visegrád-Ländern entsprach im Jahr 2019 ziemlich genau dem Anteil der Investitionen in Deutschland mit rund 15% (31 Milliarden Euro). Allerdings waren lediglich 11% der Einkommen Deutschland zuzurechnen, während auf die Visegrád-Länder ein Anteil von 18,5% entfiel (Abbildung 15). Dieses Bild lässt sich auch verallgemeinern: Für die meisten MOSOEL übersteigt der Anteil am Einkommen den Anteil an den Investitionsbeständen, während für die westlichen EU-Mitglieder das Gegenteil der Fall ist. Wesentliche Beiträge zur Profitabilität von Investitionen außerhalb der EU und der MOSOEL sind den Vereinigten Arabischen Emiraten und China geschuldet.

Abbildung 15 / Anteil österreichischer Investitionsbestände und -Einkommen in %, 2019



Quelle: Oesterreichische Nationalbank (OeNB).

Tschechien bleibt die Cashcow österreichischer Investoren, während Ungarn bereits vor der Coronakrise am absteigenden Ast war. Alle vier Visegrád-Länder sind bedeutende Destinationen für österreichische Investitionen – angeführt von Tschechien mit einem Anteil von 6,5% (Rang 4). Polen und Ungarn nehmen mit Anteilen von je 2,9% die Plätze 9 und 10 ein, und die Slowakei den 12. Platz mit einem Anteil von 2,8%, gleich hinter dem Vereinigten Königreich und noch vor Russland, Italien und China. Auf der Einnahmenseite fallen Tschechien jedoch 11,1% zu; damit generierte es nach Deutschland die zweithöchsten Einnahmen aus österreichischen Investitionen im Ausland. Mit Anteilen von über 3%

nahmen die Slowakei und Polen die Ränge 10 und 11 ein. Ungarn dagegen ist weit abgeschlagen auf Platz 27 zu finden, mit einem Anteil von nur 0,56%.

Die Bedeutung österreichischer Investitionen in MOSOEL ist teilweise wesentlich signifikanter als jene viel größerer Volkswirtschaften. Tabelle 1 vergleicht die Bedeutung Österreichs als Investorland gemessen am Anteil an den gesamten zugeflossenen Direktinvestitionsbeständen mit großen Playern in Europa wie Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Russland, als auch mit den zwei größten Volkswirtschaften der Welt, den USA und China. In 12 MOSOEL gehört Österreich zu den Top 5 Investoren, in weiteren vier Ländern reiht es sich unter die Top 10. Geringere Bedeutung kommt Österreich in den baltischen Staaten, Russland und der Türkei zu, wo es allerdings immer noch unter den Top 20 rangiert. Lediglich für Kasachstan schafft es Österreich nicht in das Top 20 Ranking.

Tabelle 1 / Österreich gehört für 12 MOSOEL zu den Top 5 Investoren

Anteile an den MOSOEL-Beständen ausl. Direktinvestitionen für das Jahr 2019 in % (Zahl und Balkenlänge)

Partnerranking: ● Top 5 ▲ Top 6-10 ◆ Top 11-20 ○ außerhalb der Top 20

	AT	DE	IT	UK	RU	US	CN
Visegrád	SK	11,6	7,2	4,9	3,1	-0,3	0,3
	HU	10,6	20,3	3,2	1,4	0,8	2,8
	CZ	9,8	16,4	2,8	2,3	0,5	0,9
	PL	4,0	17,5	2,5	3,9	0,2	2,1
Rest. EU-MOE11	SI	24,0	9,0	7,9	2,7	1,2	0,5
	HR	23,7	9,1	11,0	2,2	1,3	0,6
	RO	12,2	12,7	9,5	2,1	0,1	0,7
	BG	8,9	7,0	5,8	5,5	4,8	1,7
	EE	1,8	2,4	0,4	2,8	2,8	1,4
	LV	1,6	6,4	0,5	1,3	9,8	0,9
	LT	0,9	7,2	0,2	-1,6	1,6	1,2
WB6	BA	18,6	4,8	4,5	3,7	4,9	0,4
	RS	13,1	7,5	5,4	2,2	6,4	1,9
	MK	12,9	6,0	2,3	13,9	0,4	1,1
	AL	6,7	2,0	9,7	0,9	.	1,4
	XK	5,9	12,7	1,0	4,8	0,0	4,8
	ME	2,7	2,1	10,6	1,9	10,6	2,0
GUS4, UA, TR	BY	11,4	2,6	0,4	2,2	31,5	1,1
	UA	2,9	4,9	0,7	4,2	2,2	1,6
	MD	2,4	6,0	5,1	3,9	22,7	1,9
	TR	1,9	9,0	2,3	4,7	3,8	1,9
	RU	1,4	4,1	1,1	6,7	.	0,7
	KZ	0,1	0,6	0,1	1,9	3,3	24,4

Anmerkungen: Länderreihung nach dem Anteil der MOSOEL-Direktinvestitionsbestände aus Österreich.

Quelle: wiiw-FDI Datenbank und Eurostat; Berechnung und Darstellung des wiiw.

In der Hälfte der MOSOEL ist der Investitionsanteil Österreichs größer als jener Deutschlands, obwohl die deutsche Wirtschaft rund zehnmal größer ist als die österreichische. Interessanterweise ist Deutschland genau in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft – in Tschechien und Ungarn – deutlich stärker vertreten. Das liegt nicht zuletzt an der Evolution der Wertschöpfungsketten der deutschen Fahrzeugindustrie in Mittelosteuropa (IMF, 2013). An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass es sich bei Investitionen aus Österreich nicht zwangsläufig um Investitionen österreichischer Unternehmen handelt. Durch frühe Aktivitäten

in Osteuropa hat sich Österreich als ein Hub für Drittländer etabliert, die in der Region investieren wollen. Dieser Umstand zeigt sich bei der Analyse von OECD-Daten, welche Investitionen nach dem Ursprungsland-Prinzip und dem Kontrollland-Prinzip unterschieden (Hunya et al., 2019).

Besonders hervorzuheben ist die Stellung österreichischer Investitionen in Slowenien und Kroatien. Im Jahr 2019 war über ein Fünftel aller ausländischen Direktinvestitionsbestände Österreich zuzuordnen, mit einem Anteil von 24% in Slowenien und 23,4% in Kroatien. Über ein Zehntel waren es immerhin noch in Bosnien und Herzegowina (18,6%), Serbien (13,1%), Nordmazedonien (12,9%), Rumänien (12,2%), in der Slowakei (11,6%), in Belarus (11,4%) und in Ungarn (HU 10,6%).

BOX 2 / WER KANN AUF BELARUS WIRKEN?

Im August 2020 fanden in Belarus Präsidentschaftswahlen statt, die der Langzeitamtsinhaber Alexander Lukaschenko laut belarussischen Staatsmedien mit 79% der Wahlstimmen gewann. Diese wurden von Massenprotesten begleitet, gegen welche mit Polizeigewalt vorgegangen wurde. Der Umstand, dass in Belarus keine freien und fairen Wahlen ermöglicht werden, und in noch stärkerem Ausmaß die Gewalt, die an der Zivilbevölkerung verübt wird, werden von der Europäischen Union stark verurteilt. Über mögliche Sanktionen wird diskutiert – doch kann damit Veränderung „von außen erzwungen“ werden?

Die EU reiht sich hinter Russland als wichtigster Wirtschaftspartner für Belarus

Russland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner von Belarus. Es absorbiert über 40% der weißrussischen Exporte und stellt über 50% der Importe zur Verfügung. Die EU27 nimmt auf beiden Seiten bereits den zweiten Rang ein. Auf der Importseite folgen China und die Ukraine, während auf der Exportseite die Ukraine und das Vereinigte Königreich den dritten und vierten Platz belegen. Das Vereinigte Königreich ist damit für Belarus als Absatzmarkt fast doppelt so wichtig wie Deutschland. Mit Anteilen von nur 0,1% an den weißrussischen Exporten und 0,4% an den Importen nimmt Österreich lediglich die Plätze 48 und 20 ein.

Der handelspolitische Spielraum ist seitens der EU bereits eingeschränkt: Die normalerweise unter dem Allgemeinen Präferenzsystem angewandten niedrigeren Zölle für Entwicklungsländer wurden für Belarus bereits im Juni 2007 aufgrund von „Verstößen gegen Grundprinzipien der International Labour Organization“ ausgesetzt. Seit 2004 wurden Maßnahmen gegen Belarus gesetzt – darunter das Verbot der Ausfuhr von Gütern, die der internen Repression dienen könnten, das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Reiseverbot für vier Personen, die mit dem Verschwinden von Oppositionspolitikern und Journalisten in den Jahren 1999/2000 in Verbindung stehen. Ein Waffenembargo wurde im Jahr 2011 eingeführt (Rat der Europäischen Union, 2020b).

Belarussische Exporte	AT	DE	EU27	UK	RU
in Millionen Euro	19	1.169	5.443	2.070	12.142
Anteil in %	0,1	4,0	18,5	7,0	41,2
Belarussische Importe	AT	DE	EU27	UK	RU
in Millionen Euro	148	1.543	6.125	258	19.671
Anteil in %	0,4	4,4	17,4	0,7	55,9

Quelle: wiiw Annual Database, <http://wiiw.ac.at/annual-database.html>.

Energiesubventionen im Gegenzug für politische Loyalität?

Russland ist wiederum der größte Investor in Belarus mit Beständen von 4 Milliarden Euro. Die starke Konzentration auf Russland ist ein Spezifikum von Belarus. Eine weit verbreitete Meinung zum wirtschaftlichen Entwicklungspfad von Belarus ist, dass es den Zugang zu russischem Gas und Öl zu Preisen deutlich unter dem Weltmarktpreis im Gegenzug für politische Loyalität ausverhandeln konnte – was einer direkten Subvention für belarussische Unternehmen und Verbraucher entspricht. Gleichzeitig konnte es verarbeitete Brennstoffe und Chemikalien auf Öl- und Gasbasis zu internationalen Preisen exportieren (Dobrinisky et al, 2016). Diese Praxis wird mit der neuen Fördersteuer Russlands und der über den Zeitraum 2019-2024 schrittweisen Abschaffung von Exportzöllen – von welchen Belarus ausgenommen war – nicht mehr möglich sein (WKO, 2020b). Belarus verwehrte sich lange ausländischen Investitionen und Privatisierungen. Erst mit dem Privatisierungsprogramm aus dem Jahr 2008 erhielten Investoren Anreize für den Markteintritt. Ähnlich der Politik der sozialistischen Staaten in den 1980ern baut Belarus auf Joint Ventures zwischen den staatseigenen Unternehmen und ausländischen Investoren (Havlik, Hunya und Zaytsev, 2018).

Österreich als großer Investor in Belarus

Österreich wird oft auf den kleinen Bruder Deutschlands reduziert. Hinsichtlich wirtschaftlicher Aktivitäten in Osteuropa – insbesondere im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen – ist Österreich jedoch ein zentraler Player. Dieser Umstand kommt besonders gut zur Geltung, wenn man sich die österreichischen Direktinvestitionen als Anteil an den gesamten zugeflossenen ausländischen Investitionen im Land ansieht. Der Anteil belief sich im Jahr 2019 auf 11,4% und war damit mehr als viermal so hoch wie der Anteil Deutschlands. Zu den österreichischen Unternehmen mit Investitionsprojekten in Belarus gehören die Telekom Austria (welche im Jahr 2007 den Telekommunikationsanbieter Belcom übernahm), Kapsch Group, Allied Panels, Austrian Airlines, Bertsch Holding, und Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati (CHSH). Die RaiffeisenBank/PriorBank und Vienna Insurance Group sind ebenfalls stark vertreten.

Eingehende ausländische Investitionsbestände in Belarus	AT	DE	EU27	UK	RU
in Millionen Euro	1.469	339	5.604	278	4.071
Anteil in %	11,4	2,6	43,4	2,2	31,5
Belarussische ausgehende Investitionsbestände	AT	DE	EU27	UK	RU
in Millionen Euro	7	1	101	0	1.039
Anteil in %	0,6	0,1	8,2	0,0	84,2

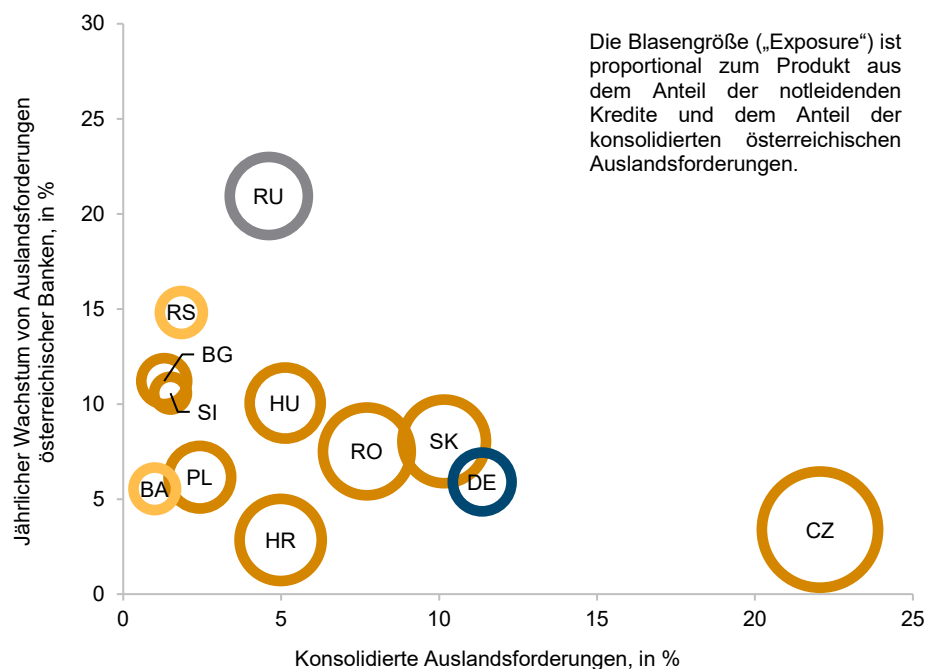
Quelle: wiiw FDI Database, basierend auf nationalen Statistiken: <http://wiiw.ac.at/fdi-database.html>.

Zwei Drittel der Auslandsforderungen österreichischer Banken entfallen auf die MOSOEL. Am Ende des Jahres 2019 betragen die Forderungen österreichischer Banken gegenüber dem Ausland 354 Milliarden Euro. Trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr lag der Anteil der MOSOEL bei 65,6%. Das durchschnittliche Wachstum der Forderungen gegenüber der Visegrád-Ländergruppe, auf welche ein Anteil von über 40% entfällt, war mit 5,5% deutlich geringer als die durchschnittliche Zunahme der gesamten Auslandsforderungen von 8%. Die hohen Wachstumsraten der Forderungen insbesondere gegenüber Russland und Serbien (Abbildung 16) spiegeln die rasche Zunahme ungesicherter Konsumkredite wider. Insgesamt war laut Österreichischer Nationalbank im letzten Jahr die

Gesamtkapitalrentabilität der Tochterbanken in MOSOEL mit 1,3% fast doppelt so hoch wie die Gesamtkapitalrentabilität österreichischer Banken von 0,7% auf Basis konsolidierter Statistiken (OeNB, 2020).

Österreichische Banken sind besonders gegenüber den EU-MOE11 und Russland exponiert. Der Anteil an den gesamten Auslandsforderungen österreichischer Banken, gekoppelt mit der landesweiten Quote notleidender Kredite, gibt Aufschlüsse über die Kreditausfallanfälligkeit der einzelnen MOSOEL. Ende des Jahres 2019 war diese „Exposure“ österreichischer Banken besonders hoch in Tschechien (aufgrund eines Anteils von über 20% an Auslandsforderungen); aber auch in Rumänien, Kroatien, der Slowakei und Russland (durch höhere Anteile notleidender Kredite), wie anhand der Blasengröße in Abbildung 16 abzulesen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die herangezogene Quote der notleidenden Kredite eine landesweite Kennzahl ist und sich für einzelne Banken stark unterscheiden kann, je nachdem welches Kundensegment primär mit Krediten bedient wird. Der Anteil notleidender Kredite aller österreichischen Tochterbanken in MOSOEL belief sich im Jahr 2019 auf 2,4%, also nur unwesentlich höher als die Gesamtquote von 2,2% basierend auf konsolidierten Statistiken (OeNB, 2020).

Abbildung 16 / Forderungen österreichischer Banken und deren Anfälligkeit, 2019

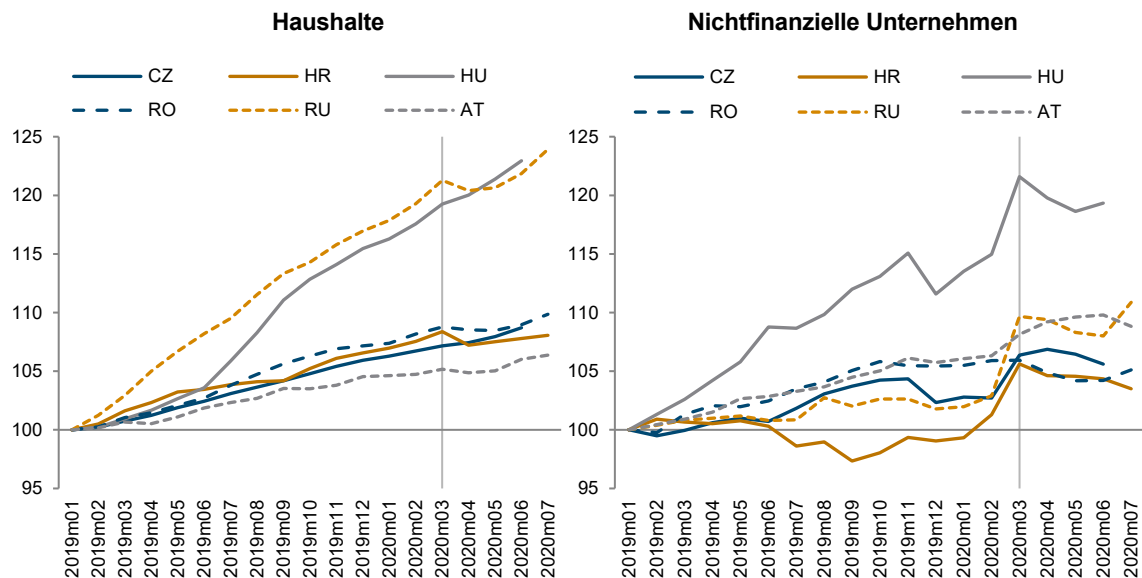


Anmerkungen: Länderauswahl: Deutschland (zweitwichtigste Destination) und MOSOEL mit einem Anteil von über 1% der österreichischen konsolidierten Auslandsforderungen. Notleidende Kredite sind Kredite, deren Kapital- oder Zinsrückzahlungen mehr als 90 Tage (in Estland und Litauen über 60 Tage) überfällig sind. Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien und Ungarn: zuzüglich Kredite, deren Rückzahlung unwahrscheinlich ist. Polen: beeinträchtigte Kredite und gewichteter Durchschnitt von nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten. Russland: laut russischer Rechnungslegung werden überfällige Schulden als überfälliger Schuldendienst definiert, die Daten sind daher nicht vollständig mit anderen Ländern vergleichbar.

Quellen: Auslandsforderungen: BIZ. Notleidende Kredite: wiiv-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken für MOSOEL, IWF für Deutschland. Darstellung des wiiv.

Den massiven Wirtschaftseinbruch aufgrund der COVID-19-Pandemie wird auch der Bankensektor zu spüren bekommen. Die unmittelbaren Herausforderungen für operative Geschäfte während der ersten Lockdown-Phase im Frühjahr 2020 konnten teilweise durch die Ausweitung der digitalen Abwicklung von Bankgeschäften überwunden werden. Zudem haben die Europäische Zentralbank und nationale Zentralbanken Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität der Banken zu gewährleisten. Diese Maßnahmen⁷ beinhalteten Leitzinssenkungen, den Ankauf von Staatsanleihen und die Lockerung der Kapitaladäquanzanforderungen – d.h. der nötigen Eigenkapitalausstattung – für Banken. Vom Wirtschaftseinbruch als Folge der Krise sind einige Länder mit hoher „Exposure“ österreichischer Banken besonders stark betroffen; beispielsweise Tschechien mit einem erwarteten Rückgang des realen BIP von bis zu -9,6%, die Slowakei mit bis zu -10,3% oder Kroatien mit bis zu -11%⁸. Dadurch ist mit einer Verlangsamung des Kreditwachstums, sinkender Profitabilität und einer Verschlechterung der Qualität der Aktiva von in den MOSOEL tätigen Banken zu rechnen.

Abbildung 17 / Entwicklung der Kreditbestände von Jan 2019 bis Jun 2020, Jan 2019=100



Quellen: wiiw Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und EZB.

In einigen wichtigen Kreditmärkten österreichischer Banken sind bereits deutliche Krisenreaktionen zu beobachten. Das Wachstum von Haushaltskrediten verlangsamte sich im Vorjahresvergleich ab April 2020 insbesondere in Russland und in Kroatien. Ungarn ist das einzige MOSOEL, das dem Abwärtstrend weiterhin trotzt – das starke Wachstum der Haushaltskreditbestände seit Mitte 2019 setzte sich auch im ersten Halbjahr 2020 fort⁹. Wachstumsraten für Unternehmenskredite zeigten sich seit April 2020 im

⁷ Siehe Grieson/wiiw (2020, S. 79-82) für eine Übersichtstabelle zu fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen, die als Reaktion auf die Corona-Krise in MOSOEL ergriffen wurden.

⁸ Siehe Abbildung 3 zu Beginn des Berichts für einen Überblick über Wachstumsprognosen verschiedener Institute für Österreich und die MOSOEL für die Jahre 2020 und 2021.

⁹ Haushaltskredite wuchsen in Ungarn im Jahr 2019 um 17%. Neben einer wachsenden Rolle der subventionierten Wohnraumfinanzierung, war ein wesentlicher Faktor dafür der im Juli eingeführte „Baby support“, ohne welchen die Haushaltskredite nur um 9% angewachsen wären (Ungarische Nationalbank, 2020). Dieser „Baby support“ entspricht einem zinsfreien Kredit unter bestimmten Bedingungen, dessen Rückzahlung bei der Geburt des ersten und zweiten Kindes um jeweils drei Jahre ausgesetzt bzw. bei der Geburt eines dritten Kindes gänzlich gestrichen wird (Ungarische Regierung, 2019).

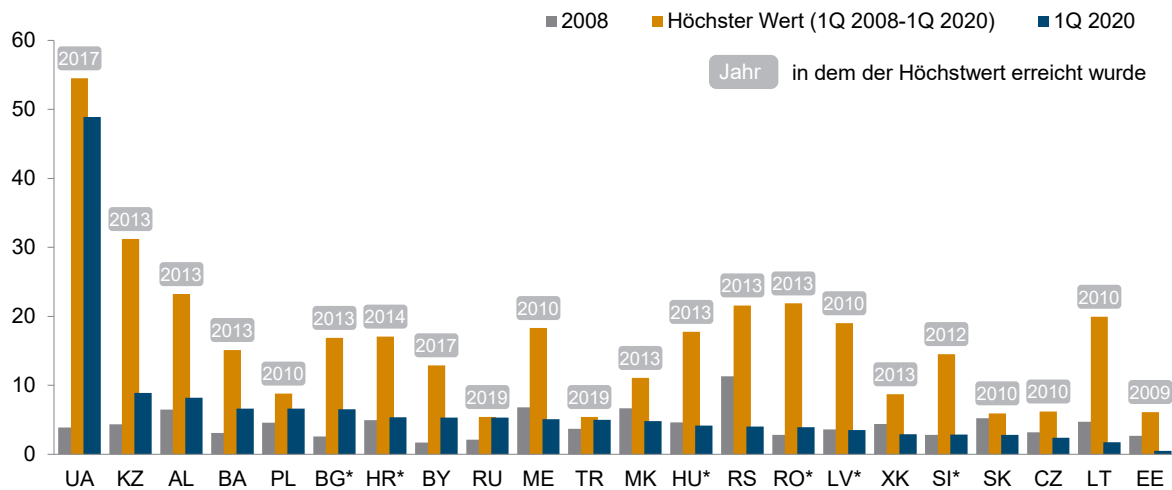
Vergleich zum Vorjahr in Rumänien und in Ungarn rückläufig. Die Entwicklung von an Unternehmen vergebene Kredite in Deutschland, dem zweitwichtigsten ausländischen Markt für österreichische Banken nach Tschechien, sowie in Österreich selbst hat sich verlangsamt (Abbildung 17).

Die Ausgangslage für den Bankensektor zum Start der COVID-Krise war wesentlich besser als zur Zeit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008, weil in der Zwischenzeit die Eigenkapitalquoten erhöht und neue vorausschauende Risikoabschätzungsverfahren (IFRS9) in den Banken implementiert wurden. Zudem war kein starker Kreditboom zu beobachten, was teilweise strengeren Aufsichtsmaßnahmen zu verdanken ist; die Anteile der Fremdwährungskredite sind geringer geworden und in vielen Ländern wurde die Rechtslage angepasst, um die Hindernisse für den Handel mit notleidenden Krediten zu beseitigen (Cloutier und Wee, 2000).

Entscheidend wird sein, ob sich die Liquiditätsprobleme der Kreditnehmer verfestigen. Die Verschiebung der Rückzahlungen wird sich schon heuer auf die Profitabilität der Banken auswirken; auch indirekt durch die nötige Bildung von Rückstellungen für mögliche Kreditausfälle, auch wenn die Rückstellungsanforderungen in vielen MOSOEL temporär gelockert wurden. Die Auswirkungen auf die Qualität der Banken-Aktiva werden sich voraussichtlich ab dem nächsten Jahr zeigen. Ihr Ausmaß ist aktuell jedoch noch schwierig abzuschätzen. Eine Verschlechterung wird insbesondere dann eintreten, wenn sich der Anteil der Kreditnehmer, die nur temporär unter Liquiditätsproblemen leiden, als gering erweisen im Vergleich zu jenen, die durch die Folgen der Pandemie – zum Beispiel durch den Verlust des Arbeitsplatzes oder Umsatzeinbußen durch den Lockdown – zahlungsunfähig werden.

Der Vergleich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zeigt, wie schwer und lange die Folgen der Krise für die Kreditmärkte nachwirken können. In sieben MOSOEL erreichte der Anteil der notleidenden Kredite im Jahr 2009 oder 2010 einen Höchstwert. Vor allem in den GUS-Ländern und den Westbalkanstaaten wurden Spitzenwerte erst nach dem Jahr 2013 erreicht (Abbildung 18). In für österreichische Banken wichtigen MOSOEL-Märkten schnellte insbesondere in Kroatien und Ungarn der Anteil von unter 5% auf über 17%. In Rumänien verachtachte sich der Anteil von unter 3% auf knapp 22% im Jahr 2013.

Die niedrigen Niveaus und geringen Veränderungen der notleidenden Kredite sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Der Vergleich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise legt jedoch nahe, dass die aktuelle Lage sich schnell als Ruhe vor dem Sturm entpuppen kann. In Österreich lag die Quote der notleidenden Kredite im 1. Quartal 2020 noch bei sehr niedrigen 1,7%, was sogar einem leichten Rückgang im Vergleich zum Jahresendwert 2019 von 1,8% entspricht. Mit Ausnahme von Estland ist die Ausgangslage im Hinblick auf die Kreditqualität in allen MOSOEL problematischer; in zwei für Österreichs Banken bedeutenden MOSOEL war die Quote der notleidenden Kredite im 1. Quartal 2020 jedoch relativ niedrig: 2,4% in Tschechien und 2,8% in der Slowakei. Die Verschlechterung der Situation im Jahr 2020 hält sich bislang noch in Grenzen. Mit einem Anstieg von 0,3 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahresende sind Russland (Daten für Juli) und Rumänien (Daten für Juni) am stärksten betroffen. In Ungarn war schon im 1. Quartal 2020 eine Erhöhung auf 4,2% von 4% im Dezember 2019 zu beobachten.

Abbildung 18 / Anteil notleidender Kredite in MOSOEL zwischen 2008 und 1Q 2020

Anmerkungen: Absteigend sortiert nach den Werten für das 1. Quartal 2020. Mit einem Stern (*) gekennzeichnete Länder inkludieren im 1. Quartal 2020 auch Kredite, deren termingerechte Rückzahlung unwahrscheinlich ist. Werte für das Jahr 2009 für die Slowakei (SK) und Kosovo (XK). Für länderspezifische Details siehe Anmerkungen zu Abbildung 16.

Quelle: wiiv Monatsdatenbank inkludiert nationale Statistiken.

Eine rasche Anpassung des Bankensektors an makroökonomische Entwicklungen ist erforderlich.

Laut einer wiiv-Studie für ausgewählte EU-MOE11 und Westbalkanländer reagieren Unternehmenskredite stärker als Haushaltskredite auf den Konjunkturzyklus (Bykova und Pindyuk, 2019). Das BIP-Wachstum, geldpolitische Maßnahmen, Inflation und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind entscheidende Einflussfaktoren für die Entwicklung notleidender Kredite. Die Dynamiken der notleidenden Haushaltskredite zeigten ein sehr heterogenes Bild für die analysierten MOSOEL: Für die Visegrád-Länder, sowie für Rumänien und Kroatien schienen die Konsumkredite risikoreicher zu sein, als Hypothekarkredite.

Detaillierte und aktuelle Daten sind in Krisenzeiten gefragter denn je, auch im Bankenwesen.

Im NPL-Monitor für MOSOEL der Vienna Initiative wird Banken empfohlen, die Kundensegmente so detailliert wie möglich auf COVID-Risiken zu durchleuchten, Modelle für „Stresstest-Szenarien“ zu entwickeln, und Maßnahmenpläne zu erarbeiten, um bei Bedarf rasch reagieren zu können (Cloutier und Wee, 2020). Auch staatliche Interventionen im Bankensektor werden verstärkt gefragt sein, um die Liquidität betroffener Sektoren zu sichern. Beispielsweise haben viele MOSOEL – darunter auch die Slowakei, Tschechien und Ungarn – Programme für staatliche Garantien auf Kredite eingeführt oder erweitert, um es Geschäftsbanken zu ermöglichen, die Kreditvergabe an KMUs auszuweiten.

4. Schlussfolgerungen und Perspektiven für Österreichs Nachbarschaftsbeziehungen

Die COVID-19-Pandemie hat der Weltwirtschaft einen schlimmeren Schlag versetzt als jede andere Wirtschaftskrise in Friedenszeiten seit den 1930er-Jahren. Für die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wird das Jahr 2020 wohl das wirtschaftlich schlechteste seit den turbulenten Zeiten der frühen 1990er-Jahre nach der Auflösung des Eisernen Vorhangs. Die Volkswirtschaften Österreichs und seiner wichtigsten Wirtschaftspartner stehen unter enormem Druck; für kleine, offene Volkswirtschaften wie Österreich und viele MOSOEL werden die Herausforderungen durch ihre relativ hohe Abhängigkeit von internationalem Handel und Tourismus als Wachstumsmotoren verschärft.

Wie dieser Bericht aufzeigt, werden die wirtschaftlichen Auswirkungen bereits schmerzlich deutlich. Hochfrequenzindikatoren veranschaulichen die veränderten Mobilitätsmuster der betroffenen Bevölkerung. Monatsstatistiken unterstreichen die Auswirkungen der Gesundheitskrise insbesondere für internationale Wirtschaftstätigkeiten – wie den Güterhandel, Tourismus, Migration, Investitionen und Finanzen.

Einige Bereiche scheinen den Tiefpunkt bereits im April überwunden zu haben; andere zeigen sich derzeit noch besonders widerstandsfähig. Die Nächtigungszahlen aus den MOSOEL sahen bereits im Juni positiver aus als in den ersten Monaten der Pandemie, in denen der Tourismus praktisch gänzlich zum Erliegen kam. Urlaubs- und Geschäftsreisende aus Deutschland und der Schweiz zeigten im Juli im Vergleich zum Vorjahr nur noch relativ geringe Rückgänge. Nicht zuletzt österreichische Gäste trugen wesentlich zu den Nächtigungszahlen im Juli bei. Der bilaterale Güterhandel zeigt ebenfalls seit Mai Zeichen der Erholung. Im Vergleich zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 scheint auch der Bankensektor wesentlich besser gerüstet zu sein. In MOSOEL mit hohen österreichischen Auslandsforderungen stiegen die notleidenden Kredite bisher zudem nur mäßig, was nicht zuletzt den in Europa derzeit weit verbreiteten Zahlungsaufschüben geschuldet ist.

In dieser außergewöhnlichen globalen Krise sind alle Prognosen mit großen Unsicherheiten behaftet. Durch verschiedene Maßnahmen – wie Kurzarbeitsmodelle oder Zahlungsaufschübe – wird sich das tatsächliche Ausmaß der Krise verzögert in Zahlen niederschlagen. Dennoch zeigt sich über verschiedene Institutionen hinweg, dass für das Jahr 2021 – mit der Ausnahme von Belarus – mit einer starken Erholung der wirtschaftlichen Aktivität in Österreich und den MOSOEL gerechnet wird. Selbst wenn man die Möglichkeit weiterer COVID-Infektionswellen ausschließt, werden wir wahrscheinlich keine Rückkehr zum Status quo erleben.

Die aktuelle Krise wird in internationalen Beziehungen bleibende Spuren hinterlassen. Diese Veränderungen können auch positiver Natur sein. In den letzten dreißig Jahren seit der Ostöffnung haben sowohl Österreich als auch die MOSOEL von der enger werdenden wirtschaftlichen Integration profitiert (Grieveson et al., 2019). Es besteht Grund zur Annahme, dass dies in Zukunft auch unter geänderten Umständen der Fall sein wird. Allerdings wird die Krise einige Trends beschleunigen, sowie neue Herausforderungen für die europäische Wirtschaft mit sich bringen:

- › Die Einschränkung der Mobilität beschleunigte die Megatrends der Digitalisierung und Automatisierung. Diese reduzieren unter anderem längerfristig den Bedarf für (grenzüberschreitende) physische Präsenz am Arbeitsplatz.
- › Der steigende Bedarf und die Abhängigkeit Österreichs von ausländischen Arbeitskräften, primär aus MOSOEL, im Bereich der Alten- und Krankenpflege unterstreichen die Notwendigkeit für die koordinierte Erhaltung der Reisefreiheit und für eine Strategie zur Stärkung des nationalen Arbeitskräftepools.
- › Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 verlangsamte die Lohnkonvergenz zwischen MOSOEL und Österreich. Die Coronakrise könnte die Annäherung abermals verlangsamen. Der österreichische Arbeitsmarkt bleibt damit weiterhin attraktiv.
- › Für krisenresistentere internationale Produktionsnetzwerke bedarf es einer Diversifizierung der Handelspartner. Von Nearshoring bzw. Reshoring könnten die MOSOEL und insbesondere der Westbalkan maßgeblich profitieren.

Auch positive Effekte können ansteckend sein! Die Europäische Kommission (2020e) sieht vor, unter anderem den Europäischen Green Deal als Instrument zu nutzen, um langfristig in Nachhaltigkeit zu investieren. So wie die Entwicklung der Coronakrise im Ausland die österreichische Wirtschaft über verschiedene Kanäle negativ beeinflusste, so kann die österreichische Wirtschaft auch von der Erholung der Partnerländer durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen der EU profitieren. Diese Logik bleibt bei der Diskussion rund um das EU-Budget und den vorgeschlagenen Aufbauplan insbesondere von Nettozahlern oft ungenügend berücksichtigt. Daher ist die Etablierung umfassender Indikatoren nötig, um die realwirtschaftlichen Vorteile aus dem EU-Budget und damit auch den gemeinsamen solidarischen Weg aus der Coronakrise als Win-Win-Lösungsansatz zu erfassen (siehe z.B. Bachtrögler et al, 2020).

5. Daten und Literatur

wiiw OPEN DATA: Statistischer Anhang als Excel-File kostenlos zum Download verfügbar unter:

<https://wiiw.ac.at/ds-6.html>

wiiw MOSOEL Datenbanken (auf Englisch): <https://data.wiiw.ac.at/>

Individuell gestaltbare Visualisierung der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Österreich und Osteuropa auf Deutsch (<https://wiiw.ac.at/at-und-mosoe.html>) und Englisch (<https://wiiw.ac.at/austria-and-cesee.html>)

Auer, E. (2020), Die Arbeitsmarktentwicklung von März bis Juli 2020, Spezialthema zum Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), Juli,

https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_spezialthema_0720.pdf

Bachtrögler, J., D. Hanzl-Weiss, M. Holzner, G. Hunya, O. Reiter, M. Schratzenstaller, R. Stehrer, und R. Stöllinger (2020), How EU funds tackle economic divide in the European Union, Studie für das BUDG Komitee, Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/committees/en/how-eu-funds-tackle-economic-divide-in-t/product-details/20200717CAN56501>

Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend, BMAFJ (2020), Handbuch COVID-19: Urlaub und Entgeltfortzahlung, https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Handbuch-COVID-19_Urlaub-und-Entgeltfortzahlung.html (Stand: 17. August 2020).

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, BMASGK, Masern - Elimination und Durchimpfungsraten. Aktuelle Situation,

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Impfen/Masern---Elimination-und-Durchimpfungsraten/Aktuelle-Situation.html> (Zugriff 10. August 2020).

Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten, BMEIA (2020), Reisewarnungen, <https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reisewarnungen/> (Stand 28. August 2020)

Bundesministerium für Landesverteidigung, BMLV (2020), Unterstützung der Lebensmittelketten am Freitag beendet, <https://www.bundesheer.at/archiv/a2020/corona/artikel.php?id=5535> (23. März 2020)

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, BMSGPK (2020), Amtliches Dashboard COVID19, <https://info.gesundheitsministerium.at/> (Stand 6. September 2020, 15 Uhr)

Bykova A., und O. Pindyuk (2019), Non-Performing Loans in Central and Southeast Europe, wiiw Policy Note/Policy Report, No. 32, Wien, Juni 2019, <https://wiiw.ac.at/p-4962.html>

Cloutier E. und J. Wee (2020), NPL monitor for the CESEE region – H1 2020, <https://npl.vienna-initiative.com/assets/Uploads/2020/17f0755294/npl-monitor-2020-h1.pdf>

De Vos, J. (2020), The effect of COVID-19 and subsequent social distancing on travel behaviour, Transportation Research Interdisciplinary Perspectives, Vol. 5, Mai, <https://doi.org/10.1016/j.trip.2020.100121>

Dobrinsky, R., A. Adarov, K. Bornukova, P. Havlik, G. Hunya, D. Kruk und O. Pindyuk (2016), The Belarus economy: The Challenges of Stalled Reforms, wiiw Research Report, Nr. 413, November, <https://wiiw.ac.at/p-4032.html>

EBA (2022), Notifications on general payment moratoria, **European Banking Authority (EBA)**, August 2020, <https://eba.europa.eu/eba-provides-clarity-implementation-reporting-and-disclosure-framework-context-covid-19-measures> (aufgerufen am 31. August 2020)

Europäische Kommission, EC (2020a), Europäischer Aufbauplan, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de (Zugriff 17. Juli 2020)

Europäische Kommission, EC (2020b), European Economic Forecast, Summer 2020 (Interim), Institutional Paper, No. 132, Juli 2020, https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/summer-2020-economic-forecast-deeper-recession-wider-divergences_en

Europäische Kommission, EC (2020c), Coronavirus: Kommission legt Vorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der Europäischen Union vor, Pressemitteilung, 4. September, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1555

Europäische Kommission, EC (2020d), Trade policy reflections beyond the COVID19 outbreak. Chief Economist Note, Nr. 2, Juni.

Europäische Kommission, EC (2020e), Die Stunde Europas: Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, Pressemitteilung, 27. Mai, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Europäische Zentralbank, ECB (2020), Eurosystem staff macroeconomic projections for the euro area, Juni, <https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/index.en.html>

European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) (2020), COVID-19: From shock to recovery, Regional economic prospects, May 2020 Update, <https://www.ebrd.com/what-we-do/economic-research-and-data/rep.html>

Eurostat (2020a), Employed persons working from home as a percentage of the total employment, by sex, age and professional status (%) [lfsa_ehomp], Update 1. September 2020.

Eurostat (2020b), Einzelpersonen, die Waren oder Dienstleistungen für den privaten Gebrauch über das Internet bestellt haben [isoc_r_blt12_i], Update 15. April 2020.

Glocker, C. (2020), Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 (Deep, but Short Recession in Austria. Economic Outlook for 2020 and 2021), WIFO-Monatsberichte, Vol. 93, No. 7, S.503-517

Grievesson, R., V. Gligorov, P. Havlik, G. Hunya, O. Pindyuk, L. Podkaminer, S. Richter und H. Vidovic (2019), Looking Back, Looking Forward: Central and Eastern Europe 30 Years. After the Fall of the Berlin Wall, Essays and Occasional Papers, Nr. 4, November, <https://wiiw.ac.at/p-5059.html>

Grievesson, R. (2020), Looking for Shelter from the Storm, Regional Overview, wiiw Monthly Report: Special Forecast Update, No. 5/2020, Mai, <https://wiiw.ac.at/p-5302.html>

Grübler, J. und O. Reiter (2020), Trade policy's about-turn in times of global health distress, wiiw Monthly Report, No. 6/2020, <https://wiiw.ac.at/p-5341.html>

Gaber, M (2020), Westbalkan mit großem Potenzial für Nearshoring, Germany Trade and Invest (GTAI), 5. Mai, <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/bericht-wirtschaftsumfeld/albanien/westbalkan-mit-groessem-potenzial-fuer-nearshoring--245420>

Hanzl-Weiss, D., P. Heimberger, M. Holzner, O. Pindyuk, und R. Stöllinger (2018), Is Austria's Economy Locked-in to the CESEE Region? A Mesoeconomic Analysis, wiiw Research Report, No. 433, Oktober, <https://wiiw.ac.at/p-4685.html>

Havlik, P., G. Hunya und Y. Zaytsev (2018), Foreign Direct Investments: A Comparison of EAEU, DCFTA and Selected EU-CEE Countries, wiiw Research Report, Nr. 428, Juni, <https://wiiw.ac.at/p-4571.html>

Hoekman, B., M. Fiorini und A. Yildirim (2020), Export restrictions: A negative-sum policy response to the COVID-19 crisis, EUI Working Paper, RSCAS 2020/23, European University Institute, San Domenico di Fiesole, April.

Hunya, G., A. Adarov, M. Ghodsi, und O. Pindyuk (2019), Foreign Investments Mostly Robust Despite Global Downturn; Shift into Services. FDI in Central, East and Southeast Europe, wiiw FDI Report, Wien, Juni, <https://wiiw.ac.at/p-4947.html>

Internationaler Währungsfonds, IMF (2013), German-Central European Supply Chain – Cluster Report, IMF Country Report No. 13/263.

Internationaler Währungsfonds, IMF (2020a), The Great Lockdown, World Economic Outlook, April, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/04/14/weo-april-2020>

Internationaler Währungsfonds, IMF (2020b), A Crisis Like No Other, An Uncertain Recovery, World Economic Outlook Update, Juni, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/06/24/WEOUpdateJune2020>

Internationaler Währungsfonds, IMF (2020c), Policy Responses to COVID-19 tracker online, <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19> (aufgerufen am 31. August 2020)

Leitner, S.M. und R. Stehrer (2019), Demographic Challenges for Labour Supply and Growth, wiiw Research Report, Nr. 439, März, Wien, <https://wiiw.ac.at/p-4868.html>

Mara, I. (2020), „Health Professionals Wanted: Chain Mobility across European Countries“, wiiw Research Report, Nr. 445, Juni, Wien, <https://wiiw.ac.at/p-5339.html>

Megget, K. (2020), Even covid-19 can't kill the anti-vaccination movement, BMJ, 369:m2184, doi: <https://doi.org/10.1136/bmj.m2184>, 4. Juni.

Oesterreichische Nationalbank, OeNB (2020), Fakten zu Österreich und seinen Banken, Oesterreichische Nationalbank, März, https://www.oenb.at/dam/jcr:7090ec50-3a90-456d-bed0-477256322cdc/Fakten_zu_Oesterreich_April_2020.pdf

Popper, N., M. Bicher und C. Rippinger (2019), Kurzbericht Masern. Evaluierung der Masern-Durchimpfungsraten mit einem dynamischen, agentenbasierten Simulationsmodell, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK), <https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Impfen/Masern---Elimination-und-Durchimpfungsraten/Durchimpfungsraten---Nationaler-Aktionsplan.html>

Raggl, A.K. (2017), The relevance of remittance inflows to CESEE countries: evidence from macro- and micro-level data, Focus on European Economic Integration, Nr. 2, Oesterreichische Nationalbank, S. 80-102.

Rat der Europäischen Union (2020a), Lifting of travel restrictions: Council reviews the list of third countries, Pressenotiz, 7. August 2020, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/08/07/lifting-of-travel-restrictions-council-reviews-the-list-of-third-countries/>

Rat der Europäischen Union (2020b), Belarus: EU prolongs arms embargo and sanctions against 4 individuals for one year, Press Release, 17. Februar, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/02/17/belarus-eu-prolongs-arms-embargo-and-sanctions-against-4-individuals-for-one-year/>

Roser, M., H. Ritchie, E. Oriz-Ospina, und J. Hasell (2020), Coronavirus Pandemic (COVID-19), Our World in Data, <https://ourworldindata.org/coronavirus> (Stand 6. September 2020)

Schönherr, D. und M. Zandonella (2020), Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich, Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index, SORA, April, Wien.

Sell, S. (2020) Potenzial und Grenzen von Zuwanderung in die Pflege. In: Jacobs K., A. Kuhlmeier, S. Greß, J. Klauber, und A. Schwinger (Hsg.), Pflege-Report 2019, Springer, Berlin/Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-58935-9_6

Statistik Austria (2020), Konjunkturstatistik Handel. Erstellt am 3. September 2020, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/handel_und_dienstleistungen/konjunkturdaten/index.html

Sung, J. und Y. Monschauer (2020), Changes in transport behaviour during the Covid-19 crisis, IEA, 27 Mai, <https://www.iea.org/articles/changes-in-transport-behaviour-during-the-covid-19-crisis>

Ungarische Nationalbank (2020), Trends in Lending, März, <https://www.mnb.hu/en/publications/reports/trends-in-lending/trends-in-lending-march-2020>

Ungarische Regierung (2019), Families expecting babies in July will not forfeit baby expecting support, Ministry of Human Capacities, 28. Juni 2019, <https://www.kormany.hu/en/ministry-of-human-resources/news/families-expecting-babies-in-july-will-not-forfeit-baby-expecting-support>

Verband der Automobilindustrie, VDA (2020), VDA erwartet für 2020 rund ein Viertel weniger Pkw-Verkäufe in Deutschland und Europa, Pressemeldung, <https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/200703-VDA-erwartet-f-r-2020-rund-ein-Viertel-weniger-Pkw-Verk-ufe-in-Deutschland-und-Europa.html> (3. Juli 2020)

Welthandelsorganisation, WTO (2020), Trade set to plunge as COVID-19 pandemic upends global economy, Press release, https://www.wto.org/english/news_e/pres20_e/pr855_e.htm (8. April 2020)

Wirtschaftskammer Österreich, WKO (2020a), Coronavirus: Situation in Ungarn, Aktuelle Lage und Info-Updates, Stand 31. August 10 Uhr, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/coronavirus-situation-in-ungarn.html>

Wirtschaftskammer Österreich, WKO (2020b), Wirtschaftsbericht Belarus, Mai, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/belarus-wirtschaftsbericht.pdf>

World Bank (2020), Pandemic, Recession: The Global Economy in Crisis, Global Economic Prospects, June 2020, <https://www.worldbank.org/en/publication/global-economic-prospects>

Statistischer Anhang

A.1 AUßENHANDEL

Tabelle A.1.1 / Österreichs Warenexporte

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, fob, Mio. EUR		69.693	94.705	109.373	131.538	141.940	150.071	153.502
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	33,35	31,79	31,57	30,01	30,20	30,14	29,34
US Vereinigte Staaten von Amerika	2	5,02	5,65	4,53	6,91	6,81	7,06	6,67
IT Italien	3	8,68	8,64	7,84	6,28	6,41	6,50	6,35
CH Schweiz	4	6,35	4,51	4,75	5,41	4,93	4,67	4,73
FR Frankreich	5	4,42	4,24	4,17	4,46	4,94	4,27	4,38
HU Ungarn	6	4,97	3,40	3,06	3,28	3,40	3,41	3,64
CZ Tschechische Republik	7	2,87	3,09	3,79	3,59	3,71	3,78	3,52
PL Polen	8	1,59	2,00	2,51	3,16	3,07	3,18	3,36
UK Vereinigtes Königreich	9	4,36	4,06	3,03	3,18	2,75	2,80	2,93
CN China	10	0,70	1,29	2,57	2,51	2,61	2,70	2,91
SK Slowakei	11	1,10	1,73	2,08	2,06	2,07	2,12	2,07
SI Slowenien	12	1,76	1,81	2,03	2,05	2,07	2,07	2,07
NL Niederlande	13	2,28	1,79	1,57	1,63	1,78	1,94	1,92
BE Belgien	14	1,50	1,69	1,37	1,27	1,25	1,41	1,84
RO Rumänien	15	0,73	1,52	1,55	1,52	1,60	1,71	1,64
RU Russland	17	0,94	1,80	2,33	1,50	1,54	1,40	1,54
HR Kroatien	22	0,96	1,29	1,03	1,05	0,91	0,88	0,87
TR Türkei	25	0,69	0,78	0,97	1,07	0,92	0,88	0,75
BG Bulgarien	27	0,31	0,48	0,55	0,49	0,49	0,49	0,53
RS Serbien	29	0,27	0,46	0,44	0,42	0,47	0,45	0,51
UA Ukraine	35	0,31	0,50	0,61	0,25	0,33	0,33	0,37
BA Bosnien und Herzegowina	42	0,25	0,30	0,27	0,26	0,27	0,27	0,29
LT Litauen	49	0,06	0,16	0,11	0,13	0,15	0,16	0,17
EE Estland	57	0,05	0,25	0,07	0,09	0,10	0,12	0,11
LV Lettland	60	0,05	0,11	0,09	0,10	0,09	0,10	0,10
KZ Kasachstan	61	0,03	0,12	0,18	0,17	0,10	0,09	0,10
BY Weißrussland	67	0,07	0,07	0,15	0,11	0,09	0,08	0,08
MK Nordmazedonien	68	0,08	0,07	0,08	0,09	0,07	0,07	0,08
MD Moldau	75	0,01	0,02	0,03	0,06	0,05	0,06	0,05
XK Kosovo	83	.	.	0,02	0,03	0,03	0,03	0,04
AL Albanien	85	0,01	0,04	0,06	0,05	0,04	0,04	0,04
ME Montenegro	86	.	.	0,06	0,02	0,03	0,03	0,04
EU27		71,26	70,38	68,51	65,84	67,00	67,08	66,66
MOSOEL23		17,12	20,00	22,06	21,55	21,64	21,76	21,97
EU-MOE11		14,46	15,84	16,87	17,52	17,67	18,02	18,08
V4		10,54	10,22	11,44	12,10	12,25	12,49	12,60
BALT3		0,16	0,52	0,27	0,33	0,35	0,38	0,38
SOE9		2,60	4,16	4,06	3,92	3,93	3,97	4,03
Nicht-EU12		2,66	4,17	5,19	4,03	3,97	3,74	3,89
WB6		0,61	0,87	0,93	0,87	0,92	0,90	0,99
GUS4+UA		1,37	2,52	3,29	2,09	2,12	1,96	2,15

Anmerkung: Ursprungsland-/Bestimmungsland-Prinzip.

Serbien: Daten 2000 und 2005 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: Statistik Austria.

Tabelle A.1.2 / Österreichs Warenimporte

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, cif, Mio. EUR		74.936	96.499	113.652	133.529	147.542	156.056	157.817
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	40,75	42,21	39,46	36,88	36,87	35,79	34,99
IT Italien	2	7,14	6,62	6,77	6,14	6,16	6,38	6,57
CN China	3	1,66	3,09	4,78	5,96	5,76	5,84	6,23
US Vereinigte Staaten von Amerika	4	5,48	3,29	2,87	3,94	3,94	3,83	4,49
CZ Tschechische Republik	5	2,56	3,30	3,68	4,18	4,30	4,35	4,20
CH Schweiz	6	3,04	3,33	5,23	5,62	5,17	4,36	3,84
PL Polen	7	1,01	1,54	1,67	2,24	2,58	2,69	2,95
HU Ungarn	8	3,48	2,55	2,76	2,59	2,68	2,69	2,72
NL Niederlande	9	3,05	2,80	2,84	2,64	2,77	2,74	2,68
FR Frankreich	10	4,42	4,04	2,85	2,68	2,68	2,74	2,68
SK Slowakei	11	1,39	1,76	2,31	2,22	2,05	2,24	2,08
UK Vereinigtes Königreich	12	2,79	1,92	1,52	1,83	1,67	1,84	1,79
RU Russland	13	1,65	2,34	2,04	1,82	1,87	2,11	1,75
ES Spanien	14	1,40	1,44	1,56	1,71	1,61	1,62	1,71
SI Slowenien	16	0,96	0,93	1,11	1,29	1,32	1,39	1,40
TR Türkei	18	0,59	0,84	0,78	1,10	1,04	1,07	1,12
RO Rumänien	20	0,44	0,76	0,83	0,92	0,93	0,96	0,96
KZ Kasachstan	21	0,51	0,53	0,77	0,65	0,64	0,93	0,96
UA Ukraine	28	0,31	0,44	0,70	0,36	0,44	0,44	0,50
RS Serbien	32	0,04	0,12	0,25	0,30	0,33	0,33	0,43
BA Bosnien und Herzegowina	33	0,05	0,11	0,22	0,35	0,38	0,40	0,41
HR Kroatien	34	0,38	0,54	0,46	0,40	0,47	0,45	0,41
BG Bulgarien	39	0,11	0,24	0,28	0,31	0,35	0,33	0,34
LT Litauen	53	0,04	0,04	0,06	0,07	0,09	0,10	0,13
MK Nordmazedonien	69	0,01	0,02	0,03	0,05	0,04	0,04	0,05
EE Estland	72	0,03	0,03	0,03	0,04	0,03	0,03	0,04
LV Lettland	73	0,02	0,02	0,02	0,02	0,03	0,04	0,04
MD Moldau	75	0,02	0,02	0,01	0,02	0,03	0,03	0,03
AL Albanien	81	0,00	0,00	0,03	0,01	0,01	0,02	0,02
BY Weißrussland	86	0,03	0,02	0,03	0,02	0,02	0,02	0,02
XK Kosovo	105	.	.	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00
ME Montenegro	111	.	.	0,00	0,00	0,00	0,01	0,00
EU27		73,80	74,65	71,39	68,59	69,19	68,85	68,32
MOSOEL23		13,63	16,16	18,06	18,97	19,66	20,67	20,56
EU-MOE11		10,42	11,73	13,21	14,28	14,84	15,27	15,27
V4		8,44	9,16	10,42	11,22	11,62	11,97	11,95
BALT3		0,09	0,09	0,11	0,13	0,15	0,17	0,20
SOE9		1,04	1,79	2,10	2,36	2,52	2,54	2,63
Nicht-EU12		3,21	4,43	4,86	4,68	4,83	5,40	5,29
WB6		0,10	0,25	0,53	0,72	0,78	0,80	0,92
GUS4+UA		2,51	3,35	3,55	2,87	3,01	3,53	3,26

Anmerkung: Ursprungsland-/Bestimmungsland-Prinzip.

Serbien: Daten 2000 und 2005 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: Statistik Austria.

Tabelle A.1.3 / Österreichs Dienstleistungsexporte

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		24.615	33.233	39.664	53.214	59.276	63.259	67.144
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	43,65	39,91	40,08	40,43	40,90	40,38	39,72
CH Schweiz	2	6,20	6,57	6,63	7,93	7,97	7,78	7,74
IT Italien	3	5,18	5,76	5,75	4,79	4,77	4,44	4,37
NL Niederlande	4	4,20	4,74	4,21	4,15	4,26	4,36	4,32
UK Vereinigtes Königreich	5	8,00	8,22	3,78	3,91	4,07	4,21	4,10
US Vereinigte Staaten von Amerika	6	5,38	4,27	2,87	3,31	3,00	3,16	3,01
CZ Tschechische Republik	7	1,77	2,02	2,51	2,37	2,48	2,58	2,60
HU Ungarn	8	2,57	2,88	2,82	2,50	2,66	2,55	2,56
FR Frankreich	9	2,33	2,54	2,60	2,22	2,12	2,19	2,22
IE Irland	10	0,60	0,86	0,36	0,64	1,15	1,40	1,96
PL Polen	11	1,55	1,11	1,58	1,52	1,67	1,71	1,72
RO Rumänien	13	0,58	0,76	1,86	1,45	1,62	1,63	1,57
RU Russland	14	0,52	0,98	1,90	1,75	1,40	1,62	1,56
SK Slowakei	15	1,37	1,45	1,78	1,66	1,52	1,52	1,50
CN China	17	0,36	0,49	0,77	1,01	0,90	1,08	1,11
SI Slowenien	19	0,93	1,04	1,13	1,02	1,07	1,07	1,03
TR Türkei	21	0,51	0,46	0,97	1,17	1,01	0,82	0,67
HR Kroatien	24	0,82	0,81	0,99	0,71	0,63	0,60	0,60
BG Bulgarien	26	0,26	0,28	0,51	0,47	0,45	0,44	0,45
RS Serbien	32	0,33	0,44	0,54	0,34	0,30	0,32	0,36
UA Ukraine	35	0,24	0,31	0,46	0,34	0,31	0,30	0,30
BA Bosnien und Herzegowina	42	0,22	0,29	0,28	0,18	0,18	0,17	0,22
LV Lettland	55	0,05	0,09	0,09	0,08	0,09	0,10	0,11
BY Weißrussland	56	0,03	0,05	0,06	0,13	0,10	0,10	0,11
LT Litauen	57	0,03	0,28	0,08	0,08	0,08	0,10	0,10
AL Albanien	58	0,03	0,07	0,16	0,07	0,05	0,05	0,10
EE Estland	59	0,02	0,07	0,06	0,06	0,07	0,06	0,08
KZ Kasachstan	64	0,03	0,03	0,35	0,11	0,05	0,07	0,07
MK Nordmazedonien	69	0,09	0,04	0,07	0,06	0,06	0,05	0,05
MD Moldau	73	0,01	0,01	0,03	0,04	0,02	0,03	0,04
XK Kosovo	82	.	.	0,00	0,11	0,11	0,10	0,03
EU27		72,96	72,75	73,46	71,23	72,87	72,50	72,56
MOSOEL23		11,97	13,48	18,27	16,25	15,99	16,02	15,87
EU-MOE11		9,97	10,80	13,40	11,92	12,35	12,37	12,34
V4		7,27	7,46	8,70	8,04	8,34	8,35	8,39
BALT3		0,10	0,44	0,22	0,22	0,24	0,27	0,30
SOE9		2,34	2,70	4,45	3,42	3,44	3,38	3,40
Nicht-EU12		2,00	2,68	4,86	4,33	3,63	3,65	3,53
WB6		0,67	0,84	1,09	0,79	0,73	0,71	0,78
GUS4+UA		0,82	1,38	2,80	2,36	1,89	2,12	2,08

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

EU27: inkludiert europäische Institutionen (geringe Auswirkung im Vergleich zur Summe der Länder).

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.4 / Österreichs Dienstleistungsimporte

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		18.727	25.764	29.319	43.015	49.023	52.988	56.767
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	24,77	26,12	29,29	31,18	29,61	29,65	29,07
IT Italien	2	8,35	7,43	6,03	5,59	5,72	5,67	5,03
UK Vereinigtes Königreich	3	9,58	9,18	4,38	4,43	4,03	4,19	4,32
CH Schweiz	4	6,87	4,99	4,40	4,53	4,13	4,22	3,92
US Vereinigte Staaten von Amerika	5	5,39	3,55	3,29	3,47	4,08	4,06	3,79
NL Niederlande	6	2,40	2,59	2,39	2,80	2,99	3,03	3,38
PL Polen	7	1,80	2,03	2,35	2,66	2,83	3,00	3,08
HU Ungarn	8	3,79	4,32	3,91	3,34	3,36	3,12	2,98
IE Irland	9	0,59	1,02	0,81	1,50	1,89	2,48	2,97
RO Rumänien	10	0,07	0,30	1,87	2,47	2,77	2,95	2,91
CZ Tschechische Republik	11	2,47	3,38	3,50	2,73	2,80	2,66	2,64
SK Slowakei	12	1,28	2,47	2,83	3,03	2,87	2,76	2,63
HR Kroatien	13	1,02	3,11	2,81	2,41	2,59	2,59	2,48
FR Frankreich	14	3,16	2,48	2,58	2,39	2,26	2,16	2,42
SI Slowenien	15	2,16	1,44	1,63	1,82	2,37	2,44	2,33
RU Russland	20	2,34	2,92	2,77	1,60	1,46	1,28	1,28
BG Bulgarien	21	0,16	0,41	1,03	1,09	1,18	1,18	1,14
CN China	23	0,42	0,63	0,88	0,87	0,78	0,82	0,90
LT Litauen	24	0,04	0,14	0,33	0,50	0,69	0,77	0,86
TR Türkei	26	1,31	1,24	1,31	1,22	0,70	0,68	0,68
UA Ukraine	27	0,55	0,62	1,00	0,65	0,64	0,58	0,60
RS Serbien	29	0,11	0,38	0,55	0,47	0,45	0,45	0,50
BA Bosnien und Herzegowina	39	0,07	0,21	0,33	0,30	0,27	0,26	0,32
EE Estland	49	0,05	0,09	0,09	0,18	0,18	0,12	0,20
LV Lettland	50	0,11	0,33	0,13	0,14	0,18	0,16	0,17
KZ Kasachstan	52	0,08	0,10	0,21	0,18	0,15	0,17	0,17
BY Weißrussland	53	0,06	0,10	0,08	0,08	0,08	0,17	0,16
MK Nordmazedonien	59	0,06	0,05	0,09	0,09	0,07	0,09	0,09
XK Kosovo	70	0,00	0,00	0,00	0,03	0,02	0,03	0,05
ME Montenegro	76	.	.	0,02	0,04	0,04	0,03	0,04
AL Albanien	81	0,02	0,04	0,05	0,03	0,04	0,03	0,03
EU27		62,61	68,29	71,45	74,25	75,17	75,09	75,56
MOSOEL23		18,17	24,45	26,91	25,06	25,79	25,54	25,36
EU-MOE11		13,57	18,78	20,47	20,36	21,83	21,75	21,42
V4		9,35	12,21	12,60	11,75	11,86	11,54	11,33
BALT3		0,20	0,56	0,55	0,83	1,05	1,06	1,23
SOE9		2,11	5,26	6,75	6,92	7,44	7,60	7,55
Nicht-EU12		4,60	5,67	6,44	4,70	3,96	3,79	3,94
WB6		0,26	0,68	1,05	0,95	0,90	0,89	1,03
GUS4+UA		3,04	3,75	4,08	2,52	2,36	2,22	2,23

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

EU27: inkludiert europäische Institutionen (geringe Auswirkung im Vergleich zur Summe der Länder).

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.5 / Österreichs Exporte von Transportdienstleistungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		4.674	7.549	10.099	12.807	14.010	14.615	15.449
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	32,45	31,18	38,99	40,49	41,06	39,16	37,68
IT Italien	2	8,49	10,85	10,68	9,41	9,26	8,27	8,43
CH Schweiz	3	6,78	5,91	6,08	5,83	5,63	5,47	5,75
NL Niederlande	4	2,16	2,01	3,11	3,41	3,75	3,83	3,70
UK Vereinigtes Königreich	5	12,00	13,45	3,00	3,49	3,39	3,63	3,48
FR Frankreich	6	3,30	2,86	2,99	3,12	3,22	3,21	3,01
CZ Tschechische Republik	7	1,96	1,89	2,11	2,46	2,82	3,09	2,96
IE Irland	8	0,10	0,17	0,15	0,21	0,18	1,41	2,83
RU Russland	9	0,43	0,49	1,59	2,10	1,66	2,65	2,57
HU Ungarn	10	2,91	3,99	3,17	2,57	2,56	2,39	2,43
SE Schweden	11	2,47	3,30	2,10	2,32	2,42	2,44	2,43
SK Slowakei	13	1,57	1,54	2,01	1,88	1,83	1,80	1,78
PL Polen	14	1,16	1,02	1,47	1,28	1,57	1,63	1,70
RO Rumänien	18	0,02	0,09	1,12	1,27	1,39	1,36	1,30
SI Slowenien	19	1,05	1,16	1,09	0,92	0,92	0,96	0,96
CN China	20	0,96	0,85	0,56	0,47	0,73	0,88	0,91
TR Türkei	21	0,62	0,62	0,69	0,76	0,79	0,81	0,79
BG Bulgarien	27	0,28	0,25	0,42	0,46	0,45	0,45	0,44
HR Kroatien	28	0,61	0,37	0,34	0,29	0,37	0,39	0,39
RS Serbien	32	0,07	0,19	0,36	0,27	0,20	0,27	0,28
UA Ukraine	35	0,40	0,38	0,40	0,22	0,28	0,22	0,23
LT Litauen	42	0,01	0,01	0,08	0,07	0,08	0,12	0,12
MK Nordmazedonien	52	0,32	0,06	0,08	0,08	0,07	0,07	0,07
BA Bosnien und Herzegowina	54	0,08	0,15	0,11	0,06	0,07	0,06	0,07
LV Lettland	56	0,03	0,11	0,04	0,06	0,06	0,05	0,06
AL Albanien	57	0,11	0,19	0,08	0,05	0,06	0,05	0,05
KZ Kasachstan	59	0,02	0,00	0,08	0,07	0,04	0,04	0,04
BY Weißrussland	62	0,03	0,11	0,07	0,03	0,03	0,03	0,04
EE Estland	65	0,01	0,06	0,02	0,05	0,04	0,03	0,03
MD Moldau	67	0,00	0,01	0,02	0,03	0,02	0,02	0,02
ME Montenegro	72	.	.	0,03	0,02	0,02	0,02	0,02
EU27		66,25	68,00	75,51	76,37	78,95	77,44	77,48
MOSOEL23		12,07	12,96	15,39	15,00	15,33	16,51	16,35
EU-MOE11		9,99	10,77	11,88	11,31	12,10	12,26	12,17
V4		7,60	8,44	8,77	8,20	8,78	8,91	8,87
BALT3		0,05	0,18	0,14	0,18	0,19	0,20	0,20
SOE9		1,87	1,57	2,53	2,49	2,63	2,67	2,62
Nicht-EU12		2,08	2,19	3,51	3,69	3,23	4,25	4,18
WB6		0,58	0,58	0,66	0,48	0,42	0,47	0,48
GUS4+UA		0,88	0,99	2,16	2,45	2,02	2,97	2,91

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.6 / Österreichs Importe von Transportdienstleistungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		4.154	7.127	9.375	13.145	14.350	15.056	16.323
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	30,54	30,96	26,82	25,56	23,61	23,45	22,68
PL Polen	2	3,83	3,79	4,94	5,57	6,60	6,93	7,06
RO Rumänien	3	0,02	0,13	2,51	4,61	5,76	6,12	5,72
HU Ungarn	4	3,47	4,53	5,33	5,38	5,73	5,29	4,81
SI Slowenien	5	1,16	1,23	2,79	3,19	3,86	4,15	4,21
CZ Tschechische Republik	6	3,48	3,49	3,87	4,08	4,14	3,95	3,68
SK Slowakei	7	2,57	3,35	3,71	4,31	4,14	4,02	3,50
IT Italien	8	4,96	5,32	3,38	3,21	3,07	3,32	3,43
NL Niederlande	9	2,55	2,26	2,90	3,03	3,14	3,16	3,08
BE Belgien	10	3,21	3,39	1,51	1,53	1,79	1,53	2,89
CH Schweiz	11	6,02	4,02	4,03	2,89	3,01	2,66	2,87
LT Litauen	12	0,08	0,11	0,83	1,48	2,14	2,49	2,79
RU Russland	13	7,00	6,78	6,55	3,27	3,25	2,80	2,65
BG Bulgarien	14	0,29	0,48	1,33	2,45	2,75	2,77	2,53
US Vereinigte Staaten von Amerika	15	3,47	2,76	2,24	2,59	2,27	2,27	2,29
UK Vereinigtes Königreich	16	6,34	7,32	1,65	1,76	1,77	1,96	2,10
FR Frankreich	17	2,94	2,81	2,06	1,84	1,66	1,55	1,91
CN China	19	0,59	0,77	1,55	1,72	1,46	1,35	1,33
HR Kroatien	21	0,76	0,53	0,89	0,95	1,08	1,12	1,11
UA Ukraine	23	1,95	1,22	2,12	1,34	1,26	1,01	0,93
TR Türkei	24	0,76	0,57	1,26	1,30	0,88	0,95	0,88
KZ Kasachstan	30	0,28	0,16	0,45	0,46	.	.	0,52
RS Serbien	33	0,17	0,37	0,63	0,64	0,54	0,53	0,50
BY Weißrussland	36	0,22	0,29	0,16	0,17	0,18	0,45	0,42
LV Lettland	42	0,11	0,38	0,22	0,26	0,27	0,28	0,26
BA Bosnien und Herzegowina	44	0,04	0,17	0,24	0,31	0,27	0,25	0,24
MK Nordmazedonien	54	0,12	0,04	0,11	0,18	0,13	0,17	0,15
EE Estland	56	0,06	0,11	0,12	0,42	0,38	0,18	0,13
AL Albanien	72	0,04	0,08	0,08	0,04	0,04	0,04	0,04
MD Moldau	73	0,03	0,01	0,04	0,04	0,05	0,05	0,04
ME Montenegro	74	.	.	0,04	0,02	0,02	0,02	0,04
EU27		66,02	69,51	69,26	74,30	77,11	77,46	77,57
MOSOEL23		27,87	29,36	38,21	40,48	43,48	43,58	42,23
EU-MOE11		17,26	19,67	26,54	32,71	36,86	37,30	35,81
V4		13,35	15,16	17,85	19,35	20,62	20,19	19,06
BALT3		0,24	0,60	1,18	2,15	2,79	2,95	3,18
SOE9		2,87	3,33	5,82	9,21	10,59	11,03	10,33
Nicht-EU12		10,61	9,69	11,67	7,77	6,62	6,28	6,42
WB6		0,37	0,65	1,09	1,19	1,00	1,02	0,98
GUS4+UA		9,49	8,47	9,31	5,28	4,73	4,31	4,56

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.7 / Österreichs Exporte von Reiseverkehrsdienstleistungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		10.593	12.904	14.027	16.435	18.112	19.559	20.493
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	56,63	52,53	50,00	47,40	46,57	46,05	45,01
CH Schweiz	2	3,88	4,43	4,45	6,45	6,77	7,17	6,99
NL Niederlande	3	6,49	7,47	7,38	7,01	6,76	6,45	6,58
IT Italien	4	5,04	5,13	5,12	4,50	4,14	3,99	4,15
UK Vereinigtes Königreich	5	3,95	4,18	4,20	3,88	3,88	3,84	3,62
HU Ungarn	6	2,61	2,70	3,12	3,11	3,65	3,50	3,45
CZ Tschechische Republik	7	1,25	1,42	2,17	2,09	2,25	2,43	2,54
US Vereinigte Staaten von Amerika	8	3,45	2,36	1,95	2,39	2,34	2,44	2,49
BE Belgien	9	1,81	2,11	2,34	2,04	1,84	1,94	1,92
SK Slowakei	10	1,10	1,07	1,09	1,47	1,50	1,54	1,60
RO Rumänien	11	0,43	0,41	1,15	1,05	1,57	1,53	1,54
PL Polen	12	1,26	1,17	1,74	1,27	1,25	1,37	1,46
RU Russland	13	0,44	1,25	1,74	1,59	1,43	1,46	1,46
FR Frankreich	14	1,60	1,89	1,98	1,57	1,40	1,39	1,40
CN China	15	0,15	0,26	0,33	0,75	0,93	1,04	1,37
SI Slowenien	16	1,13	1,18	0,98	1,16	1,26	1,34	1,29
HR Kroatien	21	0,59	0,56	0,55	0,46	0,49	0,46	0,51
UA Ukraine	22	0,24	0,37	0,35	0,45	0,43	0,45	0,51
TR Türkei	30	0,64	0,54	0,54	0,57	0,43	0,38	0,36
RS Serbien	32	0,49	0,47	0,36	0,28	0,34	0,32	0,35
BG Bulgarien	35	0,28	0,26	0,27	0,33	0,32	0,30	0,32
BA Bosnien und Herzegowina	39	0,28	0,34	0,24	0,16	0,20	0,19	0,20
LT Litauen	49	0,05	0,08	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
LV Lettland	50	0,07	0,08	0,06	0,10	0,10	0,10	0,10
EE Estland	52	0,02	0,04	0,07	0,06	0,07	0,07	0,07
KZ Kasachstan	53	0,02	0,03	0,07	0,09	0,07	0,06	0,07
BY Weißrussland	57	0,01	0,02	0,03	0,05	0,05	0,05	0,05
MK Nordmazedonien	62	0,03	0,04	0,03	0,04	0,04	0,04	0,04
ME Montenegro	64	.	.	0,01	0,03	0,03	0,03	0,04
MD Moldau	72	0,01	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03
AL Albanien	77	0,01	0,01	0,02	0,02	0,03	0,02	0,02
EU27		83,72	82,42	82,19	77,70	77,28	76,61	76,34
MOSOEL23		11,03	12,27	14,69	14,49	15,63	15,78	16,12
EU-MOE11		8,85	9,18	11,30	11,19	12,55	12,74	12,99
V4		6,22	6,36	8,11	7,94	8,64	8,84	9,05
BALT3		0,14	0,21	0,23	0,26	0,27	0,26	0,27
SOE9		2,18	2,30	2,63	2,37	3,02	2,91	3,04
Nicht-EU12		2,17	3,09	3,40	3,30	3,08	3,04	3,13
WB6		0,81	0,86	0,65	0,54	0,64	0,62	0,66
GUS4+UA		0,72	1,69	2,20	2,19	2,01	2,05	2,11

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.8 / Österreichs Importe von Reiseverkehrsdienstleistungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		6.767	7.506	7.718	8.408	9.454	10.143	10.298
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	16,83	20,69	23,39	24,96	23,49	22,39	22,43
IT Italien	2	17,69	16,72	14,79	15,53	14,95	15,15	14,15
HR Kroatien	3	1,50	7,46	7,87	8,24	8,74	9,31	9,51
ES Spanien	4	4,38	4,42	4,67	5,24	5,30	4,99	4,95
EL Griechenland	5	5,32	3,77	3,72	3,32	3,87	3,55	4,12
US Vereinigte Staaten von Amerika	6	3,53	2,61	3,26	3,51	4,30	3,59	3,40
HU Ungarn	7	5,58	4,37	3,85	3,43	3,01	2,89	3,18
FR Frankreich	8	3,69	3,20	3,54	3,72	3,57	2,91	2,99
SI Slowenien	9	4,44	1,94	1,34	1,20	2,94	3,40	2,66
UK Vereinigtes Königreich	10	2,67	3,27	2,07	3,00	2,70	2,76	2,55
CH Schweiz	11	2,56	1,95	2,78	2,38	2,11	2,69	2,37
CZ Tschechische Republik	12	3,29	2,42	2,06	1,89	1,97	1,54	2,04
TR Türkei	13	2,79	3,27	2,79	2,79	1,41	1,49	1,35
RO Rumänien	17	.	0,49	0,71	0,64	0,53	0,53	0,99
SK Slowakei	21	1,05	1,03	0,92	0,70	0,70	0,64	0,86
BA Bosnien und Herzegowina	22	0,03	0,20	0,49	0,35	0,35	0,36	0,84
RS Serbien	23	0,01	0,52	0,64	0,40	0,45	0,45	0,81
PL Polen	26	1,35	1,42	0,70	0,73	0,77	0,89	0,75
RU Russland	28	1,30	1,42	0,57	0,38	0,58	0,66	0,69
CN China	38	0,52	0,76	0,68	0,56	0,52	0,75	0,29
LV Lettland	40	0,07	0,07	0,09	0,14	0,24	0,18	0,26
BG Bulgarien	45	0,12	0,36	0,45	0,35	0,27	0,32	0,21
XK Kosovo	50	.	.	.	0,10	0,05	0,06	0,20
EE Estland	57	0,07	0,08	0,07	0,14	0,12	0,19	0,13
MK Nordmazedonien	59	0,01	0,06	0,07	0,05	0,05	0,07	0,12
UA Ukraine	60	0,12	0,27	0,24	0,08	0,11	0,28	0,12
ME Montenegro	62	.	.	0,01	0,06	0,08	0,08	0,11
LT Litauen	70	0,06	0,06	0,07	0,10	0,10	0,09	0,07
AL Albanien	80	.	0,02	0,03	0,02	0,02	0,04	0,04
BY Weißrussland	87	0,01	0,03	0,03	0,03	0,03	0,05	0,03
KZ Kasachstan	92	0,03	0,05	0,06	0,03	0,03	0,05	0,02
EU27		70,16	73,84	74,20	75,61	75,97	74,96	75,89
MOSOEL23		22,07	25,68	23,09	21,87	22,59	23,58	25,00
EU-MOE11		17,77	19,82	18,13	17,56	19,40	19,97	20,66
V4		11,27	9,24	7,53	6,75	6,45	5,95	6,84
BALT3		0,20	0,22	0,23	0,38	0,46	0,45	0,45
SOE9		1,91	9,22	10,28	10,21	10,55	11,22	12,82
Nicht-EU12		4,30	5,87	4,96	4,31	3,19	3,61	4,34
WB6		0,05	0,81	1,25	0,99	1,01	1,06	2,12
GUS4+UA		1,47	1,79	0,92	0,53	0,77	1,06	0,87

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.1.9 / Urlaubs- und Geschäftsreise in Österreich

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Ankünfte insgesamt, in 1.000		26.378	29.337	33.389	39.424	43.079	44.849	46.195
Inländische Gäste, in 1.000		8.396	9.385	11.385	12.697	13.619	14.033	14.312
Ausländische Gäste, in 1.000		17.982	19.952	22.004	26.728	29.460	30.816	31.884
Übernachtungen insgesamt, in 1.000		113.686	119.242	124.881	135.249	144.500	149.819	152.709
Inländische Gäste, in 1.000		31.153	31.501	35.024	36.425	38.523	39.390	39.944
Ausländische Gäste, in 1.000		82.534	87.741	89.857	98.824	105.977	110.430	112.765
Anteile an den Übernachtungen ausländischer Gäste in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	63,4	58,2	53,6	50,8	50,6	51,0	50,3
NL Niederlande	2	8,9	9,9	10,1	9,3	9,2	9,1	9,2
CH Schweiz	3	3,5	4,0	4,2	5,0	4,8	4,5	4,4
UK Vereinigtes Königreich	4	3,7	4,1	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3
CZ Tschechische Republik	5	0,8	1,3	2,2	2,4	2,7	2,8	2,9
BE Belgien	6	2,5	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6
IT Italien	7	3,1	3,6	3,4	3,0	2,7	2,6	2,6
PL Polen	8	0,9	0,9	1,6	1,7	1,8	1,8	1,9
HU Ungarn	9	0,9	1,5	1,7	1,7	1,8	1,8	1,9
US Vereinigte Staaten von Amerika	10	2,3	1,6	1,4	1,7	1,7	1,7	1,8
FR Frankreich	11	1,8	1,9	2,0	1,8	1,7	1,6	1,6
DK Dänemark	12	1,1	1,3	1,7	1,5	1,5	1,4	1,5
CN China	13	.	0,3	0,3	1,0	1,2	1,3	1,3
RU Russland	14	.	0,6	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1
RO Rumänien	15	0,1	0,3	0,9	0,8	0,9	0,9	1,0
SK Slowakei	18	0,2	0,3	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8
UA Ukraine	20	.	0,1	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5
SI Slowenien	23	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
HR Kroatien	26	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4
BG Bulgarien	35	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
TR Türkei	37	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
LT Litauen	40	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
LV Lettland	41	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
EE Estland	42	.	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
EU27		86,5	85,4	84,4	80,4	80,4	80,7	80,6
MOSOEL23		3,7	6,0	10,0	10,7	11,1	11,4	11,8
EU-MOE11		3,5	5,1	8,0	8,6	9,1	9,4	9,7
V4		2,8	4,0	6,0	6,5	6,9	7,2	7,5
BALT3		.	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
SOE9		0,5	0,8	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8
Nicht-EU12		0,2	0,9	2,0	2,1	2,0	2,0	2,1
WB6		0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
GUS4+UA		.	0,7	1,6	1,5	1,4	1,5	1,5

Anmerkungen: Die Daten basieren auf Meldungen von rund 1.600 Berichtsgemeinden, die mehr als 1.000 Nächtigungen pro Jahr verbuchen und umfassen Urlaubs- und Geschäftsreise. Ankünfte/Übernachtungen von einer Person in mehreren Unterkünften werden entsprechend mehrfach gezählt. Unentgeltliche Besucher werden nicht erfasst.

WB6 inkludiert Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Daten für diese Länder werden nicht separat erfasst. GUS4+UA enthält nur Russland und die Ukraine.

Quelle: Statistik Austria.

A.2 INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Tabelle A.2.1 / Österreichs Direktinvestitionsbestände im Ausland

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		26.630	63.996	135.936	188.509	194.031	202.973	208.809
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	18,94	12,27	14,00	12,80	15,26	15,00	15,03
NL Niederlande	2	6,36	6,59	7,00	10,11	15,51	14,44	13,35
LU Luxemburg	3	0,26	0,38	0,71	5,68	6,14	6,69	7,06
CZ Tschechische Republik	4	7,90	7,71	7,66	7,02	6,26	6,36	6,48
US Vereinigte Staaten von Amerika	5	8,10	4,61	3,48	5,31	5,09	5,81	5,99
RO Rumänien	6	1,08	4,69	5,69	4,64	4,34	4,44	4,28
CH Schweiz	7	3,53	7,15	2,11	4,05	3,67	4,44	3,89
AE Vereinigte Arabische Emirate	8	0,11	0,16	0,65	2,07	2,29	2,75	3,86
PL Polen	9	3,42	10,84	2,86	2,36	3,02	2,74	2,94
HU Ungarn	10	6,88	6,50	5,57	3,87	3,51	3,04	2,94
UK Vereinigtes Königreich	11	6,19	4,76	2,20	3,71	3,34	3,18	2,84
SK Slowakei	12	4,77	4,03	3,81	3,19	3,12	3,03	2,77
RU Russland	13	0,80	1,52	4,88	2,77	2,62	2,22	2,49
IT Italien	14	2,06	2,90	2,24	1,21	1,63	1,97	2,09
CN China	15	0,23	0,48	1,66	1,21	1,48	1,80	1,91
HR Kroatien	16	1,76	4,43	4,54	2,56	1,96	1,89	1,78
SI Slowenien	17	2,40	2,42	1,71	1,64	1,57	1,51	1,51
AU Australien	18	1,24	1,30	1,44	1,01	1,10	1,24	1,36
FR Frankreich	19	1,84	2,06	1,48	2,02	2,12	2,07	1,29
BG Bulgarien	20	0,51	2,43	3,00	2,24	1,39	1,31	1,28
RS Serbien	21	.	.	1,61	1,29	1,10	1,11	1,19
SG Singapur	22	1,45	0,12	0,59	0,62	0,78	0,85	1,02
HK Hongkong	23	0,14	0,02	0,15	0,33	0,53	0,59	0,74
ES Spanien	24	0,44	0,71	0,51	0,52	0,67	0,74	0,69
SE Schweden	25	2,78	1,10	0,36	0,76	0,76	0,64	0,68
BE Belgien	26	0,69	-1,93	1,32	0,81	0,83	0,64	0,65
TR Türkei	27	0,04	0,11	3,23	2,38	0,77	0,67	0,60
BA Bosnien und Herzegowina	28	0,08	0,72	0,73	0,53	0,58	0,58	0,57
CY Zypern	29	0,06	0,41	2,08	0,85	0,89	0,81	0,57
BR Brasilien	30	1,25	0,35	0,60	0,53	0,57	0,58	0,55
MX Mexiko	31	0,14	0,15	0,20	0,33	0,38	0,43	0,54
KR Südkorea	32	0,04	0,08	0,36	0,58	0,50	0,53	0,54
MY Malaysia	33	0,26	0,11	0,10	0,07	0,11	0,12	0,53
NO Norwegen	34	0,01	0,05	0,02	1,25	0,95	0,57	0,51
IN Indien	35	0,05	0,05	0,18	0,21	0,28	0,32	0,36
MK Nordmazedonien	36	0,07	0,09	0,19	0,29	0,30	0,31	0,33
FI Finnland	37	0,34	0,14	0,12	0,27	0,35	0,34	0,33
CA Kanada	38	0,74	0,08	0,61	0,61	0,22	0,26	0,28
AL Albanien	39	0,03	0,11	0,23	0,21	0,23	0,23	0,24
TH Thailand	40	0,12	0,08	0,06	0,15	0,11	0,13	0,18
BY Weißrussland	41	0,00	0,12	0,24	0,25	0,19	0,18	0,18
UA Ukraine	42	0,21	0,76	1,51	0,49	0,21	0,14	0,15
PT Portugal	43	0,11	0,22	0,16	0,13	0,13	0,11	0,14
EE Estland	49	0,01	0,04	0,12	0,12	0,09	0,12	0,11
XK Kosovo	53	0,09	0,08	0,07
LT Litauen	55	0,01	0,01	0,02	0,04	0,06	0,06	0,06
ME Montenegro	57	.	0,01	0,05	0,05	0,04	0,04	0,05
LV Lettland	59	0,01	0,06	0,11	0,05	0,07	0,06	0,04
MD Moldau	61	.	.	0,01	0,01	0,03	0,03	0,03
KZ Kasachstan	63	.	0,02	0,30	-0,02	-0,01	-0,01	-0,01
EU27		66,70	71,32	67,09	63,30	70,15	68,35	66,41
MOSOEL23		30,00	46,64	48,08	35,98	31,53	30,14	30,08
EU-MOE11		28,76	43,17	35,08	27,74	25,39	24,56	24,19
V4		22,98	29,08	19,90	16,44	15,91	15,16	15,13
BALT3		0,03	0,11	0,24	0,22	0,22	0,24	0,21
SOE9		3,54	12,48	16,05	11,81	10,03	10,00	9,79
Nicht-EU12		1,24	3,46	12,99	8,24	6,14	5,59	5,89
WB6		0,19	0,92	2,82	2,37	2,34	2,36	2,45
GUS4+UA		1,01	2,43	6,94	3,49	3,04	2,57	2,84

Anmerkungen: Laut BPM6-Methodologie, "directional principle". Zweckgesellschaften (SPE) sowie österreichischer Besitz von Liegenschaften im Ausland sind nicht enthalten.

EU27 inkludiert europäische Organisationen (geringe Auswirkung im Vergleich zur Summe der Länder).

Quelle: OeNB.

Tabelle A.2.2 / Einkommen aus Österreichs Direktinvestitionen im Ausland

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Insgesamt, Mio. EUR		1.387	7.028	9.402	9.611	13.391	13.959	13.186
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	23,58	5,54	12,70	10,64	15,96	11,11	11,10
CZ Tschechische Republik	2	12,98	9,66	15,57	17,32	12,75	11,86	11,10
AE Vereinigte Arabische Emirate	3	0,14	0,24	0,65	7,94	5,14	9,17	8,48
NL Niederlande	4	6,13	2,96	1,27	-7,38	2,54	8,25	8,39
CN China	5	0,07	0,51	11,58	5,12	7,61	9,19	6,12
RO Rumänien	6	-0,79	4,20	4,56	4,98	5,70	5,72	6,01
LU Luxemburg	7	0,29	0,43	0,79	-4,41	-2,04	4,27	5,09
CH Schweiz	8	5,41	29,84	5,06	6,69	0,65	4,81	4,90
US Vereinigte Staaten von Amerika	9	-2,09	3,83	-0,60	6,21	4,40	3,88	4,44
SK Slowakei	10	5,41	3,71	4,95	6,01	4,61	3,65	3,87
PL Polen	11	5,34	7,01	3,59	4,42	3,02	3,01	2,95
RU Russland	12	3,39	2,03	6,64	8,47	7,93	2,51	2,74
HR Kroatien	13	3,60	5,08	3,38	-2,17	1,48	2,01	2,15
AU Australien	14	0,36	-1,51	0,65	1,22	0,98	1,79	1,90
SG Singapur	15	1,73	0,09	0,90	0,77	-0,87	1,50	1,77
BG Bulgarien	16	-0,07	1,85	2,98	4,94	0,95	1,49	1,55
RS Serbien	17	0,00	0,00	0,41	1,80	1,35	1,12	1,24
SI Slowenien	18	3,75	1,10	1,01	2,68	2,67	1,13	1,21
KR Südkorea	19	-0,07	0,11	1,05	0,99	0,66	1,03	1,06
IT Italien	20	2,02	0,58	-0,97	0,58	0,07	0,71	0,94
NO Norwegen	21	0,00	0,04	0,02	-2,06	0,13	0,82	0,86
HK Hongkong	22	-0,07	0,03	0,50	0,46	0,66	0,67	0,84
MX Mexiko	23	0,79	0,30	0,57	1,26	0,81	0,60	0,77
MY Malaysia	24	0,29	-0,01	0,55	-0,07	0,12	0,21	0,74
FR Frankreich	25	-5,77	-0,17	0,72	1,76	-0,85	0,52	0,67
BA Bosnien und Herzegowina	26	0,07	0,51	-0,14	0,26	0,81	0,62	0,65
HU Ungarn	27	13,99	6,77	1,13	10,53	6,96	0,09	0,56
BR Brasilien	28	2,31	0,83	0,78	0,31	0,10	0,56	0,55
BE Belgien	29	-0,36	0,50	0,70	0,78	0,91	0,42	0,44
IN Indien	30	0,00	0,01	-0,05	0,25	0,25	0,39	0,44
ES Spanien	31	0,58	1,28	0,69	1,35	1,00	0,27	0,36
MK Nordmazedonien	32	-0,07	0,03	-0,32	0,42	0,28	0,29	0,31
TH Thailand	33	0,36	0,10	0,22	0,31	0,12	0,23	0,30
AL Albanien	34	0,00	0,30	0,39	0,28	0,31	0,24	0,27
SA Saudi-Arabien	35	0,00	0,00	0,02	0,09	-0,10	0,19	0,26
SE Schweden	36	0,07	1,10	0,56	1,33	1,46	0,24	0,25
NZ Neuseeland	37					0,32	0,04	0,23
BY Weißrussland	38	0,00	0,00	0,51	1,48	0,55	0,20	0,21
CY Zypern	39	0,07	0,78	1,66	0,00	0,93	0,25	0,20
FI Finnland	40	0,50	0,24	-0,79	0,25	0,52	0,18	0,20
UA Ukraine	41	0,07	1,00	0,95	-1,00	1,01	0,11	0,18
CA Kanada	42	-0,22	-1,10	-0,03	1,38	-0,95	0,15	0,18
TR Türkei	45	0,07	0,04	0,58	2,36	1,13	0,11	0,13
XK Kosovo	50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,11	0,07	0,08
ME Montenegro	52	0,00	0,00	-0,36	-0,20	0,06	0,06	0,06
MD Moldau	58	0,00	0,00	0,01	0,03	0,04	0,01	0,02
LT Litauen	59	0,00	0,03	-0,01	0,02	-0,03	0,01	0,01
EE Estland	60	-0,07	0,04	0,03	0,10	0,13	0,00	0,00
LV Lettland	61	0,00	0,10	0,10	0,18	0,19	0,00	0,00
KZ Kasachstan	62	0,00	0,00	0,78	-0,47	0,03	-0,02	-0,02
EU27		75,85	54,60	58,54	54,33	59,38	55,38	57,10
MOSOEL23		47,66	43,47	46,74	62,46	52,03	34,32	35,27
EU-MOE11		44,12	39,56	37,29	49,03	38,41	28,98	29,40
V4		37,71	27,16	25,24	38,29	27,33	18,61	18,47
BALT3		-0,07	0,17	0,12	0,30	0,29	0,01	0,01
SOE9		2,74	11,97	10,91	10,31	11,05	11,64	12,32
Nicht-EU12		3,53	3,91	9,45	13,44	13,61	5,34	5,87
WB6		0,00	0,84	-0,01	2,56	2,93	2,41	2,61
GUS4+UA		3,46	3,03	8,88	8,51	9,56	2,82	3,13

Anmerkungen: Laut BPM6-Methodologie, "directional principle". Erträge der Zweckgesellschaften (SPE) sowie aus dem Besitz von Liegenschaften im Ausland sind nicht enthalten.

EU27 inkludiert europäische Organisationen (geringe Auswirkung im Vergleich zur Summe der Länder).

Quelle: OeNB.

Tabelle A.2.3 / Auslandsforderungen österreichischer Banken und Anteil notleidender Kredite

Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken - auf Basis des Letztrisikos		Rang						Anteil der notleidenden Kredite, in %
			2008	2010	2015	2018	2019	
Gesamtforderungen, Mio. EUR			354.483	369.001	285.735	327.607	353.710	
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
CZ	Tschechische Republik	1	10,60	12,08	17,02	23,03	22,06	2,5
DE	Deutschland	2	10,63	9,78	12,30	11,58	11,36	1,2
SK	Slowakei	3	7,42	5,66	10,26	10,15	10,16	2,8
RO	Rumänien	4	8,94	8,01	8,17	7,75	7,71	4,1
HU	Ungarn	5	7,45	7,10	4,97	5,03	5,13	4,0
HR	Kroatien	6	4,58	6,36	6,38	5,23	4,98	5,5
RU	Russland	7	4,39	3,37	3,21	4,11	4,61	5,4
UK	Vereinigtes Königreich	8	4,78	3,20	3,45	2,57	3,05	1,0
FR	Frankreich	9	2,21	1,88	1,93	2,83	2,73	2,5
US	Vereinigte Staaten von Amerika	10	4,27	3,30	2,66	2,63	2,58	0,9
PL	Polen	11	2,99	2,90	6,72	2,47	2,43	6,6
CH	Schweiz	12	2,21	2,28	1,74	2,31	2,01	0,7
RS	Serbien	13	1,19	1,41	1,46	1,73	1,84	4,1
LU	Luxemburg	14	0,95	0,61	1,02	1,70	1,60	0,7
SI	Slowenien	15	1,95	3,13	1,64	1,46	1,50	2,9
NL	Niederlande	16	2,45	3,19	1,47	1,42	1,44	1,9
ES	Spanien	17	1,61	1,36	1,12	1,05	1,43	3,2
BG	Bulgarien	18	1,05	1,04	1,17	1,26	1,30	6,6
IT	Italien	19	3,57	4,50	2,11	1,30	1,27	6,7
BA	Bosnien und Herzegowina	20	0,85	1,18	1,05	1,02	1,00	7,4
UA	Ukraine	21	2,17	1,79	0,95	0,71	0,85	48,4
IE	Irland	22	1,03	0,58	0,33	0,75	0,81	3,8
FI	Finnland	23	0,22	0,21	0,47	0,50	0,53	1,4
BE	Belgien	24	0,61	0,48	0,53	0,50	0,51	2,1
SE	Schweden	25	0,33	0,34	0,37	0,49	0,51	0,6
BY	Weißrussland	26	0,45	0,41	0,37	0,41	0,49	4,6
CN	China	27	0,05	0,37	0,34	0,31	0,41	1,9
AL	Albanien	28	0,54	0,54	0,59	0,43	0,41	8,4
NO	Norwegen	29	0,40	0,30	0,27	0,39	0,36	0,8
DK	Dänemark	30	0,57	0,41	0,37	0,26	0,35	1,7
CA	Kanada	31	0,37	0,25	0,25	0,31	0,33	0,4
MK	Nordmazedonien	32	0,06	0,07	0,10	0,12	0,31	4,6
XK	Kosovo	33	0,17	0,18	0,29	0,27	0,29	2,0
ME	Montenegro	34	0,03	0,13	0,12	0,27	0,26	4,7
TR	Türkei	39	0,51	0,26	0,26	0,15	0,12	5,4
LT	Litauen	45	0,05	0,05	0,04	0,06	0,08	1,6
LV	Lettland	55	0,08	0,06	0,02	0,04	0,04	5,0
MD	Moldau	59	0,07	0,05	0,03	0,03	0,03	8,5
EE	Estland	71	0,05	0,02	0,00	0,01	0,01	0,5
KZ	Kasachstan	77	0,14	0,06	0,02	0,01	0,00	8,1
EU27			72,06	71,63	79,13	79,15	78,23	.
MOSOEL23			55,72	55,89	64,85	65,76	65,60	.
EU-MOE11			45,14	46,42	56,41	56,49	55,39	.
V4			28,46	27,75	38,98	40,69	39,77	.
BALT3			0,17	0,13	0,07	0,11	0,13	.
SOE9			17,40	18,94	19,33	18,08	18,11	.
Nicht-EU12			10,58	9,47	8,45	9,26	10,21	.
WB6			2,84	3,52	3,61	3,84	4,11	.
GUS4+UA			7,23	5,69	4,58	5,27	5,98	.

Anmerkungen: Notleidende Kredite (letzter verfügbare Periode) sind Kredite, deren Kapital- oder Zinsrückzahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind. Estland und Litauen: Kredite 60 Tage oder mehr überfällig. Bulgarien, Kroatien, Lettland, Rumänien, Slowenien und Ungarn: zuzüglich Kredite, deren Rückzahlung unwahrscheinlich ist. Polen: beeinträchtigte Kredite und gewichteter Durchschnitt von nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten. Russland: laut russischer Rechnungslegung werden überfällige Schulden als überfälliger Schuldendienst definiert, die Daten sind daher nicht vollständig mit anderen Ländern vergleichbar.

Quellen: Auslandsforderungen: BIZ (fehlende Angaben laut RBI für Albanien, Kosovo, Russland und Weißrussland in 2010, RBI für Kosovo in den Jahren 2015-2019).

Notleidende Kredite: wiiw Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken für MOSOEL, IWF für andere Länder.

A.3 BEVÖLKERUNG UND ARBEITSMARKT

Tabelle A.3.1 / Bevölkerung Österreichs nach Staatsangehörigkeit

	Rang	2001	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Bevölkerung insgesamt, in 1.000		8.064	8.254	8.375	8.700	8.822	8.859	8.901
Österreichische Staatsangehörige, in 1.000		7.333	7.458	7.462	7.433	7.426	7.420	7.415
Ausländische Staatsangehörige, in 1.000		730	797	913	1.268	1.396	1.439	1.486
Anteile an der ausländischen Bevölkerung in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	10,31	12,61	15,78	13,92	13,39	13,37	13,46
RO Rumänien	2	2,43	2,75	4,55	6,54	7,33	7,83	8,31
RS Serbien	3	16,84	15,74	12,10	9,20	8,61	8,43	8,22
TR Türkei	4	17,41	14,19	12,32	9,15	8,40	8,15	7,91
BA Bosnien und Herzegowina	5	14,69	12,07	9,81	7,41	6,82	6,66	6,50
HU Ungarn	6	1,79	2,04	2,81	5,01	5,52	5,75	5,89
HR Kroatien	7	8,41	7,67	6,38	5,54	5,49	5,56	5,62
PL Polen	8	2,93	3,84	4,22	4,54	4,46	4,41	4,34
AF Afghanistan	9	0,28	0,39	0,73	2,81	3,28	3,09	2,94
SK Slowakei	10	1,03	1,63	2,23	2,79	2,88	2,92	2,94
RU Russland	11	0,50	2,16	2,65	2,46	2,32	2,26	2,21
BG Bulgarien	12	0,64	0,81	1,22	1,77	1,96	2,08	2,19
IT Italien	13	1,46	1,53	1,68	2,00	2,09	2,15	2,19
XK Kosovo	14	.	.	1,61	1,84	1,79	1,78	1,75
MK Nordmazedonien	15	1,98	2,17	2,04	1,71	1,65	1,62	1,62
SI Slowenien	16	0,96	0,90	0,88	1,22	1,36	1,40	1,44
IR Iran	17	0,77	0,64	0,64	0,92	0,99	1,01	1,00
CZ Tschechische Republik	18	0,85	0,97	1,02	0,97	0,94	0,94	0,95
CN China	19	0,70	1,10	1,04	0,96	0,92	0,92	0,93
UA Ukraine	21	0,27	0,56	0,64	0,76	0,77	0,78	0,78
UK Vereinigtes Königreich	22	0,79	0,87	0,92	0,79	0,77	0,76	0,75
US Vereinigte Staaten von Amerika	27	0,85	0,81	0,74	0,62	0,58	0,57	0,56
AL Albanien	41	0,22	0,19	0,17	0,18	0,18	0,19	0,20
BY Weißrussland	50	0,04	0,13	0,14	0,14	0,13	0,12	0,12
LV Lettland	51	0,02	0,05	0,07	0,11	0,11	0,12	0,12
LT Litauen	54	0,03	0,06	0,09	0,11	0,11	0,11	0,11
KZ Kasachstan	58	0,01	0,03	0,05	0,10	0,10	0,10	0,10
ME Montenegro	59	.	.	0,10	0,10	0,09	0,10	0,10
MD Moldau	60	0,04	0,17	0,14	0,10	0,09	0,09	0,09
EE Estland	85	0,01	0,02	0,03	0,04	0,04	0,04	0,04
EU27		33,52	37,90	44,18	47,84	48,94	49,98	50,96
MOSOEL23		71,12	68,16	65,27	61,80	61,16	61,44	61,54
EU-MOE11		19,11	20,75	23,51	28,64	30,20	31,15	31,95
V4		6,61	8,48	10,28	13,31	13,80	14,02	14,11
BALT3		0,06	0,13	0,19	0,26	0,26	0,27	0,27
SOE9		45,21	41,41	37,98	34,30	33,94	34,25	34,50
Nicht-EU12		52,01	47,42	41,76	33,15	30,96	30,28	29,60
WB6		33,73	30,17	25,82	20,45	19,15	18,78	18,38
GUS4+UA		0,86	3,06	3,62	3,56	3,41	3,35	3,30

Anmerkungen: Daten zum Jahresende.

Serbien: Daten bis 2006 umfassen Serbien und Montenegro.

Quelle: Statistik Austria.

Tabelle A.3.2 / Unselbständig Beschäftigte in Österreich nach Staatsangehörigkeit

	Rang	2008	2010	2015	2016	2017	2018	2019
Beschäftigte insgesamt, in 1.000		3.389	3.360	3.535	3.587	3.655	3.741	3.797
Österreichische Staatsangehörige, in 1.000		2.952	2.909	2.919	2.935	2.957	2.989	2.998
Ausländische Staatsangehörige, in 1.000		437	451	616	652	699	753	799
Anteile an den ausländischen unselbständig Beschäftigten in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	16,70	17,75	14,76	14,33	13,92	13,49	13,19
HU Ungarn	2	4,86	5,76	11,55	11,95	12,21	12,26	12,12
TR Türkei	3	12,78	12,03	8,75	8,34	8,02	7,74	7,46
Jugoslawien (ehem.)	4	22,54	19,23	10,85	9,55	8,46	7,48	6,57
RO Rumänien	5	3,45	3,82	6,24	6,61	7,02	7,44	7,78
BA Bosnien und Herzegowina	6	7,28	7,17	6,32	6,33	6,26	6,19	6,14
PL Polen	7	3,65	3,84	5,33	5,35	5,35	5,31	5,33
SK Slowakei	8	2,02	2,28	4,45	4,60	4,67	4,70	4,71
HR Kroatien	9	3,48	3,56	3,67	3,84	4,02	4,17	4,33
RS Serbien	10	.	.	2,54	2,90	3,17	3,40	3,60
SI Slowenien	11	1,33	1,35	2,78	2,92	3,06	3,19	3,18
CZ Tschechische Republik	12	1,16	1,22	1,96	2,04	2,12	2,17	2,20
IT Italien	13	1,51	1,69	2,00	2,06	2,11	2,15	2,19
BG Bulgarien	14	0,62	0,71	1,38	1,48	1,57	1,67	1,76
AF Afghanistan	15	0,29	0,36	0,54	0,68	0,87	1,11	1,36
MK Nordmazedonien	16	0,83	0,93	0,98	1,01	1,05	1,06	1,07
RU Russland	17	0,62	0,79	0,87	0,91	0,95	1,01	1,06
SY Syrien	18	0,08	0,08	0,16	0,30	0,55	0,89	1,18
XK Kosovo	19	0,00	0,11	0,52	0,62	0,72	0,80	0,87
Serbien und Montenegro	20	2,30	2,94	1,08	0,97	0,86	0,78	0,71
CN China	21	0,64	0,70	0,66	0,66	0,64	0,63	0,63
UA Ukraine	23	0,37	0,45	0,53	0,55	0,56	0,58	0,61
UK Vereinigtes Königreich	26	0,56	0,61	0,57	0,56	0,54	0,53	0,53
Tschechoslowakei (ehem.)	38	0,86	0,73	0,38	0,32	0,26	0,22	0,19
AL Albanien	40	0,19	0,18	0,17	0,17	0,17	0,18	0,19
LT Litauen	51	0,04	0,05	0,09	0,10	0,10	0,10	0,10
BY Weißrussland	53	0,06	0,07	0,08	0,09	0,09	0,09	0,09
MD Moldau	56	0,06	0,07	0,09	0,09	0,08	0,09	0,09
LV Lettland	58	0,03	0,04	0,08	0,08	0,08	0,09	0,09
ME Montenegro	71	.	.	0,03	0,03	0,04	0,04	0,05
KZ Kasachstan	77	0,01	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,04
EE Estland	82	0,01	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
UdSSR (jetzt: Russland)	87	0,10	0,08	0,05	0,04	0,03	0,03	0,02
EU27		41,99	45,21	57,43	58,47	59,25	59,72	59,96
MOSOEL23		68,65	67,44	70,82	70,94	70,97	70,84	70,38
EU-MOE11		21,50	23,37	37,94	39,31	40,48	41,35	41,81
V4		12,55	13,82	23,67	24,25	24,60	24,66	24,55
BALT3		0,08	0,11	0,20	0,21	0,21	0,21	0,22
SOE9		40,69	38,65	33,77	33,52	33,34	33,21	33,05
Nicht-EU12		47,14	44,08	32,87	31,62	30,49	29,49	28,57
WB6		33,14	30,56	22,48	21,59	20,73	19,93	19,19
GUS4+UA		1,22	1,48	1,64	1,69	1,74	1,83	1,92

Anmerkungen: Daten zeigen Beschäftigungsverhältnisse (nicht Personen). Sie umfassen Personen, deren Beschäftigungsverhältnis aufrecht ist zuzüglich Beschäftigte mit freiem Dienstvertrag sowie KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Präsenz-, und Zivildienstleistende mit aufrehtem Dienstverhältnis. Geringfügig Beschäftigte sind nicht erfasst.

Ländergruppen schließen auch ehemalige Länder ein (Jugoslawien, Tschechoslowakei, UdSSR).

Daten ab 2008 verfügbar.

Quelle: BALI, Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend.

Tabelle A.3.3 / Registrierte Arbeitslose in Österreich nach Staatsangehörigkeit

	Rang	2008	2010	2015	2016	2017	2018	2019
Arbeitslose insgesamt, in Personen		212.255	250.789	354.344	357.317	339.977	312.115	301.334
Österreichische Staatsangehörige		173.996	202.615	257.854	255.521	240.624	216.248	204.960
Ausländische Staatsangehörige		38.259	48.174	96.490	101.796	99.353	95.867	96.374
Anteile an den ausländischen Arbeitslosen in % (gereiht nach 2019)								
TR Türkei	1	3,21	3,24	3,74	3,79	3,77	3,76	3,83
RS Serbien	2	.	.	3,26	3,30	3,40	3,43	3,44
SY Syrien	3	0,02	0,03	0,83	1,66	1,83	2,21	2,52
RO Rumänien	4	0,55	0,74	1,71	1,93	2,07	2,25	2,42
DE Deutschland	5	1,71	2,06	2,08	2,01	2,00	2,02	2,05
BA Bosnien und Herzegowina	6	2,05	2,11	2,04	1,98	1,97	1,92	1,87
HU Ungarn	7	0,40	0,52	1,44	1,43	1,47	1,55	1,62
HR Kroatien	8	1,28	1,27	1,40	1,40	1,41	1,44	1,44
AF Afghanistan	9	0,15	0,20	0,81	0,85	0,92	1,13	1,41
PL Polen	10	0,63	0,71	1,44	1,41	1,39	1,42	1,37
RU Russland	11	0,46	0,55	0,88	0,93	0,98	1,04	1,06
SK Slowakei	12	0,32	0,41	0,88	0,88	0,90	0,94	0,94
BG Bulgarien	13	0,10	0,14	0,43	0,55	0,60	0,68	0,75
XK Kosovo	14	0,01	0,14	0,48	0,52	0,55	0,56	0,57
MK Nordmazedonien	15	0,41	0,43	0,54	0,53	0,55	0,55	0,56
IR Iran	16	0,10	0,11	0,27	0,29	0,33	0,44	0,51
IQ Irak	17	0,08	0,08	0,19	0,29	0,34	0,40	0,46
IT Italien	18	0,21	0,22	0,33	0,35	0,36	0,37	0,40
SI Slowenien	19	0,20	0,20	0,35	0,34	0,35	0,37	0,40
SO Somalia	20	0,02	0,03	0,14	0,15	0,17	0,23	0,27
CZ Tschechische Republik	21	0,19	0,20	0,27	0,26	0,26	0,27	0,26
EG Ägypten	22	0,11	0,12	0,18	0,19	0,21	0,23	0,24
NG Nigeria	23	0,12	0,12	0,22	0,23	0,21	0,22	0,21
UA Ukraine	24	0,08	0,09	0,14	0,15	0,15	0,16	0,17
IN Indien	25	0,06	0,07	0,12	0,12	0,13	0,13	0,13
EL Griechenland	26	0,04	0,05	0,11	0,11	0,11	0,11	0,13
Serbien und Montenegro	27	.	.	0,18	0,15	0,14	0,12	0,12
TN Tunesien	28	0,06	0,07	0,09	0,10	0,11	0,11	0,11
CN China	30	0,04	0,04	0,08	0,08	0,09	0,09	0,10
UK Vereinigtes Königreich	31	.	.	0,10	0,10	0,10	0,09	0,09
AL Albanien	45	0,03	0,03	0,04	0,05	0,05	0,05	0,05
BY Weißrussland	50	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,04
EU27		5,96	6,88	10,94	11,17	11,41	11,94	12,31
MOSOEL23		13,58	14,19	19,43	19,78	20,16	20,68	21,04
EU-MOE11		3,69	4,21	7,98	8,26	8,51	8,98	9,27
V4		1,53	1,84	4,03	3,98	4,02	4,17	4,19
BALT3		0,02	0,02	0,06	0,06	0,06	0,07	0,07
SOE9		8,04	8,20	10,17	10,46	10,76	11,04	11,25
Nicht-EU12		9,89	9,98	11,45	11,52	11,65	11,70	11,77
WB6		6,10	6,05	6,63	6,58	6,68	6,67	6,64
GUS4+UA		0,58	0,69	1,08	1,15	1,20	1,27	1,31

Anmerkungen: Die Auflistung zeigt jene Nationalitäten der MOSOEL mit mehr als 100 Arbeitslosen. Die jeweiligen Ländergruppen schließen alle Länder ein.

MOSOEL23, SOE9, Nicht-EU12 und WB6 inkludieren das ehemalige Jugoslawien.

Daten ab 2008 verfügbar.

Quelle: BALI, Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend.

Tabelle A.3.4 / Registrierte Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit

	Rang	2008	2010	2015	2016	2017	2018	2019
Arbeitslosenquote insgesamt, in %		5,9	6,9	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4
Österreichische Staatsangehörige		5,6	6,5	8,1	8,0	7,5	6,7	6,4
Ausländische Staatsangehörige		8,0	9,6	13,5	13,5	12,5	11,3	10,8
<i>(gereiht nach 2019)</i>								
SY Syrien	1	12,4	16,0	74,7	75,0	61,8	50,9	44,7
IQ Irak	2	19,7	21,2	44,6	50,7	46,4	39,2	35,2
SO Somalia	3	27,3	31,0	59,8	52,6	44,0	36,7	31,9
AF Afghanistan	4	20,4	24,0	46,4	40,5	34,0	29,6	28,2
RU Russland	5	26,4	27,8	36,6	35,8	33,4	30,0	27,4
RS Serbien	6	.	.	42,5	38,5	34,3	29,5	26,4
IR Iran	7	10,5	12,7	27,5	26,7	26,2	26,3	24,2
TN Tunesien	8	14,1	17,1	24,3	26,1	25,3	23,4	21,8
EG Ägypten	9	12,2	15,6	24,2	24,1	22,9	21,9	21,5
XK Kosovo	10	100,0	40,8	35,0	31,2	27,0	22,5	19,9
NG Nigeria	11	15,9	18,4	28,7	27,7	24,1	21,6	19,5
MK Nordmazedonien	13	19,1	20,4	24,0	22,2	20,4	17,8	16,6
TR Türkei	16	10,9	13,0	19,8	19,9	18,6	16,8	16,2
BG Bulgarien	21	7,4	10,0	15,1	17,0	15,7	14,4	13,9
BY Weißrussland	23	14,4	15,6	17,4	16,6	15,2	12,3	12,8
HR Kroatien	24	15,2	16,6	18,1	16,6	14,6	12,5	11,2
RO Rumänien	25	7,2	9,7	13,6	13,8	12,5	11,2	10,5
BA Bosnien und Herzegowina	26	12,0	14,1	15,7	14,7	13,3	11,4	10,3
UA Ukraine	29	9,0	10,2	13,0	13,4	11,6	10,4	9,2
AL Albanien	30	7,5	9,1	12,9	12,9	11,6	10,7	9,1
EL Griechenland	32	7,7	8,7	13,2	12,4	10,9	9,2	8,9
PL Polen	34	7,7	9,3	13,5	12,6	11,2	10,0	8,8
IN Indien	36	4,5	5,8	10,4	10,1	9,4	8,1	7,4
SK Slowakei	37	7,2	9,0	10,2	9,5	8,6	7,6	7,0
IT Italien	40	6,3	6,8	8,6	8,5	7,6	6,7	6,5
UK Vereinigtes Königreich	42	6,6	7,9	9,3	9,0	8,2	6,8	6,3
Serbien und Montenegro	44	.	.	8,9	7,7	7,4	6,2	5,8
CN China	45	2,9	3,2	6,4	6,3	6,4	5,7	5,6
DE Deutschland	46	4,7	6,1	7,5	7,1	6,5	5,8	5,5
HU Ungarn	48	3,8	4,8	6,7	6,2	5,5	5,0	4,8
SI Slowenien	49	7,0	7,5	6,7	6,0	5,2	4,6	4,5
CZ Tschechische Republik	50	7,3	8,4	7,4	6,5	5,7	4,9	4,3
EU27		6,5	7,8	9,9	9,5	8,6	7,7	7,2
MOSOEL23		8,8	10,5	13,6	13,3	12,1	10,8	10,1
EU-MOE11		7,7	9,1	10,8	10,3	9,3	8,3	7,7
V4		5,6	6,9	8,9	8,2	7,4	6,6	6,0
BALT3		8,7	9,8	14,3	13,6	12,0	11,5	9,9
SOE9		8,8	10,5	14,8	14,6	13,6	12,1	11,4
Nicht-EU12		9,2	11,2	16,7	16,6	15,7	14,1	13,4
WB6		8,2	9,9	14,5	14,3	13,6	12,2	11,5
GUS4+UA		18,8	20,5	27,4	27,1	25,1	22,4	20,4

Anmerkungen: Arbeitslosenquote definiert als Arbeitslose in % der unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen.

Die Auflistung zeigt jene Nationalitäten der MOSOEL mit mehr als 100 Arbeitslosen. Die jeweiligen Ländergruppen schließen alle Länder ein. MOSOEL23, SOE9, Nicht-EU12 und WB6 inkludieren ehemaliges Jugoslawien.

Daten ab 2008 verfügbar.

Quelle: BALI, Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend, wiiw-Berechnungen.

Tabelle A.3.5 / Österreichs Einnahmen aus Arbeitnehmerentgelten

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Credit insgesamt, Mio. EUR		1.439	1.542	1.904	2.302	2.375	2.393	2.490
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	32,20	32,74	32,71	28,52	30,20	30,78	30,32
CH Schweiz	2	22,85	20,09	24,06	26,26	26,28	26,14	25,74
LI Liechtenstein	3	18,24	17,89	20,02	19,34	19,34	19,67	19,38
Int Internationale Organisationen	4	40,32	45,40	35,67	37,25	37,10	34,72	37,19
IT Italien	5	0,94	0,90	1,37	3,19	1,41	1,74	1,71
SK Slowakei	6	0,22	0,21	0,23	0,23	0,45	0,57	0,56
NL Niederlande	7	0,02	0,02	0,42	0,36	0,51	0,50	0,48
BG Bulgarien	8	0,05	0,05	0,00	0,35	0,48	0,48	0,46
DK Dänemark	9	0,37	0,35	0,20	0,24	0,23	0,23	0,22
GB Vereinigtes Königreich	10	0,07	0,07	0,43	0,18	0,21	0,21	0,20
US Vereinigte Staaten von Amerika		0,23	0,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
CN China		0,10	0,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
EU27		34,85	35,29	36,24	34,23	34,14	35,16	34,60
MOSOEL23		1,76	1,69	0,72	1,10	1,22	1,36	1,32
EU-MOE11		1,23	1,18	0,72	1,10	1,22	1,36	1,32
V4		0,87	0,83	0,64	0,39	0,60	0,71	0,70
BALT3		0,05	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
SOE9		0,25	0,24	0,00	0,63	0,53	0,53	0,51
Nicht-EU12		0,53	0,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
WB6		0,08	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
GUS4+UA		0,37	0,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.3.6 / Österreichs Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Debet insgesamt, Mio. EUR		641	1.059	1.523	3.505	3.771	3.996	4.262
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
HU Ungarn	1	13,84	13,81	18,27	25,78	28,21	28,49	28,66
DE Deutschland	2	23,61	28,18	39,56	23,30	21,96	22,09	22,17
SK Slowakei	3	2,94	3,25	6,49	10,44	10,83	10,95	11,02
SI Slowenien	4	3,17	3,35	4,53	6,62	7,70	7,80	7,86
CZ Tschechische Republik	5	4,36	4,56	4,68	5,60	6,49	6,60	6,67
RO Rumänien	6	1,58	1,50	3,59	5,06	4,52	4,37	4,29
PL Polen	7	2,19	2,12	2,57	3,97	3,68	3,56	3,49
IT Italien	8	2,49	2,16	2,65	2,74	1,47	1,46	1,45
HR Kroatien	9	2,17	2,05	1,67	1,59	1,49	1,44	1,41
BA Bosnien und Herzegowina	10	3,81	3,75	2,18	1,50	1,35	1,31	1,28
US Vereinigte Staaten von Amerika		1,24	0,97	0,58	0,48	0,36	0,34	0,34
CN China		0,28	0,28	0,24	0,29	0,19	0,19	0,18
EU27		63,60	67,31	87,33	89,44	90,21	90,50	90,68
MOSOEL23		56,86	54,89	50,40	66,00	69,17	69,27	69,33
EU-MOE11		30,89	31,26	42,50	60,39	64,19	64,45	64,60
V4		23,34	23,75	32,00	45,78	49,21	49,61	49,84
BALT3		0,25	0,23	0,16	0,21	0,19	0,18	0,18
SOE9		21,47	19,37	11,04	11,45	10,39	10,06	9,85
Nicht-EU12		25,97	23,63	7,89	5,61	4,98	4,82	4,72
WB6		17,34	15,45	5,24	3,67	3,30	3,19	3,13
GUS4+UA		0,99	1,14	1,21	1,15	0,94	0,91	0,89

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.3.7 / Österreichs Einnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Credit insgesamt, Mio. EUR		277	320	345	279	267	265	261
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
DE Deutschland	1	55,14	55,14	53,61	44,09	42,44	41,12	43,40
CH Schweiz	2	11,83	11,83	11,79	18,01	19,62	19,62	18,99
AU Australien	3	3,15	3,15	3,55	6,32	6,16	6,23	5,98
US Vereinigte Staaten von Amerika	4	6,46	6,46	5,69	5,72	5,42	5,56	5,12
GB Vereinigtes Königreich	5	3,79	3,79	3,37	4,26	4,43	4,47	4,12
ES Spanien	6	1,71	1,71	1,71	2,52	2,60	2,62	2,42
AR Argentinien	7	0,74	0,74	1,09	0,50	0,51	1,65	1,52
FR Frankreich	8	1,64	1,64	1,71	1,48	1,54	1,56	1,49
BR Brasilien	9	0,90	0,90	1,57	0,74	0,75	1,18	1,45
CA Kanada	10	1,61	1,61	1,73	1,37	1,39	1,41	1,39
IT Italien		1,68	1,68	1,83	1,05	1,07	1,08	1,01
CN China		0,06	0,06	0,15	0,15	0,16	0,16	0,17
EU27		65,44	65,44	64,37	55,24	53,85	52,65	54,58
MOSOEL23		0,87	0,87	1,03	1,80	1,83	1,85	1,90
EU-MOE11		0,65	0,65	0,78	1,40	1,42	1,44	1,44
V4		0,38	0,38	0,47	0,85	0,87	0,88	0,88
BALT3		0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
SOE9		0,25	0,25	0,29	0,50	0,51	0,51	0,59
Nicht-EU12		0,21	0,21	0,25	0,40	0,40	0,41	0,46
WB6		0,09	0,09	0,09	0,09	0,09	0,09	0,16
GUS4+UA		0,06	0,06	0,09	0,22	0,22	0,22	0,20

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Quelle: OeNB.

Tabelle A.3.8 / Österreichs Ausgaben für Gastarbeiterüberweisungen

	Rang	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
Debet insgesamt, Mio. EUR		557	647	735	777	835	886	921
Anteile in % (gereiht nach 2019)								
HU Ungarn	1	10,85	10,65	11,19	11,85	11,30	11,18	10,88
RS Serbien	2	24,97	21,80	12,22	10,37	10,23	10,33	10,58
PL Polen	3	11,03	11,20	10,86	10,93	10,30	10,42	9,99
TR Türkei	4	11,68	10,14	8,67	9,49	9,51	9,60	9,83
BA Bosnien und Herzegowina	5	5,21	5,10	10,56	7,95	8,26	8,34	8,53
DE Deutschland	6	5,03	7,22	8,41	7,97	8,01	8,08	8,28
RO Rumänien	7	1,43	1,43	1,76	7,97	8,15	8,09	7,96
SK Slowakei	8	9,71	9,98	10,05	7,74	6,93	6,80	6,49
HR Kroatien	9	2,41	2,50	4,30	4,57	4,91	4,96	5,08
CZ Tschechische Republik	10	10,52	10,48	9,39	4,05	3,71	3,34	3,15
IT Italien		0,77	0,77	0,98	1,00	1,13	1,14	1,17
CN China		0,00	0,00	0,31	0,75	0,42	0,42	0,43
US Vereinigte Staaten von Amerika		0,19	0,29	0,44	0,26	0,29	0,30	0,30
EU27		53,92	57,12	60,35	60,88	59,66	59,27	58,30
MOSOEL23		89,43	85,33	83,65	82,86	81,88	81,70	81,27
EU-MOE11		46,80	47,19	48,93	50,29	48,65	48,15	46,92
V4		42,11	42,30	41,49	34,57	32,24	31,74	30,51
BALT3		0,02	0,04	0,08	0,20	0,14	0,15	0,15
SOE9		34,75	31,84	31,47	35,97	37,00	37,21	37,70
Nicht-EU12		42,62	38,14	34,72	32,57	33,23	33,56	34,35
WB6		30,65	27,52	25,00	21,81	22,13	22,34	22,87
GUS4+UA		0,29	0,48	1,05	1,27	1,60	1,61	1,65

Anmerkungen: Daten laut BPM6-Methodologie.

Serbien: Daten 2000 und 2005 umfassen Serbien und Montenegro zusammen.

Quelle: OeNB.

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 6, Rahlgasse 3

ZVR-Zahl: 329995655

Postanschrift: A 1060 Wien, Rahlgasse 3, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50
Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", A 1060 Wien, Rahlgasse 3. Vereinszweck: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral- und osteuropäischen Länder sowie anderer Transformationswirtschaften sowohl mittels empirischer als auch theoretischer Studien und ihre Veröffentlichung; Erbringung von Beratungsleistungen für Regierungs- und Verwaltungsstellen, Firmen und Institutionen.

